

Abonnements-Bestellungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Quartalspreis 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
jede ober deren Raum 40 Pf., für
Bereins- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1504.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntag, den 25. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Die Ablehnung
des Vereins-Gesetzes

brachte viel Ueberraschungen, es ging alles anders, als man
erwartete. In parlamentarischen Kreisen war man auf einen
rein geschäftsmäßigen Gang der Verhandlungen gefaßt.

Das Eingreifen der Minister warf die Dispositionen der
Parlamentarier um: anstelle einer kurzen, rein geschäftsmäßigen,
langweiligen Sitzung erhielt man das Bild einer langen, an
Aufregungen, Ueberraschungen und Effekten reichen Parla-

mentarier um: anstelle einer kurzen, rein geschäftsmäßigen,
langweiligen Sitzung erhielt man das Bild einer langen, an
Aufregungen, Ueberraschungen und Effekten reichen Parla-

mentarier um: anstelle einer kurzen, rein geschäftsmäßigen,
langweiligen Sitzung erhielt man das Bild einer langen, an
Aufregungen, Ueberraschungen und Effekten reichen Parla-

Herr v. Zedlitz und Neulirch, der Miniatur-Stumm des
Abgeordnetenhauses hielt seine dem Meister nachgefählte
und schon vorher für die „Post“ wieder einmal niedergeschriebene
Rede gegen die Sozialdemokratie. Mit dem ihm zur zweiten
Natur gewordenen salbigen Pathos trat er für sein Werk, die
Herrenhaus-Beschlüsse ein. Mit recht gab er die Hoffnung für
die Annahme eines preussischen Sozialistengesetzes nicht auf.

Das Haus nahm diese Ausführungen des Herrn v. Zedlitz
mit Gleichgültigkeit auf. Interesse zeigte es nur für die Er-
klärung, daß außer Herrn v. Zedlitz noch ein national-
liberaler Abgeordneter für die Herrenhausbeschlüsse seine Stimme
abzugeben gedente. Für uns freilich sind die arbeiter-
feindlichen Äußerungen des Sprechers der nationalliberalen
Landtagsfraktion von höchster Bedeutung. Sie werden die
Arbeiterklasse lehren, daß trotz der augenblicklichen Haltung
dieser Partei zum Vereinsgesetz die alte schroffe Gegnerschaft
und das geschärfte Mißtrauen gegen diese Vertretung der
Schlotbaronie auch künstlich nie aus dem Auge gelassen
werden darf.

Herr v. Zedlitz und Neulirch, der Miniatur-Stumm des
Abgeordnetenhauses hielt seine dem Meister nachgefählte
und schon vorher für die „Post“ wieder einmal niedergeschriebene
Rede gegen die Sozialdemokratie. Mit dem ihm zur zweiten
Natur gewordenen salbigen Pathos trat er für sein Werk, die
Herrenhaus-Beschlüsse ein. Mit recht gab er die Hoffnung für
die Annahme eines preussischen Sozialistengesetzes nicht auf.

Bei den Wahlen wird schwerlich das Vereinsrecht und die
Stellung der Parteien zu demselben eine sehr große Rolle
spielen, sicherlich nicht zur Freude des suffizienten Geheimraths.
Aber nach den Wahlen wird das kommen, was er wieder
sehen will, die lex Zedlitz. Dann werden die National-
liberalen, die dann für fünf Jahre ihre Mandate sicher haben,
begeistert den Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse zu-
stimmen, die König Stumm und seine künftigen ministeriellen
und parlamentarischen Handlanger empfehlen werden.

Daß der kleine Stumm ebensowenig eine Stimme für das
preussische Sozialistengesetz genommen habe, wie v. d. Rede
und der alte Limburg-Stirum, stand fest, und so ergriff
der Zauberkünstler, der in allen Satteln gereichte,
alle politische Parteien aus eingehendem Selbststudium

kenkende Ritter des schwarzen Adlerordens und Organisator
von Bauernaufständen a. D. das Wort, um den letzten Ver-
such zu machen, das Wort seines Kollegen Rede und seines
journalistischen Kommis Zedlitz zu retten. Aber es blieb
ohne Eindruck, was der gute Johannes Miquel zur Vorlage
sprach, dafür überraschte er das Haus mit der lang
erwarteten, sein säuberlich auf schönem Ministerpapier nieder-
geschriebenen Programmrede. Aber auch nur die Thatsache der
Programmrede war interessant, der Inhalt des Programmes
enthielt nicht das mindeste, was überraschen könnte. Konnte
es etwa überraschen, daß der frühere Führer des deutschen
Liberalismus sich gegen all' das erklärte, was auch
nur im entferntesten einer parlamentarischen Regierung
ähnlich sehen könnte, konnte man es erstaunlich finden,
daß er den Begriff der Sozialpolitik unzuverlässig suchte
und in diesen Begriff alles mögliche hineinlegte und sich über
das Wesen des Begriffes so verschwommen als möglich
ausdrückte? Und selbst der Kernpunkt seines Programmes ist ein
alter Ledenhüter aus dem Bismarck'schen Gedankentriebe: Die
Vereinigung der Interessen in Landwirtschaft und Industrie.
Während es aber zu Bismarck's historischer Bedeutung, in
der inneren Politik gehörte, diese Allianz der großen In-
dustrie und der großen Landwirtschaft vermittelt zu haben,
während er, von den Eisenhüllen zu den Kornhüllen
gelangte und gleichzeitig das Proletariat mit brutalen
Maßregeln verfolgte und so eine feste Grundlage einer groß-
kapitalistischen Klassenpolitik zu schaffen suchte, entfremdet sich,
seit Miquel Minister wurde, das Agrarierthum von der
Schlotbaronie immer mehr, wenn auch nicht durch Miquel's
Schuld. Aber auch dem schlaunen Miquel, der stets um neuer
Freundschaften willen sich seinen alten Freunden entfremdet
hat, wird es nicht gelingen, das alte Verhältnis wieder-
herzustellen. Was er heute hierzu beizutragen suchte, waren
öde Gemeinplätze und konventionelle Redensarten.

Eugen Richter ging in unbarmherziger Weise mit
Miquel ins Gericht; er wies ihm nach, daß seine Ansichten
sich in bedenklicher Weise dem Absolutismus genähert
hätten; er beleuchtete auch die für einen Miquel schon beden-
kliche Redewendung, daß ihm der Schutz der Schwachen
die vornehmste Aufgabe sei, eine Redewendung, die bei
keiner Gelegenheit unpassender war, als bei Begründung
einer Vorlage, welche den Schwächsten und Ärmsten
die vornehmste Waffe, die Redefreiheit rauben sollte.
Selten hatte eine Rede Richters auf das Abgeordneten-
haus einen so tiefen Eindruck gemacht, wie die heutigen Aus-
führungen. Der spottlustigen Reden verging die At-
tention und bis tief in die Reihen der Nationalliberalen
erscholl Beifall.

Aber in dieser schwierigen Lage erwies sich von Miquel
zwar nicht als ein großer Politiker, aber als ein sehr ge-
wandter parlamentarischer Taktiker. Mit einigen sehr billigen,
geschickten aber nicht tiefen scherzhaften Wendungen brachte er
die Lacher auf seine Seite, verschonte er die sehr ernst ge-
wordene Stimmung und erledigte so in oberflächlicher, aber
gewandter Weise den für ihn höchst peinlichen Zwischenfall.

Und dann ging es an die Abstimmung, nachdem im Ver-
laufe der langen Sitzung fast gar nicht die so „schwere
anarchistische Gefahr“ gestreift wurde, dafür aber um so viel mehr
von den Gefahren der Sozialdemokratie für die — Armee und
die Landwirtschaft gesprochen wurde. Unter athemloser
Stille stimmten die Abgeordneten ab, nur einige erregte
Szenen gab es, als der Schoof für die Vorlage stimmte und
der ebenso nationalliberale v. Saldern sich der Abstimmung
enthielt.

Mit tosendem Beifall wurde das Resultat entgegengenommen,
daß mit ganzen vier Stimmen das preussische Abgeordneten-
haus die lex Zedlitz-Rede abgelehnt habe.

Daß von einer so minimalen Majorität, von einer solchen
Zufalls-Majorität das Schicksal eines so bedeutungsvollen, das
Volk in seinen tiefsten Tiefen aufregenden Gesetzes abhängt,
wurde nicht als eine tiefe Schmach empfunden.

Wir empfanden dieses Resultat als einen Schandfleck am
deutschen Namen. Wir sind sicher, daß eine wahre Vertretung
des Volkes im preussischen Abgeordnetenhaus das Schicksal
eines solchen Gesetzes viel früher, viel klarer und unzweideutiger
entschieden hätte.

Da aber in Preußen das Abgeordnetenhaus eine Ver-
tretung der Bourgeois und der Feudalen ist und vorerst
bleiben wird, müssen wir auf weitere Attentate auf die Volks-
freiheit gefaßt bleiben.

Sie werden kommen, aber auch wir werden auf dem
Posten sein!

Die letzte Sitzung
des Abgeordnetenhauses.

Mit welcher Spannung man in den weitesten Kreisen des
Volkes dem Schicksal des Knebelgesetzes entgegen sah, davon legte der
ungeheure Andrang des Publikums zu der heutigen Sitzung des
Abgeordnetenhauses Zeugnis ab. Schon eine Stunde vor Be-
ginn der Verhandlungen waren die geräumigen Tribünen,
auf denen sich gewöhnlich nur einige Parlamentarier aufzu-
halten pflegen, bis auf den letzten Platz gefüllt, und noch immer
strömten neue Scharen herbei, die nicht bloße Neugier
angelockt hatte. Gaben doch nicht wenige der Zurück-
gewiesenen volle fünf Stunden bis zum Schluß der

Sitzung vor dem Eingang aufgebart, um möglichst früh die wichtige
Stunde vernehmen zu können! Die Fülle der Tribünenbesucher bei
den ersten drei Sitzungen des Vereinsgesetzes, ja selbst bei dem
Zedlitz'schen Volkschul-Gesetzentwurf, stand in keinem Verhältnis
zur Zahl der Zuhörer am heutigen Tage. Selbst die Polizei hatte
in bekannter Fürsorglichkeit für die Sicherheit der Staatsbürger
eine große Macht an Pionieren und Schutzleuten auf-
geboden, die die allzu stürmisch Einlass Begehrenden zurückhielten.
Und nicht nur auf der Zuschauer-Tribüne, sondern auch in der Ab-
geordneten-, der Herrenhaus- und der Diplomatensloge drängte es sich
Kopf an Kopf, nur die Holloge, wo man u. a. den württem-
bergischen Gesandten, Herrn v. Varnbüler, und den Chef des
Marinekabinetts, Herrn v. Soden-Bibrant, bemerkte, wies
einige leere Plätze auf.

Thatsächlich sind denn auch diejenigen, die sich einen „großen
Tag“ und interessante Debatten versprochen, in ihren Erwartungen
nicht getäuscht worden. Der neue Vizepräsident des Staatsministeriums,
Dr. v. Miquel, Freiherr v. d. Rede und die bekanntesten Führer
aller Parteien, Graf zu Limburg-Stirum, Freiherr v. Zedlitz,
Dr. Lieber, Eugen Richter, Rickert, Hobrecht, Krause,
der Clown des Hauses, Dr. Hahn, griffen in die Diskussion ein;
und obgleich auch die schönste Rede an dem Schicksal des Entwurfs
nichts mehr hätte ändern können, plakten doch die Geister noch ein-
mal heftig auf einander. Es schien, als ob all' der Zündstoff, der
sich in der dreiwöchentlichen Vertagung angesammelt hatte, explodieren
wollte.

Die Debatte vollzog sich in der Form der dritten Sitzung, d. h.
es fand eine General- und eine Spezialdiskussion statt. Nach allem
Druck erhielt in der Generaldiskussion zunächst immer ein Gegner
der Vorlage das Wort. Heute nahm, wenn auch wider Willen,
Minister v. d. Rede, diese Ehre für sich in Anspruch, denn wenn
er auch namens des Ministeriums für den Herrenhausentwurf eintrat,
so ist sein Versuch doch gänzlich mißlungen. Wir haben uns ja im Laufe
der Jahre daran gewöhnen müssen, die Ansprüche, die wir an
die politische Weisheit des Ministers des Innern stellen, auf
ein möglichst niedriges Niveau herabzudrücken, aber so wenig sich-
erhaltige Gründe für die Nothwendigkeit scharferer Maßregeln
gegen die Sozialdemokratie hätten wir selbst von Herrn
v. d. Rede nicht erwartet. Daß ein scharferes Vereinsgesetz
nothwendig sei, weil zwei in Hamburg aufgelöste anarchische Ver-
eine sich in Altona neu konstituiert haben, solche Gründe ziehen selbst
im preussischen Abgeordnetenhaus nicht. Vielmehr wurden denn auch
die Worte des Ministers von lautem Gelächter auf der Linken und
im Centrum unterbrochen, und auch zum Schluß blieb das wohl-
verdiente, längere Zeit onhaltende Zischen nicht aus, das freilich
auf Herrn v. d. Rede wegen der bedenklichen Wiederkehr bei fast
allen seinen Reden keinen Eindruck mehr macht.

Weit wichtiger als die Rede'sche Rede war die nun folgende
Erklärung des nationalliberalen Führers Hobrecht. Ping doch von dem,
was er sagen würde, im wesentlichen das Schicksal der Vorlage ab,
Herr Hobrecht gab die Versicherung ab, daß nur ein einziger seiner Freunde
umgefallen sei. Und doch wäre es verkehrt gewesen, schon jetzt den
Ausgang der Verhandlungen zu prophesieren; fehlten doch im Hause etwa
20 Mitglieder, die sich auf alle Parteien ziemlich gleichmäßig ver-
theilten und konnte doch unter Umständen eine einzige Stimme die
Niederlage der Regierung in einen Sieg verwandeln! Die nun
folgende Rede des Grafen zu Limburg-Stirum triefte von
derselben staatsmännischen Weisheit, wie die des Ministers, und
auch Herr Lieber (?) war nicht im Stande, durch sein übel
angebrachtes hohles Pathos die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln.
Als vollends der Ministerialrat Freiherr v. Zedlitz das
Wort ergriff, leerte sich das Haus schnell, und sogar ein großer
Theil der anwesenden Journalisten, die das, was ihr Kollege von
der „Post“ sagen würde, schon unzählige Male von ihm gehört oder
gesehen haben, ergriff die günstige Gelegenheit, um während dieser
Rede frische Luft zu schöpfen. So gebührt Herrn v. Zedlitz
wenigstens das eine Verdienst, daß er durch seine Worte zur
Ventilation des Sitzungssaales beigetragen hat.

Aber bald füllte sich der Saal wieder, als nach einer kurzen
Rede des Abg. Rickert der Präsident dem Vizepräsidenten des
Staatsministeriums Dr. v. Miquel das Wort erteilte. Wollte
Miquel seinem bedrängten Kollegen Rede zu Hilfe kommen, wollte
er noch in letzter Stunde seinen Einfluß auf seine früheren
nationalliberalen Freunde geltend machen? Die allgemeinen
Phrasen, in denen er sich bewegte, hätten ebenso gut die Gegner,
wie die Freunde des Entwurfs vorbringen können. Miquel ahnte
wohl, daß nichts mehr zu retten war, und deshalb befolgte er seine
bekannte Taktik, es mit seiner Partei zu verderben, sondern jedem
zu Munde zu reden.

Einige Abwechslung in die Debatte brachte erst die Rede des
Abgeordneten Dr. Hahn, des neuernannten Direktors des Bundes
der Landwirthe, der in gewohnter dreister Weise eine Belämpfung
der Sozialdemokratie verlangte, damit der Bund der Landwirthe
seine verheerende Demagogie auf dem Lande ungehindert weiter treiben
kann. Seine ledigen Uebertreibungen riefen auf der Linken und im
Centrum wahre Stürme von Heiterkeit hervor, während einige be-
leidigende Äußerungen, die er, getreu dem in agrarischen Volks-
versammlungen üblichen Jargon, anderen Parteien entgegenschleuderte,
ihm eine Zurechtweisung, und als er fortfuhr, in diesem Tone zu
reden, einen Ordnungsruf des Präsidenten zuzogen. Die wohl-
verdiente Abfertigung ließ ihm in glänzender Weise Abg. Krause
(natl.) zu theil werden, der den armen Hahn so rupfte, daß dieser
sich wiederholt hilflos an den Präsidenten wandte, der sich
jedoch mit vollem Recht nicht veranlaßt sah, Herrn Hahn zu Liebe
die Geschäftsordnung zu mißbrauchen.

Nach der Rede Krause's schloß die Generaldebatte. Eugen
Richter, dem das Wort abgeschrieben war, ergriff erst in der
Spezialdebatte die Gelegenheit, um Miquel's Programmrede zu
kritikiren. Nur kurze Zeit, aber um so wichtiger fielen die Keulen-
schläge Richters auf das Haupt des Ministers hernieder, die
dieser mit einigen Späßchen abzuwehren suchte, wodurch er freilich
Lacher auf seine Seite zog, aber die berechtigten Vorwürfe Richters
gegen die Regierung nicht zu widerlegen im Stande war.

Das Resultat der Abstimmung über den grundlegenden § 1, das
die Ablehnung des ganzen Gesetzes bedeutete, wurde von der sie-
gerreichen Mehrheit mit lautem Beifall begrüßt, der sich bis auf die
Tribünen fortsetzte. Die Drohung des Präsidenten, im Falle der
Wiederholung der Demonstration die Tribünen räumen zu lassen,
war zwar durchaus berechtigt, aber insofern übel angebracht, als daß

Publikum, ohne den Schluß der Sitzung abzuwarten, schon von selbst die Tribünen verließ, um die Kunde von dem hochpolitischen Ereignis Freunden und Bekannten mitzutheilen.

Infolge der Ablehnung des Gesetzes wurde der Landtag heute Abend in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser unter den üblichen Formalitäten geschlossen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. Juli.

Welches sind die „revolutionären Parteien“? In einem ihrer stets langweiligen Leitartikel giebt uns die „Nordd. Allg. Ztg.“ Aufschluß über diese Frage. Sie schreibt: „Diese Idee, daß der größere Grundbesitz entweder schon ganz ruiniert sei oder ruiniert werden müsse, ist heute der leitende Gedanke aller revolutionären Parteien, der Manchester-Demokratie sowohl wie des „nationalen und internationalen Sozialismus“. Die biedereren „Manchester-Demokraten“ werden gewiß sehr stolz sein, zu den „Revolutionären“ gestellt zu werden. Eugen Richter, Max Stirner, Farrer Naumann als Revolutionäre! Nun fehlt bloß noch Professor Meinhold.“

Sozialisten in Kroatien. Aus Mitrovica wird uns vom 22. Juli über den Ausgang des Prozesses, den wir im Leitartikel unserer Freitagssamstagsnummer behandelt haben, berichtet:

Das Urtheil ist gesprochen: Trozdem die Verhandlung gegen unsere Genossen nicht den geringsten Beweis für ihre Schuld erbracht hätte, trotzdem die Zeugen gar nichts Positives aussagen konnten, vielmehr alles, was sie vorbrachten, einanderwiderständig nur vom Hörensagen wußten, trotzdem die öffentliche Ordnung und Ruhe nur durch das Gesetz misachtende behördliche Organe gestört wurde, trotz alledem und alledem wurden unsere Genossen und Vorkämpfer vom Mitrovicaer Gerichtshofe schuldig befunden und verurtheilt. Barbarisch verurtheilt! Wo in einem zivilisirten Staate der strengste Gerichtshof einige Tage vorerst distillirte, nur um die lange Untersuchungshast als halbwegs gerechtfertigt erscheinen zu lassen, dort verhängen unsere kroatianischen „unabhängigen“ Richter mit Seelenruhe schwere Kerkerstrafen! Man sieht man, daß es nicht bloße Ausschneiderei und Willkür war, als Richter in Agrarier Kaffeehäusern sprachen, die Sozialisten würden auf jeden Fall verurtheilt werden, weil es der Wams (der Chef der Regierung) so haben will. Und nun werden auch die Worte des Wams verständlich, welche er vor einigen Monaten an eine Abordnung der sozialdemokratischen Partei richtete, die sich bei ihm wegen ungerechter Preishöherung beschwerte. Demeintlerausgeragt: „Was haben Sie mir im Lande gemacht? Ich danke Ihnen, aber Sie werden es mir ordentlich bezahlen!“ Nun bezahlen es unsere Genossen im Kerker zu Mitrovica. Heute Mittag, zwei Tage nach Schluß des Beweisverfahrens wurde das Urtheil gefällt. Alle Angeklagten wurden des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung schuldig erkannt und folgendermaßen verurtheilt: Die Genossen Ivan Anzel (Kram) ein Jahr, Vitomir Korac (Sid) acht Monate, Lajo Foriskovic (Sid) fünfzehn Monate, Stjepan Lapuch (Kram) acht Monate, Ivan Szjats (Kram) sechs Monate, Gauru Pestovic (Bauer aus Zovarnik) ein Jahr, Mato Gruc (Bauer aus Zovarnik) ein Jahr schweren Kerker!

Die übrigen Angeklagten wurden zu Kerker im Ausmaße von drei Wochen bis zu fünf Monaten verurtheilt.

Der Umstand, daß die Urtheilsfällung erst heute erfolgte, da doch die Verhandlung schon vorgestern beendet war, erweckt den Verdacht, daß der „unabhängige“ Gerichtshof erst bei der Landesregierung angefragt hat, wie er urtheilen soll!

Aber trotz alledem und alledem wird der Sozialismus auch in Kroatien leben, kämpfen und siegen!

Ganz festam bleibt noch immer die Einschiffung Dschewad-Bascha's. Noch merkwürdiger ist die fernere Mittheilung, die Morfe wolle 32 Bataillone nach Kreta entsenden. Es erscheint völlig ausgeschlossen, daß die europäischen Mächte die Durchschiebung eines solchen Vorgebens zulassen können. Auch nur die Landung Dschewad-Bascha's müßte zu neuen großen Schwierigkeiten und Unruhen auf der unglücklichen Insel führen. Einer Geneser Meldung des „Standard“ zufolge soll Numa Droz in einer Unterredung erklärt haben, daß die Frage seiner Ernennung zum Gouverneur von Kreta noch in der Schwebe sei, und daß er seine Antwort erst geben werde, wenn die Friedensverhandlungen zwischen Griechenland und der Türkei unterzeichnet seien.

Die „Times“ erfahren aus Konstantinopel vom 22. d. M., daß das Trabe des Sultans die neue Grenzlinie nur im Prinzip annimmt unter der Voraussetzung, daß dieselbe noch eine ganze Anzahl von kavalariischen Dörfern einbegreife werde. In der Konferenz zur Berathung der Friedensbedingungen seien an diesem Tage die Einleitung und Artikel I der Friedenspreliminarien festgestellt worden. Artikel I. behandle die Grenzberichtigung, wie sie von den Militär-Attaches der Mächte vorgeschlagen und von der Pforte angenommen worden ist unter der Voraussetzung von gewissen Abänderungen zu Gunsten der Türkei in betreff bestimmter von Rhodowallachen bewohnter Orte. Zum Zweck der Feststellung dieser Punkte solle in der nächsten Zusammenkunft am Sonnabend eine besondere Kommission bestellt werden, bestehend aus den Militär-Attaches und mehreren griechischen und türkischen Offizieren.

Das Grenzgebiet, welches aus strategischen Gründen der Türkei zufallen soll, umfaßt 400 Quadratkilometer.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler habe, so werden eschische Blätter, sein Schloß Podiebrad zu dauerndem Aufenthalt vorbereiten lassen. Fürst zu Hohenlohe ist als Großgrundbesitzer sehr international und hat fast in allen europäischen Ländern Schloßer zu liegen. Er hält sich bald hier, bald dort auf, und wenn er eines seiner Schloßer herrichten läßt, so ist damit noch nicht gesagt, daß er nicht noch ein Weisches sein Kanzleramt behalten wird. So glänzend hat Herr v. Miquel denn doch bisher nicht geleuchtet, daß seine Kanzlerschaft für die Staatsleitung nicht noch einige Zeit abgewartet werden könnte.

Die ersten weiblichen Fabrikinspektoren in Deutschland wird das Großherzogthum Hessen haben, wo in den Botaniklag des Staats für die Finanzperiode 1897/1900 die Mittel für die Anstellung zweier Assistentinnen der Fabrikinspektoren eingestellt worden sind. Es werden den Beamten der beiden in Hessen bestehenden Aufsichtsbehörden unterstellt. Die Aufsichtsbefugnisse gelten einstweilen nur für ganz spezielle, die Frauenarbeit betreffende Gebiete und solche Betriebe, in denen ausschließlich Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die anderen Bundesstaaten verhalten sich noch immer in dieser Frage mehr oder weniger ablehnend, obwohl in ihnen die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren mindestens ebenso notwendig ist, wie in Hessen.

Modernes Bauernlegen. In denjenigen Ländergebieten Deutschlands, in denen sich bis heute gewisse Reste der ehemaligen kommunikativen Form des Grundeigentums erhalten haben, gehört das sehr fruchtbare, an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste gelegene Vithmarschen.

Diese letzten Reste: das gemeinsame Antheilrecht der ländlichen Bewohner an der Viehweide der Gemeindegemeinde, sind nun im Begriff, von der Wildschäpe zu verschwinden, und zwar durch eine Prozedur der Großgrundbesitzer, die man sehr wohl als modernes Bauernlegen bezeichnen kann. Die Gemeinde Hedewigenkoog besitzt einen Länderkomplex von rund 800 Hektar, zu dem auch das Weideland hinzukommt. An der Benutzung dieses letzteren haben auch die sogenannten „kleinen Leute“ durch ihren selbständigen Wohnsitz seit Alters her ein Anrecht. Bis zur Einbeziehung des Sommerkoogs entrichteten sie nach den durch Beschluß der Gemeinde für alle schloßten Einwohner gleichgeregelten Pacht-

bedingungen für jede Kuh an Grasgeld die geringe Entschädigung von 3 M. pro Jahr, eine Entschädigung, die nach einer in den 50er Jahren vorgenommenen Einbeziehung sich auf insgesamt 24 Mark erhöhte. Im Jahre 1895 nun beschloßen die Großgrundbesitzer, den jährlichen, für die Weiden zu entrichtenden Pachtbetrag auf 80 Mark zu erhöhen. Das war den kleinen Leuten zu viel. Statt der verlangten 80 M. erbaten sie sich, die früher gezahlten 24 M. an den Koogsvorwalter abzuliefern, wurden aber abgewiesen und die Gemeinde erhob gegen die Ländler Anklage. Zwei derselben wurden zur Zahlung von 80 Mark und Ertragung der halben Kosten verurtheilt, legten jedoch sofort Berufung ein. Nun sind beim Landgericht Kiel noch weitere 12 Personen angeklagt worden. Wenn, was nicht ausgeschlossen ist, diese Leute den ihnen angehängten Prozeß verlieren sollten, so würde das gleichbedeutend mit einer schweren wirtschaftlichen Schädigung derselben und der Anfang vom Ende ihrer selbständigen Existenz sein. Daß ein derartiger Ausgang der Sache in der Absicht der Herren Großgrundbesitzer liegen mag, erscheint um so wahrscheinlicher, als sie neuerdings (im April d. J.) den Pachtpreis pro wiesende Kuh abermals um 80 M., also auf 160 M. erhöht haben. Wenn der ärmere Nachbar nicht mehr so gut wie der „nothleidende“ große Besitzer den hohen Pachtpreis erschwingen kann, dann kommt sein kleines Gewese unter den Hammer und der reiche Bruder nimmt es ihm mittheilig ab.

Die Staffeltarife wieder einzuführen, soll die preussische Regierung einschließen sein. Die Landwirtschaftskammern seien bereit von dieser Absicht unterrichtet. Wenn sich diese Mittheilung bestätigt, so werden die Betriebe des deutschen Westens und Südens gewiß mit dieser neuen Begünstigung der Spielerei auf ihre Kosten nicht einverstanden sein.

Der achte internationale Friedenskongreß wird vom 12. bis 16. August in Hamburg abgehalten werden. Ihm vorausgehen wird eine interparlamentarische Friedenskonferenz. Das Ziel dieser Veranstaltungen ist bekanntlich die Beseitigung des Krieges durch internationale Schiedsgerichte. Es ist das erste Mal, daß der Friedenskongreß in Deutschland tagt.

Wir haben keine Veranlassung, den Bestrebungen dieser Friedensfreunde entgegenzutreten. Dieselben vergessen bei ihren Bestrebungen nur die Hauptfrage, nämlich den Zusammenhang der Kriege mit der kapitalistischen Konkurrenz der Nationen, ohne deren Ausgleichung und Beseitigung auch die letzte Wurzel der Kriege nicht beseitigt werden kann.

Material für etwaige Änderungen und Ergänzungen der Zollgesetzgebung und Zollsähe sammeln jetzt schon die verschiedensten wirtschaftlichen Vereinigungen. U. a. hat jüngst der Deutsche Seefischer-Verein alle in betracht kommenden wirtschaftlichen Korporationen, welche Interesse an der Seefischerlei haben, darüber befragt, welche Änderungen sie für die letztere als notwendig erachteten.

Ueber den ambulanten Gerichtsstand haben sich jetzt auch die „Berl. Neuest. Nachr.“ zu belagern. Das Blatt schreibt:

„Ein recht charakteristischer Fall, der die Unhaltbarkeit der Theorie von dem ambulanten Gerichtsstand der Presse schlagend erweist, können wir aus eigener Erfahrung verzeichnen. Eine Nummer unserer Zeitung, in deren Anzeigenteil eine Aufforderung zum Spiel in der bekanntlich faustlich genehmigten Lotterie zum Ban der Willibrodikirche zu Wesel abgedruckt war, gerieth einem badischen Gendarm im Wirtshaus einer kleinen Stadt des Großherzogthums in die Hände, und sein scharfes Auge erpähte mit divinatorischem Blick sofort jene Annonce. Da die Lotterie in Baden nicht genehmigt und das Spielen in Lotterien, die solche Genehmigung ermangeln, dort verboten ist, so stellte der Beamte die Zeitungsummer mit einer Anzeige der dortigen Staatsanwaltschaft zu und veranlaßte diese zur Erhebung einer Anklage. Das badische Gericht hat gegen den als verantwortlich für den Inzeratenthail benannten Beamten unserer Expedition ein Verfahren eingeleitet, in Verfolg dessen er im Aquisitionswege bereits von dem Berliner Richter vernommen worden ist. Man kann nun mit einiger Spannung abwarten, wie die Sache weiter verlaufen wird. Mit demselben Recht könnte in Preußen jeden Tag Anklage gegen jede braunschweigische oder sächsische Zeitung erhoben werden, die in ihrem Anzeigenteil die in Braunschweig und Sachsen bestehenden Landeslotterien, die in Preußen nicht zugelassen sind, ankündigt. Es genügt, daß ein von Leipzig kommender Reisender in Berlin seine Zeitung im Wagon liegen läßt, um daraufhin gegen die letztere eine Anklage zu erheben!“

Das Blatt fügt dieser Mittheilung noch scharfe Worte der Kritik hinzu. So lange die großen Missethäter unserer Justiz nur die Arbeiterpresse bedrängen, haben die Leute vom Schlage der „Berl. Neuesten Nachrichten“ nicht das mindeste einzuwenden; erst wenn sie einmal selbst betroffen werden, schreien sie.

Ein Streit um die polnische Sprache. Einen bedeutsamen Rechtsstreit den die erste Senat des Oberverwaltungsgerichts. Der Pole Porzuch aus Lessen hatte vor einiger Zeit der dortigen Polizeibehörde angezeigt, daß er gegen Eintrittsgeld in einem Polale eine polnische Theateraufführung mit Genehmigung der Polizeibehörde veranstalten möchte. Die Polizeibehörde verlangte aber unbedingt die Einreichung einer deutschen Uebersetzung der auszuführenden Stücke. Zur Beibringung einer Uebersetzung erachtete sich aber Porzuch nicht für verpflichtet und beschritt daher den Beschwerdeweg. Der Landrath, eben sowie der Regierungspräsident wiesen in beiden die Beschwerde ab und erklärten die Forderung der Polizei-Verwaltung für berechtigt. Sodann verklagte Porzuch, vertreten durch Rechtsanwält von Lazewski, den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht. Letzteres hob auch den Bescheid des Regierungspräsidenten als unzutreffend auf und erklärte den Kläger für nicht verpflichtet, die betreffende Uebersetzung der Polizeibehörde zur Prüfung einzureichen. Das Geschäftsprachengesetz gebe hierzu keinen Anhalt. Auch sei es Sache der Polizeibehörde, sich selbst die erforderlichen Mittel zu beschaffen, um eventuell einschreiten zu können. Wenn auch die Polizeibehörde berechtigt sei, Auskunft zu verlangen, so sei ihr diese Auskunft auch durch Einreichung derjenigen Bücher gegeben worden, in welchen die in betracht kommenden polnischen Theaterstücke abgedruckt waren.

Der Kaiser Wilhelm-Kanal genügt, wie sich nach der „Mit. Pol. Korr.“ immer mehr herausstellt, für wirklich große Kriegsschiffe in vielen Fällen noch durchaus nicht. Es wird deshalb früher oder später die Frage von neuem zur Erörterung gelangen müssen, ob sich nicht durch eine weitere Vertiefung der Fahrinnere Schwierigkeiten beseitigen lassen, die besonders dann leicht in die Erscheinung treten, wenn auf dem Kanal gleichzeitig Kriegs- und Handels- oder Riffenfahrzeuge verkehren und einander auszuweichen gezwungen sind.

Für den Handel genügt der Kanal vollständig, aber die Panzer-Angehänge der Kriegsschiffe werden den Steuerzahlern auch in dieser Beziehung noch große Kosten machen.

In der Angelegenheit des Schumanns Kiefer in Köln, der eine Dame in unbefugter Weise verhaftet und mißhandelt hatte, ist eine höchst ersaunliche Wendung eingetreten. Der erste Staatsanwalt hat die Ermittlungen gegen Kiefer eingestellt, nachdem der Regierungs- sowie der Polizeipräsident gegen den vom Amte suspendirten Schumann das Disziplinarverfahren wegen Vergehens im Amte eingeleitet haben. Der Strafantrag lautete auf Freiheitsberaubung, begangen im Amte, sowie thätliche Beleidigung und Mißhandlung. Von beiderseitiger Seite ist gegen den Bescheid des Staatsanwalts Beschwerde beim Oberstaatsanwalt eingeleitet worden.

Ueber die Auflösung eines Kriegervereins berichtet die „Peiner Zeitung“: Der Landrath hieselbst hatte die zwangsweise Auflösung des Kriegervereins in Wilsden verfügt, weil ein Mitglied desselben sich als Sozialdemokrat bekannt hatte, und ein auf Ausschluß desselben an den Verein gestellter Antrag abgelehnt worden war. Auch der „Rath“ des Landraths,

freiwillig den Verein aufzulösen, war unbeachtet geblieben. Wegen die dann folgende Auflösungsverfügung war beim Bezirksauschuss Klage erhoben mit der Begründung, daß der Landrath zur Auflösung gar nicht berechtigt, dies vielmehr Sache der Bezirksvereine resp. des deutschen Kriegerbundes sei. Der Bezirksauschuss hat jedoch die landräthliche Verfügung auf Auflösung des Vereins bestätigt. Der Staat ist also wieder einmal „gerichtet“. — Das amtliche Kreisblatt bemerkt hierzu: „Fast sollte man meinen, wir lebten noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetz.“

Keine Fahrradsteuer. Aus München wird geschrieben: Die Nachricht der „Augsburger Postzeitung“, daß eine Besteuerung des Fahrrades im Finanzministerium beschlossene Sache sei, ist nach amtlicher Mittheilung nicht richtig. Seitens der Staatsregierung ist die Einführung einer staatlichen Velozipedsteuer in keiner Weise in Aussicht genommen.

Dem angestammten Fürstenthum die Treue zu halten, wird bekanntlich von unseren Monarchisten als eine Kardinaltugend gepriesen. Diese schöne Sache geht aber völlig in die Brüche, sobald die den 1866 entthronten deutschen Fürsten treu Gebliebenen jenem Grundsatze nachleben wollen. Der westfälische Fürst „Georg Wilhelm“ in Sildesheim hatte bei einer Feier das „Unserm Ernst August Heil!“ singen wollen. Dies wurde jedoch von dem überwachenden Polizeibeamten verboten. Auf die bei der Polizeidirektion eingereichte Beschwerde ist nun dem Vorstehenden des Klubs folgende vom Polizeidirektor Dr. Gerland unterzeichnete Antwort zugegangen:

„Ich bin nicht in der Lage, Ihnen zu gefallen, das Lied „Unserm Ernst August Heil!“ zu singen. Dies der Nationalhymne nachgebildete Lied läßt die Deutung zu, als wenn Sie einen Landesherren Ernst August hätten, dem Sie zu huldigen verpflichtet und berechtigt wären. So gern ich die pietätvolle Erinnerung an vergangene Zeiten anerkenne — und ich thue dies umso mehr, als ich selbst einer der einverleibten Provinzen angehöre — so kann ich doch keine Demonstrationen dulden, welche die schweren Mißdeutungen und dadurch Verirrungen auf der Seite von Unterthanen Seiner Majestät unseres Kaisers und Königs hervorzurufen geeignet sind.“

Ich habe deshalb auch schon andere Lieder zu singen untersagt und muß bei dem hier von Ihnen angefochtenen Verbot gleichfalls beharren.

Ueberhaupt kann ich dem Klub „Georg Wilhelm“ nur ernstlich empfehlen, in seinen Kesperungen sich sehr zu mäßigen, damit ich nicht gezwungen bin, Bestrafungen wegen der immer maßloser werdenden Agitationen herbeizuführen.

Dr. Gerland.“

Der genannte westfälische Klub wird sich mit diesem Verbot, das nicht einmal geschicklich zu begründen versucht wird, nicht zufrieden geben.

Dort verlangt man Treue zu dem Landesfürsten, hier sagt man denen, die diese Treue halten, obwohl ihr Fürst das Unglück gehabt hat, vor einem Stärkeren weichen zu müssen, sie trieben „maßlose Agitationen“!

Duellprügelei. Zwischen einem Reserve-Offizier und einem Referendar aus Northheim hat im Walde bei Mariaaspring ein Pistolenduell stattgefunden, bei welchem der Letztere an der Hand leicht verletzt wurde; die Ursache soll in einem Wirthshausstreite zu suchen sein, der schließlich in Thätlichkeiten ausartete. Der Reserve-Offizier unterbreitete den Vorfalle seinen militärischen Vorgesetzten in Göttingen; ein Ehrenrath trat zusammen und das endgiltige Ergebnis der Verhandlungen war das — Pistolenduell.

Ungarn.

Ein Kartellgesetz in Ungarn. Nimmehr ist auch die ungarische Regierung der Frage der Kartelle nähergetreten. Der Handelsminister Freiherr v. Daniel richtete am 12. Juli den nachfolgenden Erlaß an sämtliche Handels- und Gewerbetreibenden des Landes:

„Die Gesetzgebung, daß selbständige Industrie-Unternehmungen zu dem Zwecke vereinigt werden, um mit Umgehung der auf dem Grundsatze der freien Konkurrenz beruhenden wirtschaftlichen Ordnung durch gemeinsames Vorgehen die Produktions-, Preis-, Bildungs-, und Absatz-Verhältnisse gewisser Artikel zu regeln, tritt immer häufiger auf. In einzelnen Staaten bildet diese Erscheinung bereits den Gegenstand von Maßregeln der Gesetzgebung. Nachdem derartige Vereinbarungen von Unternehmungen (Kartellen) derzeit in Ungarn keinerlei Beschränkungen unterworfen sind und kein Zweifel darüber besteht, daß einzelne unterländische Unternehmungen selbst selbständig, theils aber auch mit fremdländischen Unternehmungen aus dem gleichen Grunde kartellirt sind, ist die Wirkung solcher Vereinbarungen bereits bei uns sichtbar. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit Rücksicht auf die in hohem Maße gestiegene Ueberproduktion und auf die Verminderung der im Gefolge derselben gewöhnlich eintretenden Krisen solche wirtschaftliche Organisationen, die geeignet sind, eine gewisse Gleichmäßigkeit der Produktions-Verhältnisse sicher zu stellen, aus dem Gesichtspunkte der gleichmäßigen Erwerbsthätigkeit der arbeitenden Klassen eine wohlthätige Wirkung üben können, vorausgesetzt jedoch, daß diese Vereinbarungen mit keiner unmittelbaren Belastung des konsumirenden Publikums verbunden sind. Obgleich ich also gewisse Kartell-Bestrebungen nicht für unbegründet halte, erfordern die erwähnten Erscheinungen dennoch die volle Aufmerksamkeit der Staatsgewalt, um so mehr, als einzelne Kartelle mit den auf das öffentliche Wohl gerichteten Bestrebungen in Widerspruch stehen können und die Befolgung eines solchen Mißstandes Pflicht der Staatsgewalt ist. Ich lege daher den Zeitpunkt gekommen, in welchem auch wir uns mit dem Gegenstande beschäftigen müssen. Ich ersuche Sie, mir über diese Frage einen eingehend motivirten Bericht zu erstatten, der sich auf die folgenden Gesichtspunkte erstrecken soll: Welche Wirkung hatten erfahrungsmäßig auch bei uns die derzeit schon bestehenden Kartelle? Ist die Regelung der Frage im Wege der Gesetzgebung notwendig? Soll in einem eventuell zu schaffenden Gesetze verfügt werden, daß jede derartige Vereinbarung mit allen einzelnen Bestimmungen bei der zu diesem Behufe zu beschreibenden Behörde angemeldet werden muß? Soll dieser Behörde das Recht zustehen, Einzelheiten der Vereinbarung zum Gegenstande der Untersuchung zu machen und dem Ergebnis der letzteren entsprechend die Durchführung des Kartell-Vereinbommens zu verbieten? Wäre es zweckmäßig, wenn die Behörde bei ihrem Vorgehen durch einen sachmännlichen Beirath unterstützt würde, und aus den Vertretern welcher volkswirtschaftlichen Faktoren soll dieser sachmännliche Beirath zusammengesetzt werden?“

Schweiz.

Bern, 22. Juli. (Sig. Ber.) Der Bundesversammlung ist in der Kommission auch eine Vorlage vom Bundesrath gemacht worden über die Errichtung einer militärischen Luftschiff-Abtheilung. Dieselbe, eine Kompanie, soll bestehen aus 4 Offizieren, 37 Luftschiffen (Unteroffiziere und Soldaten), 84 Mann Train (Unteroffiziere und Soldaten), 8 Reitpferden, 58 Fußpferden und 14 Zubehören. Das Material wird umfassen einen vollständig ausgerüsteten Ballon von circa 600 Kubikmetern, Kabel und Winde mit zugehörigem Dampf- oder Petroleum-Motor zu einem Fuhrwerk verknüpft; das Kabel erhält eine Länge von 800 bis 1000 Meter und wird aus Seide oder Stahlbratz hergestellt. Ferner einen Generator zur Fabrikation des Wasserstoffgases, einen Gasometer, einen Kompressor mit Maschine, um den Wasserstoff in die Zylinder einzufüllen und die Stahlzylinder für die Magazinitung des komprimirten Gases bis zu dessen Gebrauch mit den zugehörigen Transportfahrzeugen. Die ganzen Kosten der Einrichtung der neuen Luftschiff-Abtheilung werden auf 200 000 bis 220 000 Fr. angegeben. Die Vorlage ist, wie gewohnt, sehr gut vorbereitet und begründet und in der Botschaft wird die ganze bisherige Geschichte

es militärischen Fesselballons gegeben, der heute in fast allen Ländern
er Arme zugehört ist. Ueber die militärischen Vorzüge dieses
Strickmittels sagt die Wochenschrift: „Der Ballon ist ein bewegliches
Observatorium mit Vogelschau, welches auch jedem Punkte des
Schlachtfeldes sofortigen unverzüglich in Tätigkeit treten kann.
Kraft dieser Eigenschaften ist der Fesselballon für die Schlacht das
zuverlässigste Nachrichtenorgan, welches eine Armee besitzen kann.
Von dem hochgelegenen Korbe des Ballons aus überfliegt ein
Offizier das Terrain in einem Umkreise von 15 Kilometer, die
Höhen des Geländes verschwinden fast ganz für den hohen
Standpunkt des Beobachters, sein Blick dringt hinter jede Terrain-
welle, fast hinter jedes Deckungsmittel. Der Beobachter im Ballon
kann daher seinen Armeekommandanten auf rascheste Weise sowohl
über die Bewegung und die Verteilung der feindlichen Streitkräfte
als auch über die Situation der eigenen Truppen auf dem Laufenden
halten und dadurch ist die Notwendigkeit dargelegt, daß auch die
Schweiz nicht länger auf die Anschaffung eines militärischen Fessel-
ballons verzichten könne.“

Man sieht hieraus, daß die durchaus nicht kriegs- und er-
oberungslustige demokratische Schweiz die militärischen Fortschritte
mitzumachen gezwungen ist, fernher aber auch, daß die Militä-
r in e e sich immer auf der Höhe der militärischen Entwicklung be-
findet und dem großen Armeen der Militärsstaaten gewissermaßen das
Gleichgewicht zu halten vermag.

Frankreich.

Paris, 23. Juli. (Sig. Ber.) Die Zentralorganisation der
radikalen Partei, der „Aktionsklub für republikanische
Reformen“, veröffentlicht heute ein Wahlmanifest. Dasselbe
beginnt mit einer scharfen Kritik der fünfzehnmönatlichen
Tätigkeit des Kabinetts Meline, welchem aus dem Gebiete
der auswärtigen Politik die Stütze Frankreichs im
europäischen Konzert und im Innern die „Befähigung der
Großindustrie und des Großgrundbesitzes“, sowie die Befestigung
der Steuerreform vorgeworfen wird. Das politische Werk Meline's
wird treffend gekennzeichnet als die Vorbereitung einer „reaktio-
nären Partei, beruhend auf einem immer engeren Bund zwischen
der Macht der Kirche und der Macht des Geldes“. Demgemäß
bildeten auch die mehr als hundert offenen und verkappten
monarchistischen Deputierten, die feste Stütze der Meline'schen
Mehrheit. Als Wahlprogramm stellt der Aktionsklub
zunächst folgende Hauptforderungen auf: die Verfassungs-
revision und die Einkommenssteuer, welche letztere neben
einer gerechten Verteilung der Steuerlast die Mittel zur Ver-
wirklichung von Sozialreformen liefern soll. Die Wahlakti-
vität des Aktionsklubs besteht einerseits in der Bekämpfung
sämtlicher Mitglieder der Meline'schen Mehrheit einschließ-
lich der unglücklichen Kantonisten, die im Laufe der gegen-
wärtigen Legislatur je nach dem Ministerium zwischen rechts und
links schwanken, und andererseits in dem Bund „mit allen Demo-
kraten, welche besonderen Namen diese auch annehmen und welches
ihre doktrinalen Meinungsverschiedenheiten auch sein mögen.“
Letzterer Punkt ist eher etwas dunkel. Der Aktionsklub scheute sich,
einem Wahlbündnis mit den Sozialisten offen das Wort zu reden,
trotzdem er genau weiß, daß die Koalition der Ordnungsparteien
nur durch eine Koalition der bürgerlichen und der proletarischen
Demokratie erfolgreich bekämpft werden kann. In einer kürzlich
haltgehaltenen Konferenz der radikalen Politiker und Zeitungs-
redakteure von Paris ist man übrigens ohne Beschluß über die
Frage eines Wahlbündnisses mit den Sozialisten hinweggegangen.
Die radikale Partei zerfällt eben in zwei ziemlich scharf geforderte
Flügel. Das Manifest ist unterzeichnet vom Vorsitzenden der
Exekutivkommission, dem ehemaligen radikalen Minister Melneur,
dem Vorsitzenden der rechtsradikalen Kammerfraktion Dujardin-
Beaumez, und dem Vorsitzenden der linksradikalen („sozialistisch-
radikalen“) Fraktion Goblet.

Paris, 23. Juli. Die „Agence Havas“ meldet: Der Minister
des Äußeren Hanotaux und der deutsche Botschafter Graf Münster
haben heute Nachmittag das Abkommen unterzeichnet, durch welches
die Grenzen der Besitzungen Deutschlands und Frankreichs im Hinter-
land von Togo und in Dahomey festgesetzt werden; das Abkommen
wird dem Parlamente zur Genehmigung unterbreitet werden.

Belgien.

Die Bürgergarde wurde als letztes Mittel gegen den
vordringenden Sozialismus begründet und von den Ordnungsgewaltigen
eifrig gefördert. Jetzt fordert die sozialistische Presse alle Sozialisten
auf, sich in die Bürgergarde ausnehmen zu lassen. „Wir wollen
alle das Gewehr fordern, welches man gegen uns zu richten trauert.
Das ist fortda die Lösung! Die Arbeiterpartei ruft alle Ibrigen
zu den Waffen!“

Holland.

Haag, 24. Juli. Folgende Zusammensetzung des Kabinetts
wird jetzt als gesichert angenommen: Der frühere Minister Pieron,
der das Kabinet bildet, Finanz; Deputierter Debeaufort Aus-
wärtiges; Professor van der Linden Justiz; Deputierter Vogels
Inneres; der frühere Minister Jansen Marine; General Cland
Krieg; der frühere Minister Velt Waterstaat Handel; Deputierter
Cremer Kolonien.

Alle diese Mitglieder des Kabinetts gehören einer der liberalen
Richtungen an.

England.

Ueber den verstorbenen Mundella schreibt und
noch unser Londoner Korrespondent unterm 21. Juli:

Sein Nachfolger ist der frühere Minister und wohlbekannte
Parlamentarier A. J. Mundella gestorben. In ihm verliert die
liberale Partei ein in Arbeiterkreisen sehr beliebtes Mitglied.
Mundella war im Jahre 1825 in Leicester als Sohn eines italienischen
Flüchtlings geboren. Er war in seiner Jugend ein feuriger Chartist,
und wenn er später, wie übrigens viele Chartisten, der liberalen
Partei beitrug, so geschähe er doch in dieser lange zur äußersten
Linken, und in allen, die Arbeiterklasse betreffenden Fragen hat er
sich bis zuletzt tabellarisch gehalten. Insbesondere hat er sich
große Verdienste um die Sache der Gewerkschaften erworben.
Zu einer Zeit, wo die übergroße Mehrheit der Liberalen den Ge-
werkschaften mit launiger Abneigung gegenüberstand, hat
Mundella, obwohl selbst Fabrikant, sich mit großer Wärme für sie
ins Zeug gelegt und ihnen in jeder Weise Vorhülfe geleistet. Viel-
leicht keines der lebenden Mitglieder der Partei und keiner keiner
ihrer jetzigen Führer hat soviel für die gesellschaftliche Anerkennung der
Gewerkschaften getan wie er, und ebenso ist sein Name mit vielen
Arbeitergeschicklichkeiten der letzten dreißig Jahre verknüpft. Bekannt
ist seine im Verein mit dem vor einigen Jahren verstorbenen Sir
R. Kettle einsetzte Tätigkeit für gewerbliche Einigungsämter
und Schiedsgerichte, und verschiedene auf das Einigungswesen be-
zügliche Gesetze rühren von ihm her. Nachdem die schottischen
Arbeiter 1847 das Wahlrecht erhalten, wählte das radikale
Sheffield Mundella ins Parlament und Abgeordneter für
Sheffield ist er bis zu seinem Tode geblieben. 1880 wurde er
im Ministerium Gladstone Staatssekretär für das Unterrichts-
wesen, und im liberalen Ministerium von 1892 Minister für Handel
und Gewerbe. Eine seiner ersten Maßnahmen in dieser Eigenschaft war
die Einrichtung des Arbeitsdepartements und die Gründung der
„Labour Gazette“. Wegen seiner Verbindung mit einem Bank-
unternehmen, das seine Zahlungen suspendieren mußte, wurde er
1894 in verschiedenen Blättern an seiner Ehre verdächtigt, was ihn
veranlaßte, vom Ministerium zurückzutreten. Die nachfolgende
Untersuchung ergab indes, daß ihm auch nicht die geringste unehren-
hafte Handlung vorgeworfen werden konnte. Er wurde dann auch
1895 ohne Opposition von neuem ins Parlament gewählt. Jetzt
wird wahrscheinlich sozialistischerseits der Versuch gemacht werden,
seinen Wahlkreis den Liberalen zu entreißen. Bei der letzten be-
strittenen Wahl (1892) erhielt Mundella 4 938 gegen 3 681 Stimmen,
die auf einen Kontervaletten fielen; ein für englische Verhältnisse
großer Vorsprung, es wird sich aber zeigen müssen, ob nicht ein
Teil davon auf Rechnung persönlicher Beliebtheit kam.

Rußland.

Ueber die Verhaftung eines Deutschen in
Rußland unter sehr seltsamen Umständen berichtet die „Nord-
Ostsee-Zeitung“. Darnach ist der erste Maschinist Strangmann vom
Lübecker Dampfer „Hansa“ in Sibau unter dem Vorwand an
Land gelockt worden, es lagere etwas für ihn bei der Zollbehörde.
Aus Land gekommen, wurde er festgenommen und dann abgeführt.
Strangmann soll schon seit längerer Zeit in Rußland verbotene
sozialistische und nihilistische Schriften eingeführt haben. Vergebens
hat der Kapitän versucht, gegen Hinterlegung einer Kaution
von 6000 Mark die Freilassung zu erwirken. Er wurde
in sehr schroffer Weise zurückgewiesen. Die Angelegenheit ist
von Sibau der höheren Verwaltungsbehörde in Petersburg sofort
gemeldet worden und es ist von dort aus weitere Maßnahmen
entgegenzusehen. Auch auf den Maschinisten des Lübecker Dampf-
schiffes „Gala“, dessen Ankunft in Sibau zu erwarten steht, wird aus den-
selben Gründen gelahndet. Beide Männer sind in Lübeck verheiratet
und haben eine zahlreiche Familie.

Wenn die Mitteilung, daß die russische Behörde den Maschinisten
Strangmann in der Weise, wie es oben geschildert hat, in die Falle
gelockt hat, auf Wahrheit beruht und es ist kein Anlaß, daran zu
zweifeln, daß sie auf Wahrheit beruht, so wird es Ausgabe der
deutschen Regierung sein, gegen ein derartiges
Verfahren einzuschreiten.

Eine Hungersnot in Rußland soll nach den
Mitteilungen der amtlichen russischen „Handels- und Industrie-
Zeitung“, wie wir schon in unserer Nummer vom 16. d. Mtz. ge-
meldet haben, nicht unwahrscheinlich sein. Die Zeitung schreibt, der
Stand der Ernte lasse darauf schließen, daß Rußland in
diesem Jahre mit einer erschreckenden Misere zu thun
haben wird, die gegebenenfalls zu einer Wiederholung der
Hungersnot von 1891 führen könnte. Am schlechtesten ist es um
die Ernte im sogenannten Schwarzerde-Gebiet, der in Zentral-
Rußland gelegenen eigentlichen Kornkammer des Reiches, bestellt.
Hiermit eröffnet sich die Aussicht auf eine Reihe typischer Er-
scheinungen, die aus dem Jahre 1891 nur zu wohl bekannt sind:
plötzliches Steigen der Getreidepreise, Zurückhalten der Getreide-
vorräte und gänzliches Aufhören der Zufuhr zu den Märkten.
War das Getreide unlängst noch so billig, daß es auf die Straße
geworfen wurde, weil die Zufuhr zur Bahn teurer zu stehen
kam, als das Getreide wert war, so ist es jetzt überhaupt nicht mehr zu
haben. Nach Ueberfluß bei niedrigen Preisen sind plötzlich Mangel
und ungewöhnlich hohe Preise eingetreten.

Hohe Getreidepreise sind aber für die Masse der russischen
Bauern gleichbedeutend mit Hungersnot und Verelendung. Dies
bestätigen auch die Ergebnisse eines vom russischen Finanzminister
angeordneten Sammelwerkes über die Lage der Landwirtschaft in
Rußland, an dem die bedeutendsten russischen Nationalökonom
und Statistiker mitgewirkt haben. Nach deren Untersuchungen bauen
in Rußland weniger Korn, als zur eigenen Ernährung erforderlich
ist, 52 pCt. der Bauern, 32 pCt. der Bauern sind mit Getreide
länglich versorgt, und nur 16 pCt. produzieren Getreide für
den Markt, haben also ein Interesse an hohen Getreidepreisen.
Fast 1/3 der Gesamtheit ernährt sich, wie aus den obigen
Zahlen hervorgeht, mit eigenem Getreide, hat aber keine Ueberschüsse.
Ueber die Hälfte der Bauern aber haben zu wenig Korn und müssen
ungefähr 200 Millionen Rubel zukaufen. Die Bauern dieser letzteren
Kategorie haben also ein Interesse an niedrigen Getreidepreisen.
Es scheint ein Widerspruch zu sein, wenn bei solcher Lage jeden
Verst auf den Ortsmärkten größere Quantitäten bäuerlichen Getreides
erscheinen, während sich in dieser Zeit die Großproduzenten des
Verkaufs enthalten. Dies sind aber auch keine Getreide-Ueberschüsse,
sondern es handelt sich nur um eine Pfand- oder Kreditoperation.
Der arme Bauer ist nämlich gezwungen, um die Steuern und andere
Geldschulden bezahlen zu können, einen Teil seines Getreides zu ver-
kaufen. Im Frühjahr oder auch schon im Januar kauft er dann das-
selbe Getreide, das bis dahin ruhig in denselben Speicher liegen
geblieben ist, mit dem erhin, durch Nebenbeschäftigungen erworbenen
Gelde zurück und noch fremdes dazu.

Bei solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß eine Misere, wie
sie eben wieder signalisiert wird, mit ihrem Mangel an Brot-
korn und ihren Bucherpreisen so zerschredend auf die russische Be-
völkerung wirken muß, wie man es im Jahre 1891 gesehen hat. Das
Saatgetreide und die Viehbestände werden angegriffen, die Bauern-
wirtschaften sind ruiniert, und außerdem hält noch der
direkte Hungertod unter den Menschen eine reiche Ernte. — Die
russische Regierung aber hat wenig Zeit, sich um diese Dinge zu
kümmern. Sie muß die aufkeimende Arbeiterbewegung wiederzuden
und begnügt sich beim Ausbruch des Hungers wohl damit, in die
notleidenden Gegenden ein paar Millionen Rubel Unterstützung zu
schicken, von welchem Gelde dann die spitzbübischen Beamten den
größten Teil unterschlagen.

Japan.

Tokio, 24. Juli. Das Kabinet nahm den Vorschlag
Hawait's an, die Streitfrage über die Einwanderung von Japanern
in Hawaii einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Afrika.

Den Einfluss Frankreichs in Abyssinien zeigt
die Nachricht, daß der Negus, oder, wie er sich offiziell nennt, der
Kaiser von Aethiopien, einer französischen Gesellschaft, der Com-
pagnie Impériale des Chemins de fer Ethiopiens (Kaiserl. Gesell-
schaft der äthiopischen Eisenbahnen), für 99 Jahre das aus-
schließliche Recht erteilt hat, Eisenbahnen in Aethiopien zu
bauen. Die ersten Linien, die in Angriff genommen werden sollen,
werden den schmalen Räderbahn durchschneiden, der Abyssinien vom
Roten Meer trennt. Sie führen von Djibouti nach St. War, Harar,
Ottolito und von dort nach dem Weißen Nil. Die Konzeption, die
ein Monopol für 99 Jahre bedeutet, war auch von englischer Seite
energisch angegriffen worden. Die Regierung Menelik's garantiert der
Gesellschaft ein Reinertrags von 3 Millionen Ffrs., gesichert durch
10 pCt. aller Einfuhr- und Ausfuhrzölle, die durch einen von der
französischen Regierung zu ernennenden Kommissar kontrolliert und
von Organen der Gesellschaft eincolliert werden sollen.

Amerika.

Die Silberleute in den Vereinigten Staaten.
Mancher hat wohl erwartet, daß die Silberfrage in den Vereinigten
Staaten mit Mac Kinley's Wahl auf längere Zeit vertagt sei. Die
Silberdemokraten geben aber keine Ruhe. Die Goldwährungs-
Korrespondenz schreibt dazu: Die Silberleute gründeten vor drei Wochen
in Cincinnati eine neue Silberliga, die hauptsächlich die Staaten
Indiana, Ohio, Kentucky und West-Virginien umfaßt. Um sich
ferner für die Präsidentenwahl von 1900 zu organisieren, erhoben sie
unter der Führung ihres eifrig weiter agitierenden Parteihauptes Bryan
die Chicagoer Silberplattform für die Kommunalwahlen auf den Schild.
In Ohio, wo Präsident McKinley, in Colorado, wo der Silberapostel Wolfsoff
seinen Sitz hat, in Iowa, Kentucky und anderen westlichen Staaten machen
die demokratische, die liberrepublikanische und die populistische Partei
wieder gemeinsame Sache; dort werden nur solche Männer zu
Kommunalbeamten gewählt, die in dem letzten Wahlzuge für Bryan
gestritten haben. Mit der Staatspolitik hat die Silberfrage gar nichts
zu schaffen und mit der Lokalpolitik noch viel weniger; nichts desto weniger
volkshetzig dort diese Wahlkampagne aus Grund der Währungs-
frage. Zugleich treibt die Verquickung der Zoll- und Währungs-
politik lönderbare Blößen: Bryan's Anhänger wollen die
„Alle Welt“ zu einem Doppelwährungsband belehren, wissen
das aber nicht besser als durch einen Tarifkrieg einzuleiten.
Bryan ferner, der „Bekämpfer des Kapitalismus“, soll die Trübsal
ausrotten, und diese Parole beim nächsten Wahlkampf sogar zur
ausschlaggebenden Rolle erheben; die Silber-Republikaner aber
wischen das Versprechen nicht anders in die That umzusetzen, als
daß sie jedem Trübsal gegen Entrichtung eines entsprechenden Beitrags
an die Parteikasse den von den Interessenten verlangten Zoll zu-
geben und durch die Zollabhängigen der neuen Tarifbill die
Stellung der Trübsal noch mehr härten.

Partei-Nachrichten.

Parteienoffen Berlin und der Provinz Brandenburg?

Die diesjährige Provinzial-Parteienkonferenz findet am Sonn-
tag, den 12. September, von vormittags 9 Uhr ab, in
Feuerstein's Festsaal (Zuh. Martin Bergberg), Berlin S.,
Kleie Jakobstraße 75, statt. Als vorläufige Tagesordnung ist
festgesetzt:

1. Bericht der Agitationskommission. Referent O. Kutz.
2. Diskussion.
3. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Reichstags-
Abgeordneter Arthur Stadthagen.
4. Die preussischen Landtagswahlen. Referent Schriftsteller
Georg Ledebour.
5. Anträge.

Wir erfragen die Vertrauenspersonen der einzelnen Wahlkreise
unmehrer, soweit noch nicht geschehen, unverzüglich die Kreis-
konferenzen resp. Parteiverfassungen einzuberufen, um Stellung
zu vorstehender Tagesordnung zu nehmen und die Delegiertenwahlen
zu vollziehen. Jeder Wahlkreis ist berechtigt, drei Delegierte zu ent-
senden. Eventuelle Anträge schicke man an untenstehende Adresse.

Genossen! Euch noch besonders die Bedeutung gerade der dies-
jährigen Konferenz aneinanderzusehen, erübrigt sich. Notwendig
ist, daß alle Wahlkreise Berlin und der Provinz
Brandenburg vertreten sind. Es gibt keinen sichhaltigen
Grund für event. Nichtbesichtigung. Sollten diese oder jene kleinliche
Gründe den Parteienoffen einzelner Kreise die Besichtigung dennoch
erschweren, so erfragen wir, sich sofort mit uns in Verbindung
zu setzen, wir werden dann schon die Hindernisse zu beseitigen
wissen.

Die diesmalige Tagesordnung verlangt die gründlichste Be-
handlung. Um diese Arbeit an einem Tage zu bewältigen, ist es
notwendig, daß sämtliche Delegierte pünktlich um 9 Uhr früh zur
Stelle sind.

Mit seg. Gruß

Die Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

A. A.: Carl Dimmid, Berlin S. 42, Louise-Ufer 11.

NB. Die Partei-Organ der Provinz werden von mehrmaligen
Abdruck erucht.

D. O.

Parteiliteratur. Die Unschärfe, welche für das Vereins-
und Versammlungsrecht in Preußen seit Monaten das „Meine“
Umsatzgesetz des Herrn v. d. Rede herbeigeführt hat, ist durch dessen
endgültige Verwerfung durch den Landtag vorläufig beseitigt. Damit
ist auch die Möglichkeit der Neuausgabe einer für alle Vereins-
und Gewerkschaftsvorstände, Vertrauensleute und agitationseifrigen
Genossen so nötigen und nützlichen Schrift gegeben, die im Vorlage
der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, nächster Tage in
Neuausgabe erscheinen wird: Handbuch für Vereins- und Ver-
sammlungsleiter. Dasselbe ist zum Zweck allgemeiner Gebrauch-
lichkeit noch mit einem ausführlichen Sachregister versehen und
neben den Bestimmungen des Reichstagswahl-Gesetzes und
Reglements sind auch die für die Agitation hauptsächlich in Frage
kommenden Strafgesetze paragrafen ausgenommen.

Von der Agitation. Ein Flugblatt, das in energischer Weise
gegen das mittlerweile abgelehnte Vereinsgesetz protestiert und die
derzeitige Reaktion scharf beleuchtet, wurde dieser Tage in Halle,
Erfurt und Braunschweig in vielen Tausenden von Fremd-
plätzen verbreitet.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Prozeß wegen Verleumdung des Polizeikommissars von
Wernigerode, der gegen den verantwortlichen Redakteur, den Ver-
leger und den Drucker der Halberstädter „Sonntags-Zeitung“
angestrengt war, führte zu einer Verurteilung des Redakteurs
Genossen Körne zu 600 M. ev. 60 Tagen sowie zu einer Frei-
sprechung des Druckers und des Verlegers. Die Staatsanwaltschaft
hat mit ihrer Auffassung, daß Drucker und Verleger für den Inhalt
einer Zeitung haftbar seien, Schiffbruch gelitten. In einer anderen
Prozesssache, die außerdem noch gegen die „Sonntags-Zeitung“
schwebt, ist ebenfalls der Drucker und Verleger mit angeklagt.

Anklage wegen Verleumdung ist auf Antrag der
Staatsanwaltschaft gegen den früheren verantwortlichen Re-
dakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Genossen Hermann
Fleischer, erhoben worden. Die Verleumdung soll in einem mit
der Spitzmarke: „Polizei, Staatsanwalt und Gericht“ enthaltenen
Artikel verbrochen sein. Es wird dort der Amtshauptmannschaft
Glauchau das unbefugte Einmischen in Angelegenheiten einer
anderen Behörde zum Vorwurf gemacht. Zur Zeit befinden sich
bereits zwei Redakteure der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ im Ge-
fängnis.

Acht sozialdemokratische Gemeindevertreter in Grana i. S.
haben von der Amtshauptmannschaft ein Strafmandat über je 10 M.
erhalten. Sie hatten eine Sitzung, in der die Wahl des Gemein-
deältesten vorgenommen werden sollte, in corpore verlassen, weil ihr
Antrag auf Vertagung der Wahl nicht angenommen worden war.
Sie haben richterliche Entscheidung beantragt.

Die Ahtstundebewegung Der englischen Maschinenbauer.

Unser Londoner Mitarbeiter schreibt und über den Stand
des Kampfes (unter Hinweglassung einiger weniger von uns bereits
mitgeteilter Daten) folgendes: Eine wesentliche Veränderung ist bis
jetzt nicht zu melden. Wohl werden noch von hier und da Anläufe von
Verbandsunternehmern berichtet, aber wenn auch jeder solcher An-
fall die Aussichten der kämpfenden Arbeiter verbessert, so ist die
Sesession bis jetzt doch nicht bedeutend genug, um den Kampf zu
entscheiden. Noch läßt sich sagen, von London abgesehen, nicht
einmal ein genaues Bild der Situation aufstellen, denn es sind
noch viele Verbindungen nicht abgelaufen. Namentlich die Situation am Clyde läßt sich noch gar nicht über-
sehen, weil da durch lokale Feiertage eine Art Waffenstillstand ein-
getreten ist, nach dessen Ende sich erst zeigen wird, wie viel der
großen Schiffbauern trotz der schwankenden Haltung der großen
Firma Fairfield stramm am Unternehmervorstand festhalten. Nachdem
gestern der Vorstand der Arbeitergewerkschaft ein neues Manifest
an das Publikum erlassen, wollen nun die Verbands-
unternehmer auch mit einem solchen loslegen. Und das thut ihnen
Noth, denn bis jetzt ist die Sympathie der öffentlichen Meinung
vorwiegend auf Seiten der Arbeiter. Das hat nun auch Herr
Alexander Siemens gemerkt und seine etwas gar zu referen-
tensantsmäßigen ersten Erklärungen erheblich modifiziert. Mit
sehr guter Ironie heißt es mit Bezug auf dessen Bemerkung,
die Arbeitspersone sei erfolgt, „um den jungen
Leuten eine Lektion zu erteilen“, im getrigen Manifest
der Gewerkschaft: „Herr Siemens ist offenbar mit der
Strömung der öffentlichen Meinung in England weniger vertraut
wie Dr. Dawdell und hat daher noch keinen Versuch gemacht, sich
über den Sinn seiner Worte zu äußern.“ Der Hieb hat gesehen und
heute erklärt Herr Siemens, nichts läge ihm und seinen Verbündeten
ferner, als die Gewerkschaften zu zerstören zu wollen. Sie lehnten
sich bloß gegen den Versuch der Gewerkschaften an, in den Werkstätten
zu regieren. Es war, glaube ich, der gemäßigste „Spectator“, der
schon vorige Woche auf eine ähnliche Erklärung bemerkte, von einem
Regieren der Gewerkschaften sei keine Rede, aber schon jetzt müßte
sich der Unternehmer ein gutes Maß von Ginnischung der Gewerks-

chaft in seinen Betrieb gefaßt lassen; der Versuch der Gewerkschaften, eine bestimmte Arbeitszeit zu erkämpfen, bedeute durchaus kein neues Prinzip.

Gestern haben im Hafen von Devonport bei Plymouth die Maschinenbauer auf den Regierungswerften gezeigt, daß sie striam zur Gewerkschaft halten. Die Fertiger-Arbeiter einer großen Firma, welche einen neuen Kreuzer für die Marine abzuliefern hatte, hatten sich geweigert, mit an den letzten Arbeiten für die Ablieferung Hand anzulegen, weil dieselbe Firma in Hull Mitglied der Gewerkschaft ausgesperrt hatte. Darauf hatte die Leitung der Marine-Verwaltung der Firma mit ihren Leuten auszuweichen wollen, aber kaum erfuhr dies, wie die Sache stehe, als sie kurz und bündig erklärten, wir gehören ebenfalls der Gewerkschaft an und sind daher nicht für Arbeiten zu haben, die die Gewerkschaftsmitglieder haben niederlegen müssen. Der Kreuzer konnte daher nicht abgeliefert werden, und an einem zweiten Kreuzer, der dort im Bau war, wird ebenfalls nicht mehr geschafft.

Am Freitag findet in York eine Konferenz von Delegierten der großen Föderationen der Maschinen- und Schiffsbau-Gewerkschaften statt, auf der über die Stellung der Föderation zu dem gegenwärtigen Konflikt verhandelt werden soll. Die Föderation vertritt gegen 180 000 teilweise vorzüglich organisierte Arbeiter. Mit Ausnahme des Gewerkschaftsvereins der vereinigten Maschinenbauer gehören ihr alle größeren Organisationen der Maschinen- und Schiffsbau-Industrie an, so u. a. die Gewerkschaft der Kesselbauer, die über 95 pCt. der Angehörigen ihres Gewerbes umfaßt, der über 50 000 Mitglieder zählende Gewerkschaft der Zimmerer u. a. mehr. Sie hatte auf einer am 26. Mai in Hull abgehaltenen Konferenz beschlossen, eine große Aktion für Verkürzung der Arbeitszeit ins Werk zu setzen, vorher aber eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob man die Forderung auf 51, 48 oder 45 Stunden die Woche stellen solle. Die Urabstimmung sollte am 1. September beendet sein. Im Hinblick auf diesen Beschluß hatte die Gewerkschaft der Kesselbauer neulich erklärt, vorläufig sich an keinem Streik für den Achtsundentag beteiligen zu können. Inzwischen scheint nun aber doch die Überzeugung sich aufgedrängt zu haben, daß die Zuspitzung des Kampfes ein Warten bis zum angeetzten Termin nicht mehr gestattet, und daher die schnelle Einberufung der Konferenz. Ihre Bedeutung für den entscheidenden Kampf kann nicht hoch genug veranschlagt werden, und wenn ich die Zeichen richtig lese, wird sie den Ausschlag der fürderlichen Gewerbe an den Kampf der Maschinenbauergewerkschaft bringen.

Der neueste Nummer der „Daily Chronicle“ entnehmen wir noch, daß weitere drei Londoner Firmen den Achtsundentag bewilligt haben, sowie daß einige Firmen erklärt haben, die Ausprägungen sofort zurückzunehmen, wenn die Union nicht jetzt sofort, sondern von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab die Einführung des Achtsundentages verlange. Mit diesen Firmen steht das Komitee in Unterhandlung; das Anerbieten anderer Firmen, anstatt der Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohn-erhöhung einzutreten zu lassen, wurde abgelehnt. Nach den Angaben des Streikkomitees sind in London nur 2161 Unionsleute und 598 Unorganisierte ausständig; nach den Angaben des Unternehmerverbandes (siehe gestrige Nummer) sind es beinahe 1000 mehr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Maurer Deutschlands! Kollegen! Wie Euch bekannt sein dürfte, mußten die Maurer Berlins und die der Umgebung in diesem Jahr wiederum in den Streik eintreten, um den 60 Pf.-Stundenlohn, welchen sie schon im Jahre 1889 bekamen, von neuem zu erringen. Am 14. Juni begannen wir den Streik und am 28. Juni konnten wir denselben beenden. Dieser kurze aber kräftige Vorstoß, hatte einen der bis jetzt Verhältnissen entsprechenden großen Erfolg; drei Viertel der am Ort beschäftigten Maurer hatten die Forderung bewilligt erhalten. Sofort nach Beilegung des Streiks versuchten aber die Innungsmeister die Bewilligung zurückzugeben; mit unerwarteter Energie wurde von den Kollegen dieses Ansinnen zurückgewiesen, außerdem mußten noch eine Reihe der hochbetagtesten Innungsbeden nach dem einmütigen Vorgehen der Kollegen noch nachträglich bewilligen. Kollegen! Es stehen uns hier noch harte und schwere Kämpfe bevor in diesem Jahr, denn die vollständige Durchführung und Befestigung des 60 Pf. Stundenlohnes bis auf der letzten Baustelle, ist das unverrückbare Ziel, das wir in unserem und Eurem Interesse erreichen müssen. Zur Erreichung desselben bedürfen wir Eurer moralischen Hilfe. Meidet darum Berlin. Ihr werdet uns wieder herzlich willkommen sein, wenn dieser Kampf beendet ist. In den letzten Wochen haben wir einen starken Zug aus den verschiedenen Orten Deutschlands zu verzeichnen. Wir richten darum die dringende Mahnung an alle deutschen Kollegen, dahin zu wirken, daß die abreisenden Kollegen Berlin meiden. Wir dagegen versprechen, unsere ganze Kraft für die Durchführung unserer Forderung einzusetzen. Mit kollegialen Gruß

Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgebung.

Die Maurer von Groß-Lichterfelde beschlossen in einer Versammlung, vom Montag, den 26. d. M. an über die Bauten des Maurermeisters Mertens die Sperre zu verhängen. Später soll dies mit allen Bauten, bei denen nicht bewilligt ist, geschehen. Die nächste Versammlung soll am Mittwoch, den 28. d. M. stattfinden. Die Lohnkommission.

Achtung, Förmer und Berufsgeossen! In der Eisen-gießerei von E. Grunauer u. Co., Müllerstr. 10 und 11, legten gestern sämtliche Gießerei-Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. Die Arbeitseinstellung erfolgte, weil die Firma früher bewilligte Forderungen wieder zurückzog. Ausständig sind 20 Förmer, 6 Kernmacher, 8 Bager, 1 Zimmermann, 9 Hilfsarbeiter, im ganzen 44 Mann. Kollegen! Wir ersuchen Euch, bei obiger Firma keine Arbeit anzunehmen. Alle arbeitslosen Kollegen Berlins haben sich vom Montag, den 26. Juli morgens 8-10 Uhr bei Poulsson, Schulzenbergstr. 18a, zu melden. E. Müller, Vertrauensmann. A. Plath, Bevollmächtigter.

Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in Charlottenburg wählte Lypke, Kirchstr. 24, zum Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Das Protokoll der dritten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die vom 20.-24. April 1897 in Braunschweig abgehalten wurde, ist soeben erschienen. Die Broschüre umfaßt 136 Seiten Kleinoktav und ist vom Verlag von Schöche in Stuttgart für 20 Pf. zu beziehen. Eine von Segitz für die Generalversammlung gehaltene Rede über das Unterlassungsverbot der Gewerkschaften ist, wie bereits mitgeteilt, als Sonderabdruck bei Scherms-Bärenberg erschienen.

Ueber den gegenwärtigen Stand des Stettiner Tischlerstreiks geht uns nachfolgender Bericht zu: Am Freitag, den 23. d. M., hiellen die Streikenden in Grabow eine Versammlung ab, welche trotz des strömenden Regens von 400 Personen besucht war. Nach dem Bericht der Lohnkommission haben bis jetzt 42 Meister, bei denen 206 Gesellen beschäftigt sind, die Forderung bewilligt. Die Zahl der Streikenden nimmt bedeutend ab. Es könnte dies noch mehr der Fall sein, aber es scheint, als wenn große Werkstätten, die nicht vom Streik betroffen sind, keine große Lust zum Einstellen der Streikenden haben. So wurde in der Versammlung bekannt, daß der „Wulkan“ sich nach Bremen am Tischler gewandt habe. Die Versammlung beschloß, der Direktion des „Wulkan“ schriftlich mitzuteilen, daß jedweger Arbeitseinstieg zur Verfügung stehen. Der Antrag, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzusuchen, wurde verworfen. Den Streik in der bisherigen Form weiterzuführen, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Es bleiben 101 Streikende zu unterstützen, davon sind höchstens 18 Ledige.

Aus Bremen meldet uns ein Privattelegramm, daß in der Bremer Zuteilspinnerei wegen Nachregelung ein Streik aus-

gebrochen ist. Es wird angenommen, daß durch Agenten neue Arbeitskräfte zum Ersatz der Streikenden herangezogen werden sollen. Hoffentlich werden sich keine Textilarbeiter bereit finden lassen, den Streikenden in den Rücken zu fallen.

Streikende Arbeiter sollten sich bei ihren Versuchen, andere zur Teilnahme am Streik zu überreden, stets der größten Vorsicht befleißigen, sie sollten sich ja hüten, Worte zu wählen, die man schlichtlich als „Drohung“ bezeichnen und nach § 153 der Gewerbe-Ordnung bestrafen kann. Unsere Gerichte belegen seit einiger Zeit gerade diese Delikte mit außerordentlich hohen Strafen. So hat das Altonaer Landgericht dieser Tage einen Arbeiter, der eine Arbeiterin, welche während des Streiks der Wärsenmacher einer Bergedorfer Fabrik weiter arbeitete, bedroht haben sollte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt.

Der Streik in der Wolllammererei jedoch dauert unverändert fort. Hier ruht der Betrieb fast vollständig. Der Schaden, den die Fabrik in 14 Tagen durch Stillstand des Betriebes erleidet, beträgt über 200 000 M. An Arbeitslöhnen muß die Fabrik allein an die Gefängigten die Summe von mindestens 40 000 M. auszahlen, ohne die Arbeitskraft während der 14 Tage verwenden zu können. Beide Teile denken noch nicht an ein Nachgeben.

Eine Lohnbewegung steht unter den Malergehilfen in Lüneburg bevor. Sie fordern die Zahlung eines Minimallohnes von 88 Pf. pro Stunde.

Die Bantischler und Glaser in Weiskensfeld ersuchen, infolge ausgebrochener Lohnhöhen, den Zuzug streng fernzuhalten.

200 Hakenarbeiter stehen in Duisburg im Streik. Die Ursache ist eine Lohnreduktion, welche die Direktion der Lagerhand-Gesellschaft vornehmen wollte.

Ein Putzwerkstreik ist in Dresden in Sicht. Eine gestern Abend stattgefundene öffentliche Putzwerkerversammlung beschloß nach Anhörung eines Berichtes der diesbezüglichen Kommission mit 212 gegen 2 Stimmen in geheimer Abstimmung, bei allen dem Fabrikantenring angehörenden Unternehmern in 14 Tagen die Arbeit niederzulegen, falls diese den Forderungen der Arbeiter nicht nachgeben. Gesordert wird die Einführung der vor-jährigen Löhne und Abschaffung der Entlassungs-scheine. Der Zuzug ist unter diesen Umständen fernzuhalten.

Das Pirnaer Gewerkschaftskartell hat beschlossen, Streikunterstützungsgesuche in Zukunft nur dann noch zu berücksichtigen, wenn solche von Vorständen der Zentralorganisationen oder ähnlichen Körperschaften ausgehen.

Ausland.

Von Meran wird der Wiener „Arb.-Ztg.“ gemeldet, daß von den streikenden Bauarbeitern einige hundert abgereist sind. Einige hundert arbeiten zu den neuen Bedingungen, im Streik befinden sich 500. Der Versuch des Gewerbe-Inspektors auf Beilegung des Streiks blieb erfolglos.

Der Ausstand der Triester Holzlastträger ist ein allgemeiner geworden. 22 Schiffe, die zur Hälfte mit Holz beladen sind, liegen müßig. Die Arbeiter beschloßen in einer Versammlung, die Arbeit nur im Falle der Gewährung sämtlicher Forderungen anzunehmen. Mehrere kleinere Holzfirmen sind zu Konzessionen bereit, wogegen sich die größeren Firmen mit Hinweis auf die übermächtige Wiener Konkurrenz ablehnend verhalten.

Soziales.

Im Studium der württembergischen Einrichtungen, zur Erhaltung und Hebung des Handwerks, vor allem des Systems der Zentralfelle für Handel und Gewerbe, beabsichtigt die preussische Regierung in der nächsten Zeit Kommissionen nach Württemberg zu entsenden. Dem Handwerk wird natürlich auch dadurch kein neues Leben wieder eingehaucht werden.

Auf dem internationalen Arbeiterkongress in Zürich wird für die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages der Abgeordnete v. Bollmar vertreten sein. Vom Münchener Gewerkschaftskartell ist Krausch, vom Arbeitersekretariat ist Segitz delegiert.

Die Wacht der Junier. Unter dieser Epithete brachten wir am 8. Juli unter „Soziales“ eine Notiz, die sich mit den Erlebnissen und der Entlassung des Arbeiters Robert Lange auf dem Rittergut Radensleben beschäftigte. Landtags-Abgeordneter v. Quast, der Besitzer dieses Ritterguts, sendet uns nun zu dieser Notiz folgende Berichtigung:

I. Es ist nicht wahr, daß ich bei der Reichstags-Wahl im Kreise Nappin-Templin Flugblattverbreiter mit Hund von Hofe gejagt habe.

II. Es ist nicht wahr, daß der Gutsjagelöhner Lange lediglich die von ihm geleitete sozialdemokratische Zeitung hin und wieder auch seinen Mitarbeitern zum Lesen gegeben hat, er hat vielmehr die ihm zugehenden sozialdemokratischen Zeitungen unter seine Mitarbeiter regelmäßig verteilt.

III. Der p. Lange war als Gutsjagelöhner für ein volles Jahr zu allen vorkommenden landlichen Arbeiten, also nicht bloß zur Guts-Arbeit, als Akkord, engagiert. Nachdem seine mit ihm bei der Ernte beschäftigten Mitarbeiter mehrfach über seine Pässigkeit sich beschwert, ging Lange eines Tages angetrunken, wie oft, mit erhöhter Sense auf den Vorarbeiter los. Am nächsten Werktag, einem Montage, früh kam er nicht zur Arbeit; es wurde im Laufe des Vormittags zu ihm geschickt und er beauftragt, die hinter den Schmittlern und Bindern hersehende sogenannte Hunger-harte zu fahren. Diese Arbeit verweigerte der p. Lange.

Es ist somit nicht wahr, daß der p. Lange der Abrede zuwider eine Arbeit verrichten sollte, zu der er kontraktlich nicht verpflichtet gewesen wäre.

IV. Die sehgedachte Arbeitsverweigerung seitens des p. Lange gab in Verbindung mit seinem zu II. erwähnten und seinem sonstigen, daß gute Einvernehmen zwischen mir und meinen übrigen Arbeitern gefährdenden aufreißenden Verhalten den letzten Anlaß zur Entlassung des p. Lange und zur Ausstellung des in allen Punkten der Wahrheit entsprechenden Entlassungsscheines.

Wenn Herr v. Quast unsere Notiz vom 8. Juli sorgfältig liest, dann wird er finden, daß er so gut wie nichts berichtigt hat und daß er auf den Kern der Sache in seiner Berichtigung überhaupt nicht eingegangen ist. Möglich, daß man nicht nachweisen kann, daß die Hunde auf die Flugblattverbreiter gezeigt wurden. Es giebt ja belamlich abgerichtete Köter auf den Gutsböden, die außerordentlich gut schon auf eine Zulassung pariren; in einem solchen Falle dürfte das „Fahren“ der Hunde schwer nachzuweisen sein. Doch Herr v. Quast bestreitet dies und wir wollen abwarten, was unsere Gewährsmänner hierzu sagen werden. Die weitere angebliche Berichtigung, daß der Arbeiter Lange nicht „hin und wieder“, sondern ständig, ausgenommen an seine Mitarbeiter sozialdemokratische Zeitungen verbreitet haben soll, ist doch pure Wortklauberei, denn es heißt ja in der Berichtigung, daß Betragen des Arbeiters Lange während der Arbeit in Verbindung mit eben dieser seiner hehrerischen Thätigkeit seien die Ursache seiner Entlassung gewesen. Ob endlich der Arbeiter Lange nur zur Enterearbeit oder überhaupt zur Landarbeit engagiert war, ist ebenfalls ganz unwesentlicher Natur. Die Hauptsache ist und bleibt das Entlassungsgeschehnis, welches Lange bei seinem Abgang erhielt und in dem es heißt: „Seine Entlassung erfolgt wegen Arbeits-verweigerung, sozialdemokratischer Umtriebe und Aufreizung seiner Mitarbeiter gegen die Herrschaft.“ Herr v. Quast glaubt in seiner Berichtigung nochmals hervorheben zu sollen, daß dieses Zeugnis ganz zu Recht aufgestellt ist und wir sagten am 8. Juli zu diesem Zeugnis: „Lange war nun ein Gedächter und dem Verhängen ausgeliefert, denn niemand wollte ihn auf grund eines solchen Zeugnisses in Arbeit nehmen.“ Wir haben heute nur zu wiederholen: Geben sie jedermann aus diesem Vorgang die Mache der Junker!

Ein Stück Künstlerelend wurde in einer Verhandlung vor Augen geführt, welche gestern vor der 139. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Der Schauspieler Emil Sothlich sollte sich der Unterschlagung schuldig gemacht haben. Anfangs dieses Jahres hatte der Angeklagte sechs Personen, zum Teil Berufsschauspieler, zum Teil stimmbegabte Handwerker, zu einer Gesellschaft vereinigt, deren Direktor er wurde. Unter der Bezeichnung „Leipziger Sänger“ zogen sie von Ort zu Ort und gaben ihre Vorstellungen. Der Angeklagte hatte seinen Mitgliedern je nach ihren Leistungen ein festes Gehalt von täglich 6 und 7 M. zugesichert, er selbst hatte für sämtliche Auslagen aufzukommen, wogegen der etwa verbleibende Ueberschuss in seine Tasche fließen sollte. Die Leipziger Sänger machten schlechte Geschäfte; als sie anfangs April von ihrer Rundreise zurückkehrten, schuldete der Angeklagte ihnen insgesamt gegen 700 M. Der letztere schlug nun vor, während der drei Osterfeiertage Vorstellungen in Schwedt a. O. zu geben und dann nach Angermünde u. s. w. zu gehen. Die Mitglieder waren damit einverstanden. In Schwedt schien ihnen anfangs das Glück zu lächeln, der erste Feiertag brachte eine so hohe Einnahme, daß der Angeklagte seinen Mitgliedern je 15 M. aushändigen konnte. Am zweiten Feiertage war die Einnahme weniger gut. Am Morgen des 3. Feiertages war der Herr Direktor verschwunden und mit ihm die Kasse. Die Gesellschaft nahm an, daß er bereits nach Angermünde gereist sei, um dort die Vorbereitungen zu treffen, sie begaben sich dorthin, fanden aber ihren Direktor nicht. Die Leipziger Sänger hatten kaum die Mittel, um nach Berlin zurück-zureisen zu können. Sie beschuldigten dann den Angeklagten der Unterschlagung, weil er sich die Kasse, die etwa 120 M. enthalten haben müsse, angeeignet habe. Der Beschuldigte gab im Termine zu, daß er seine Gesellschaft heimlich im Stich gelassen habe, aber nur, weil er sich nicht länger halten konnte. Er unterbreitete dem Gerichtshof eine Anzahl Rechnungen, woraus zu ersehen war, daß die ganze in Schwedt erzielte Einnahme — 165 M. — von den Unkosten verschlungen worden war. Der Gerichtshof kam deshalb auch zu der Ansicht, daß nichts zu unterschlagen war und sprach den Angeklagten aus diesem Grunde frei.

Einer ungläublichen Rohheit hat sich der Schuhmachermeister Christian Eise schuldig gemacht, welcher gestern wegen schwerer Körperverletzung vor dem Schöffengericht stand. Am Abend des 25. März dieses Jahres besuchte der Angeklagte mit zwei Begleitern das Lokal des Schankwirts Jost in der Bernauerstraße. Er benahm sich dort derart, daß Jost ihn aufforderte, das Lokal zu verlassen. Eise war damit einverstanden, warf aber vorher zur Zahlung der Zechen ein Dreimarkstück auf den Tisch. Während Jost seiner Kasse keines Geld entnahm, stellte Eise sich neben in und drohte, ihn zu schlagen. „Sie scheinen noch nicht in Wägen gewesen zu sein“, erwiderte Jost, worauf der Angeklagte entgegnete: „Jawohl, da war ich schon einmal, aber bevor ich zum dritten Male hinkomme, schlage ich Dich tot!“ Dabei ergriff er ein großes Weißbrot am Fuß und schlug es dem Jost gegen den Kopf. Das Glas zertrümmerte, die Scherben drangen dem Betroffenen in den Kopf und blutüberströmt sank derselbe zusammen. Nicht genug hiermit, schlug der Angeklagte noch mit dem Fuß des Glases auf den Betroffenen ein, bis dieser wie tot liegen blieb. Der Verletzte hat seit längerer Zeit zwischen Leben und Tod geschwebt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren, der Gerichtshof, unter dem Vorhinein des Amtsrichters Dr. Wilde, ging aber noch über den Antrag hinaus, indem auf zwei Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung erkannt wurde.

Mit der Freisprechung der Angeklagten endete eine Anklage wegen Nichtanmeldung einer Versammlung des Arbeiter-Turnvereins in Frankfurt a. M. Die Angeklagten, das Mitglied des Turnvereins Grünwald, Eller als Birch und Göller als Festredner, sollten sich dadurch strafbar gemacht haben, daß sie das Stützungs-fest des Turnvereins nicht als Versammlung anmeldeten. Nach längerer Verhandlung mußten die Angeklagten freigesprochen werden.

In dem Prozeß gegen die Mörder der Anna Simon in Philippopol bestätigen im weiteren Verlaufe der Verhandlung drei Schauspieler-Sängerinnen, wie eben das Leben der Anna Simon und wie demitleidenswerth deren Enge gewesen sei. Sie erzählten, Boitschew habe bei einer Gelegenheit gegen die Simon die Drohung ausgeprochen, daß er sie ermorde werden. Der Richter Peter Alexejeff giebt an, Boitschew habe ihn zur Ermordung der Simon verleiten wollen, was ihm aber nicht gelungen sei, obschon Boitschew ihn glauben machen wollte, daß eine andere hochgestellte Persönlichkeit es wünsche. Die weiteren Aussagen Peter Alexejeffs, der den Eindruck eines sehr glaubwürdigen Zeugen macht, belasten Boitschew und Noveltsch schwer. Bisher wurde noch keine Aussage zu gunsten der Beschuldigten gemacht.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Köln, 24. Juli. (B. S.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Randia: Auf Areta herrscht trotz der internationalen Befehung Anarchie. Die Gefammitage ist sehr ernst. Areta seht seinem vollständigen Ruin entgegen. Unter der gesamten Bevölkerung herrscht große Angst und Besorgnis vor den kommenden Tagen.

Köln, 24. Juli. (B. S.) In der Kasse der Gäterstation Köln wurde eine Unterschlagung von 7000-8000 M. entdeckt. Die Zählsumme ist angeblich gededt, der defraudierende Beamte vom Dienst suspendiert.

Paris, 24. Juli. (B. S.) Aus Petersburg wird gemeldet, daß der dortige Stadtrath mehrere Sitzungen abhielt, in denen über den Empfang des Präsidenten fraure diskutirt wurde. Hunderttausend Rubel sollen allein zur Dekorierung des Stadthauses verwendet werden. Wie es heißt, wird Präsident fraure den Grundstein zu einer neu zu erbauenden Brücke über die Neua legen. Die Brücke soll von einer französischen Gesellschaft gebaut werden.

Paris, 24. Juli. (B. S.) Die Budgetkommission nahm bei der heutigen Beratung des Marinebudgets eine Resolution an, die dahin lautet, die Regierung aufzufordern, ihre Vorschläge über die Erneuerung der Flotte in der Weise abzuändern, daß diese Erneuerung innerhalb dreier Jahre gesichert sei.

Paris, 24. Juli. (B. S.) Die Panama-Kommission verhörete heute Marcel Habert wegen seiner Aeußerung, daß ein Abgeandter des Ministeriums des Kaufens sich nach Bournemouth begeben habe, von der Rochefort der Kommission gestern Mittheilung machte. Habert erklärte, er habe dieser Nachricht, die er von einer anderen Person erhalten habe, welche eine einfache Vermuthung auszusprechen schien, keine Wichtigkeit beigelegt.

Brüssel, 24. Juli. (B. S.) Die Repräsentantenkammer nahm bei der Beratung der Vorlage über die Reorganisation der Bürgergarde den ersten Artikel der Regierungsvorlage an, wonach die Bürgergarde damit beauftragt wird, für die Aufrethaltung der Ordnung und Gesehe unter Bewahrung der Unabhängigkeit des Landes zu wachen. Ebenso wurde Artikel zwei der Vorlage angenommen, welcher die Bürgergarde dem Ministerium des Innern unterstellt.

London, 24. Juli. (B. S.) Die Times melden aus Konstantinopel, daß der Anführer der jugtürkischen Partei erklärt habe, wenn der Sultan die versprochenen Reformen durchführe, werde seine Partei die Agitation einstellen.

Sofia, 24. Juli. (B. S.) Die Regierung beschloß, in London, Berlin und Paris diplomatische Vertreter zu ernennen.

Washington, 24. Juli. (B. S.) Der Senat hat beschlossen, über die Tarif-Bill heute Nachmittag um 3 Uhr abzustimmen.

New-York, 24. Juli. (B. S.) Ein Reger, der wegen Ermordung einer Frau zum Tode verurtheilt wurde, ist mittels Elektrizität hingerichtet worden.

Montevideo, 23. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureau“). Die Friedensverhandlungen mit den kufständischen Sud abgebrochen.

Wag Rading in Berlin. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Bur Beheiligung an den preußischen Landtagswahlen.

Der Parteitag zu Halle beschloß im Jahre 1890: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge in Aussicht stehen, und seien dieselben auch nur propagandistischer Art, in die Wahllegation einzutreten, sei es für den Reichstag, die Landtage oder die Gemeindevertretungen“ (Seite 265-270 des Protokolls).

Ob die Sozialdemokratie sich an den preußischen Landtagswahlen mit Aussicht auf Erfolg beteiligen kann, hängt wesentlich ab vom Wahlsystem, von der Stärke der Partei und von der politischen Situation.

Die Wahl ist in Preußen eine indirekte, auf Zensus und Dreiklassen-System beruhende öffentliche Wahl. In Nr. 142 des „Vorwärts“, Beilage, ist das Wahlverfahren des Näheren dargelegt.

Die Transvaal-Ausstellung.

Die Transvaal-Ausstellung zwischen dem Stadtbahnhof Savignyplatz und dem Kurfürstendam, deren Direktor, Herr v. Podbielski, jüngst zum Chef der Reichspost avancierte, ist nun endlich fertig.

Das Wertvolle und Lehrreiche sind zweifellos die verschiedenen fremden Völkerräume, die da draußen im ährstern Westen Berlins ihre Kräfte aufgeschlagen haben.

Gleich beim Eintritt vom Kurfürstendam her hat man die Gegenseite jenes halbwildes Landes unmittelbar vor sich. Links die strohbedeckten Hütten eines Kaffernkraals, rechts die jachigen Felsen des Witwatersandgebirges mit den Bohrtürmen und Pochwerken eines modernen Volkes.

Die den heimathlichen Originalen nach Möglichst nachgebildeten Eingeborenen und ihre schwarzen Bewohner erregen fortgesetzt das lebhafteste Interesse des Publikums. Es sind schone Vertreter verschiedener Rassenräume, die uns hier vorgeführt werden.

Friedlicher ist die Beschäftigung in einem an anderer Stelle untergebrachten Hottentottendorf. In den offenen mit Palmblättern gedeckten Hütten sehen wir hier z. B. Schmeide bei der Arbeit, die sich mit den allerprimitivsten Werkzeugen bedienen und doch ganz geschickt Lanzenspitzen und dergleichen zu Stande bringen.

etwas verhäuteter Polizeistaat ist, so ist seine „Vertretung“ keine Volkvertretung, sondern eine Art ständischer Vertretung, eine Kapitalistenvertretung, in der die verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie sich um das Recht streiten, wer von ihnen zuerst und zumeist des Arbeiters Haut geben darf.

Zahlen beweisen. Hätten wir bereits die vor Jahren von dem Abgeordnetenhaus verlangte amtliche Wahlstatistik über die Wahlen von 1893, so würden schwerlich die Selbsttäuschungen über ein anderes Ergebnis einer Wahlbeteiligung noch irgendwo gehegt werden, wie solche zur Zeit noch und da — selbst in Preußen — laut werden.

Die Gesamtzahl der Urwähler in Preußen vertheilte sich 1893 derart, daß auf die erste Abtheilung 8,52, auf die zweite 12,06, auf die dritte 84,42 pCt. aller Wahlberechtigten entfielen.

Wie rathen überhaupt, beim Besuch der Ausstellung seine Zeit hauptsächlich auf die Beobachtung und den Verkehr mit diesen fremden Menschen zu verwenden. Mancher wird da zu seiner Ueberraschung sehen, daß diese Kaffern und Hottentotten auch sozusagen Menschen sind, und noch dazu ganz vernünftige und geschickte, die ihre festeingewurzelten Sitten und Gebräuche haben, all überlebensfähige Handwerksfertigkeiten kennen und recht gut ohne die Herren Weißen fertig werden können.

Neben den Schwarzen sind auch indische Elemente zahlreich über die Ausstellung vertheilt. Sodann fallen auf und berühren sehr sympathisch eine Anzahl sogenannter Kap-Mädchen, Halbblut aus der englischen Kapkolonie und aus Kreuzungen von Weißen und Zulus hervorgegangen.

Von der Landwirtschaft und Viehzucht treibenden Buren, Bevölkerung des Landes, die im Transvaal den herrschenden Stamm bilden, scheint leider nur eine Familie vertreten zu sein. Diese Buren führen zum theil ein recht nomadenhaftes Leben. Der Wagen ist gewöhnlich auf seinem Hinterkoffel mit einem tonnenartigen Zelt, dem Schlafgemach der Frauen, überbaut.

Auch in architektonischer Hinsicht bietet das imitirte Transvaal manches ganz Hässliche und Sehenswerthe. Es handelt sich hier um daselbst Genre, wie wir es aus „Italien in Berlin“, „Rairo“ und „Alt-Berlin“ von der vorjährigen Gewerbe-Ausstellung her kennen.

in betracht. Nun werden aber die Urwahlbezirke wahlgeometrisch gebildet und in sich gedrittelt. Daraus folgt eine weitere Senkung des bestmöglichen Erfolges, die — immer noch geheim e Wahl vorausgesetzt — den Höchsterfolg der Sozialdemokratie auf kaum 1/20-1/25 reduciren muß.

Dasselbe Resultat erzielt ein Ueberblick über die Steuerleistungen der Urwahlbezirke von 1893 (von 1895 ab verschoben sich diese bekanntlich noch mehr zu unseren Ungunsten). Der erste Urwähler dritter Abtheilung — Preußen hat 24 180 Urwahlbezirke — zählte:

Table with 2 columns: Steuerleistung (über 30000 M., 1000-3000 M., 300-1000 M., 100-300 M., 30-100 M., 3-30 M., von 3) and Anzahl (11 Bezirken, 64, 500, 2675, 9498, 3111, 4308, 3754, 274)

Der erste Urwähler zweiter Abtheilung zählte: über 30000 M. Jahressteuer in 2 Urwahlbezirken, 157, 719, 3722, 8448, 8344, 2738

Also nur in 11442 Urwahlbezirken dritter und nur in 2738 zweiter Abtheilung von je 24 180 Urwahlbezirken kommen nur Wähler mit einem Steuersatz bis 30 M. in betracht (die Staatssteuer beträgt für Einkommen von 1650 bis 1800 26 M., von 1800 bis 2100 31 M., von 2100 bis 2400 36 M., bis 2700 44 M., bis 3000 M. 52 M.).

Nun kommt aber die Oeffentlichkeit der Stimmgabe und die Langwierigkeit der Wahl hinzu. In Preußen haben an der gemeinen Reichstags-Wahl über 72 pCt. der Berechtigten gewählt. Die Beteiligung an den öffentlichen Gemeindevertretungs-Wahlen (die nicht entfernt so viel Zeitopfer erfordern wie die Landtags-Wahlbeteiligung) war noch nicht 30 pCt.

getragenen Balkonen. Wunder schön und eine wahre Sebenswürdigkeit ist ein hochleganter, blau und weiß gehaltener indischer Palastbau, der freilich mit dem Lande Transvaal nicht das geringste zu thun hat und das Hauptrestaurant der Ausstellung beherbergt. Ueberhaupt dies Restaurant! Von vorn bis hinten natürlich und Haus für Haus: Kneipe um Kneipe! Das scheint ja nun einmal nicht anders zu gehen; die Restaurateure müssen mit ihren Pachtbeträgen die Kosten des Unternehmens tragen helfen.

Von den sonst sehenswerthen Gebäuden der Ausstellung ist eine mächtige Halle in Eisenkonstruktion erwähnenswert, in der demnächst Hagenbeck's Thierzirkus Vorstellungen geben will, und ferner das Museum der Ausstellung. Hier sind namentlich interessant eine große Menge Photographien von Landschaften und Völkertypen aus dem Transvaal. Sodann viele Proben von Erzen, Gesteinen und Hüttenprodukten des Landes. Die Gewinnung des Goldes kann man gegen 30 Pf. Entree auf einer kurzen Bergwerkfahrt sehen, die weitere Verarbeitung des Erzes dann in einem Pochwerk, wozu die Firma Gruson in Magdeburg die Maschinen geliefert hat.

Die Ausbeute der ungeheuren reichen Goldbefände hat dem Lande in den letzten zwei Jahrzehnten sein Gepräge gegeben und eine Klasse von wilden, abenteuerlichen, goldgierigen Menschen geschaffen. Freilich, die Gewinne sind hier nur einer Reihe großkapitalistischer Gesellschaften zu flotten gekommen: denn das Transvaalgold kann nur durch schwere bergwännische Arbeit und mit Hilfe von lothspieligen Maschinenanlagen gewonnen werden.

verfassen, derjenigen Partei ohne große Widerrede ein Mandat abzutreten, die nach den Ziffern der Reichstagswahl die Majorität der Bevölkerung des Bezirks hinter sich hat. Vergleichend wir diese Forderungen mit den tatsächlichen Verhältnissen. Der erste Landtagswahlkreis Berlins umfaßt die Urwahlbezirke 18 bis 242 und 960 bis 996, also 232 oder je 3 Abteilungen bestehende Urwahlbezirke und hat 1223 Wahlmänner zu wählen. Von diesen 1223 erschienen bei der 1893er Wahl 1118 und wählten, wie Bernstein angibt, 232 Wahlmänner hätten hier die Sozialdemokraten wählen können, wenn sie sich beteiligt hätten? Die 232 Urwahlbezirke umfassen 696 Wahlkörper (je 232 I., II., III. Klasse). Von diesen 696 Wahlkörpern kommen insgesamt 50 in Betracht, in denen der erste Wähler weniger als 100 M. Staatssteuer — dieser Steuerbetrag entspricht einem Jahreseinkommen von 4000 M. — zahlt, und zwar sind das 49 Urwahlbezirke dritter und einer zweiter Klasse. Diese 50 Wahlkörper haben von den 1223 zu wählenden Wahlmännern 90 zu wählen. Das läßt einen ziemlich sicheren Rückschluß darauf zu, daß die Sozialdemokratie im günstigen Falle etwa 50 bis 150 Wahlmänner den Konservativen und Freisinnigen zusammengezogen hätte abnehmen können. Also auch in diesem von Bernstein und anderen für so günstig erachteten Kreise wäre sie völlig bedeutungslos. Daß meine Schätzung zutrifft und noch sehr rosig gehalten ist, ergibt sich auch im Vergleich mit den Gemeindewahlen. Der erste Landtagswahlkreis hat 21 Stadtverordnete zu wählen, und zwar 7 in der I., 5 in der II., 9 in der III. Klasse. Von diesen 21 Stadtverordneten ist 1 — schreibe einer — sozialdemokratisch.

Nach alledem scheint mir die Macht der Sozialdemokratie gegenüber dem preussischen Wahlsystem so gering, daß ihr mit Zug und Recht auf etwaige Wahlbündnisse die höchsten Entgegensetzungen entgegenzusetzen sind: Was kannst Du armer Teufel bieten? Ich meine aber weiter: Auch wenn die Stärke der Partei eine größere wäre, gäbe es kaum etwas, das für die Partei unmöglich wäre, wenn sie Klassenkampfpartei sein und bleiben will, als ein Kompromiß oder Wahlbündnis oder wie immer man das Ding nennen will. Der Beschluß des Kölner Parteitags vom 28. Oktober 1893: „Die Genossen haben bei Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlen keinerlei Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien einzugehen“, folgt aus der Klassenkampftheorie der Sozialdemokratie und aus der Rücksichtslosigkeit der bürgerlichen Parteien. Deshalb soll dieser für die gesamte Sozialdemokratie aufgestellte Grundsatz pöblich für Preußen verlassen werden? Wahlbündnisse müssen notwendigerweise zur Verwischung des Klassenkampfcharakters der Sozialdemokratie, zur Schwächung der Partei, zur Erziehung der Agitation insbesondere auf dem Lande führen. Daß sich wirklich die politische Lage geändert? Klarer wie je zeigt sich, daß die politischen Verhältnisse in Preußen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in schärfstem Widerspruch stehen. Besser wie je agitiert Freiheit von Stumm mit seinem krautuntertlichen Esel für die Sozialdemokratie, läßt wider Willen, aber in unbezahlbarer Weise Tausende darüber auf, daß Preußen ein Klassenstaat ist, dessen Organe lediglich für die Unternehmungsklassen mobil gemacht werden sollen. Und da sollen wir diesen trefflichen Pionieren, noch dazu mit gänzlich unzureichenden Mitteln, den Wind aus den Segeln nehmen?

Und mit wem wird uns zugemutet, Wahlbündnisse zu schließen? Mit dem „Freisinn“. Mit demselben Freisinn, der auf wirtschaftlichem Gebiet unser schärfster Gegner ist? Mit demselben Freisinn, dessen Vertreter es zu danken ist, daß die gegen die ländlichen Arbeiter und das Gefinde bestehenden Ausnahmemaße in der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch aufrecht erhalten wurden? Demselben Freisinn, dem die Bäckerverordnung, dem der Konfektionsarbeiterschutz zu weit geht, der selbst auf rein politischem Gebiet gegen das allgemeine bürgerliche Wahlrecht für Gemeinden sich ausgesprochen hat und zum Teil für die famose Justiznovelle eingetretten ist?

Nach alledem bin ich entschieden gegen eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der preussischen Landtagswahl in dem Sinne, daß die Partei „auf der ganzen Linie“ mobil macht. Etwas anderes liegt die Frage, ob der Kölner Beschluß aufrecht zu halten sei: „Es ist Pflicht der Parteigenossen, sich jeder Beteiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.“ Dies Wort, so stimmen, geht nach mehreren Richtungen hin zu weit. Es entspricht nicht der Gepflogenheit des Parteitags — kompetent ist er hierzu zu weit — den Einzeländern über allgemeine für die Gesamtheit gültige Normen hinaus Vorschriften zu machen. Auch hat die Partei kein Interesse daran, einem Parteigenossen zu verbieten etwas zu thun, was der Partei nicht schädlich ist. So wenig es richtig ist, die Parteigenossen zu einem Opfer für andere Parteien zu verpflichten, so unrichtig ist es, einem Parteigenossen zu hindern, durch seine Stimmabgabe zu bewirken, daß ein seiner Ansicht nach kleineres Uebel gewählt wird. In einigen Wahlkreisen — es sind nicht, wie Bernstein meint, 100, sondern etwa 15 — besteht für Sozialdemokraten die Möglichkeit, durch die Wahl weniger Wahlmänner einem Polen, Ultramontanen oder Freisinnigen, statt durch Wahlenthaltung einem reaktionären Musterkandidaten, zur Wahl zu verhelfen. Ich sehe nicht ein, weshalb man das zu thun verbieten sollte. Kann ein Genosse ohne Opfer das erreichen, so soll man ihn zwar nicht dazu zwingen, dazzu zu stimmen, ihn aber auch an der Abstimmung nicht hindern. Allerdings würde ich es für taktisch zweckmäßig halten, daß der Parteitag für solche Fälle eine allgemeine, etwa dahin gehende Richtschnur vorschreibt:

Bei solchen Landtagswahlen, an denen die Sozialdemokratie sich als Partei nicht beteiligt, empfiehlt der Parteitag, keinem bürgerlichen Wahlmann oder Abgeordneten die Stimme zu geben, der nicht Gewähr dafür leistet, daß er zum mindesten für 1. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Reichstag, den Landtag und die Gemeindevertretungen, 2. für Befreiung aller partikularen, die freie Ausübung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts beschränkenden Bestimmungen, 3. für Aufhebung aller gegen die ländlichen Arbeiter und das Gefinde bestehenden Ausnahmemaße eintritt.

Durch einen derartigen Beschluß wäre Stegmüller ein einzelner Genosse nach Möglichkeit ein Niegel vorgehoben.

Arthur Städtgen.

Lokales.

Die Lokalfeste für Berlin und Umgegend liegt unserer heutigen Nummer bei. Die Parteigenossen wissen, wie schwer und gerade in den Vororten die Abhaltung von Versammlungen durch das Entziehen der Säle gemacht wird. Wir können uns gegen diese die Versammlungsfreiheit beschränkenden Maßnahmen nur dadurch schützen, indem wir auch nur diese Gastwirthe bei unseren Ausflügen berücksichtigen, die uns auch als Versammlungsbesucher in ihrem Lokal eine Stätte gewähren. Wir empfehlen deshalb den Parteigenossen, die Liste aufzubewahren und die Bestrebungen der Lokalkommission zu unterstützen.

Die Parteigenossen des 4. Wahlkreises werden, des guten Zweckes halber, ganz besonders aufmerksam gemacht, auf das am 31. Juli im Viktoria-Garten (Znd. Braun, früher Kämpel) Römnider Landstraße stattfindende Sommerabend-Fest. Die Arrangements, ein ausgewähltes Programm bei geringem Entree, werden dazu beitragen, den Parteigenossen und deren Familien einen angenehmen Abend zu bereiten. Das Komitee.

Schwere Bewußtseinsqualen hat der Vorstand des Verbandes der Schwere, Friseur und Perrückenmacher durchzulassen. Eine in seinen Augen höchst unmoralische und verdammenwürdige Ausführungsbestimmung zum § 106 b der Gewerbeordnung verlangt, den Lehrlingen, die des Sonntags bis 2 Uhr nachmittags beschäftigt werden, ein halber Wochentag freigegeben werden muß. Die Meister wissen nun absolut nicht, wie das anzustellen ist, außerdem haben sie fittliche Belästigungen, und sie haben sich deswegen an den Handelsminister gewandt, um eine Änderung jener gesetzlichen Bestimmung herbei-

zuführen. Begründet war ihre Forderung damit, daß der Lehrling bei Ausübung seiner freien Zeit, namentlich in großen Städten, moralisch und sittlich großen Gefahren ausgesetzt sei, sobald er der Aufsicht des Meisters entzogen werde. Unter dem 19. d. M. hat nun der Minister dahin entschieden, daß dem Gesuche nicht stattgegeben werden könne. In kleineren Geschäften, wo die Arbeit nicht dränge, sei die Freigabe eines Nachmittags in der Woche leicht durchführbar, in großen Geschäften aber rechtfertige sich die gesetzlich festgelegte Pause erst recht. Auf alle Fälle habe es ja der Meister in der Hand, den Lehrling in der freien Zeit zu überwachen. Denn der Lehrling sei nicht berechtigt, über seinen freien Nachmittag nach Belieben zu verfügen, vielmehr habe der Meister das Recht und die Pflicht, ihn auch während seiner freien Zeit zu überwachen und zu angemessener Verwendung seiner Ruhestunden anzuhalten. — Die Prinzipale erklären nun, sich darüber nicht klar zu sein, ob sie den Lehrling mit Lesen, Schreiben etc. in der Freizeit beschäftigen sollen, oder wenn sie dem Lehrling das Ausgehen gestatten, wie sich dann der Meister die Überwachung denkt. Der Bundesvorstand will nun, um alle diese schwierigen Fragen der Lösung näher zu führen, eine Audienz beim Minister erbitten. Er will noch einmal versuchen, den Minister umzukommen und eine Abänderung der Bestimmungen zu erlangen. Sollte dies Bemühen aber ergebnislos bleiben, dann will man vom Minister genaue Instruktionen einfordern, wie es in den obigen Punkten gehalten werden soll. — Pöfentlich heißt der Minister für diesen Fall eine Liste passender Beschäftigungen zusammen, wie sie einem jungen Mann an freien Nachmittagen zu empfehlen sind, als da sind: Spaziergehen im Tiergarten, Ausflüge in die Umgegend, der Besuch von Ausstellungen, Kunstausstellungen oder auch nur von Verwandten und Bekannten, das Lesen von Zeitungen oder Büchern, die Fortbildung in den Wissenschaften etc. — So ein Freizeitlehrling hat natürlich keine Abnung davon, welche Sorgen und Bewußtseinsängste der Meister zu erdulden hat wegen der moralischen Gefahren, denen die Lehrlinge an ihrem freien Nachmittag ausgesetzt sind. Niederrichtig, wie sie sind, werden sie sogar behaupten, die Meister wären bloß wütend, weil ihnen an einem Nachmittag die unbezahlte Arbeitskraft verloren geht. Plui, die niedrigen Seelen, die so etwas denken!

Personen, welche die Prüfung für Feisergelassen abzugeben wünschen, haben nach einer Bekanntmachung des Polizei-Präsidenten zu diesem Zwecke zunächst 6 M. Prüfungsgebühren bei der Polizei-Dienststelle am Alexanderplatz Nr. 5 im Erdgeschoss, Eingang II, Alexanderstraße, in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr gegen Quittung einzuzahlen. Die Anmeldung ist nicht bei dem Polizei-Präsidenten, sondern lediglich bei dem Stadtphysikus, Tempelhofer Ufer Nr. 29, I. bis 9 Uhr vormittags persönlich unter Vorlegung der erhaltenen Quittung zu machen. Dem Stadtphysikus ist außerdem ein ortspolizeiliches Zeugnis über fittliche Führung des Antragstellers sowie darüber vorzulegen, daß Antragsteller seinen dauernden Wohnsitz in Berlin hat. Personen, welche sich nur vorübergehend hier selbst aufhalten, haben ihre Prüfungsgebühren bei dem für ihren dauernden Wohnsitz zuständigen Regierungs-Präsidenten einzubringen.

Bezüglich der Verordnung des Bundesrates, die Konfektionswerkstätten betreffend, ist mitzuteilen, daß Werkstätten, welche Kleidungsstücke nach Maß auf Bestellung desjenigen, für dessen Gebrauch sie bestimmt sind, anfertigen, überhaupt nicht unter die Verordnung fallen. Die Ausschichtsbeamten sind seitens des Polizeipräsidenten darüber ausführlich unterrichtet worden.

Geschichten aus der Kaserne. Ein Potsdamer schreibt man der „Berliner Zeitung“: Bei der 5. Kompanie des 1. Garde-Regiments 3. H. Schwab ein umfangreiche Untersuchung wegen Ermittlung derjenigen Mannschaften, die vor einigen Tagen an einem Kameraden Lynchjustiz geübt haben. Fast alle Tage finden dieserhalb Vernehmungen statt, ohne daß bisher die Schuldigen ermittelt wären. Der misshandelte Grenadier hatte zur Nachtzeit vor den Kantonen im Lustgarten zu Potsdam nachts geschlafen, war, infolge von vorher auf der Stadtschloß-Wachstube genossener geistiger Getränke, müde geworden, hatte sein Gewehr bei Seite gestellt und sich auf dem Rasen zum Schlaf niedergelegt. In diesem Zustand wurde er von der Kommando angegriffen, sofort abgeführt und später mit 14 Tagen Arrest bestraft. Die gesammte fünfte Kompanie wurde aber infolge dieses Vorfalls mit Kasernenarrest bestraft, auch wurde die Anordnung getroffen, daß auf der Stadtschloßwache nur noch Kaffee getrunken werden darf. Ueber diese strengen Maßnahmen waren nun die Soldaten sehr ärgerlich und ergriffen deshalb eines Abends den Grenadier, der sie veranlaßt hatte, am ihm einen Mantel über den Kopf zu werfen und dann gehörig mit Knospen etc. auf ihn einzuschlagen. Dabei hat nun der Grenadier erhebliche Verletzungen u. a., auch einen Rippenbruch erlitten und liegt schwer krank im Lazareth.

Die Adressenbüros mit ihren meist elenden Arbeitsbedingungen sind schon wiederholt von uns Gegenstand der Kritik gewesen. Gemeldet wird uns wieder folgender Fall: Das Adressenbureau von Ludwig Haase, Friedrichstraße, zahlt für 1000 Adressen 250 M. Ein junger Mann, der hier beschäftigt war, hatte in zwei und einem halben Tag 3,95 M. verdient. Infolge des geringen Verdienstes löste er das Arbeitsverhältnis und erhielt nun anstatt der Auszahlung seines 6 wöchentlichen Lohnes eine Anweisung, die ihm die Erhebung des Geldes in drei Monaten in Aussicht stellte. Natürlich wird der junge Mann den Klagen beschreiben und dem Herrn Chef zeigen, daß man nicht ganz und gar nach Willkür und Belieben mit den Arbeitern herumspringen kann. Der Vorfall selbst aber, wie ungenügend man heute dem Arbeiter die unglaublichen Zumuthungen stellt.

Eine hochinteressante Sprengung wird in der nächsten Woche durch eine Kompanie des Eisenbahn-Regiments auf dem Gelände des ehemaligen Vergnügungsparks der Gewerbe-Ausstellung stattfinden. Es handelt sich um Beseitigung von Fundamenten, welche zum Teil bis zu 2 Meter unter dem Wasserspiegel, zum Teil gänzlich unterhalb des Wasserspiegels gelegen sind. Die Sprengung bildet für die Mannschaften des Eisenbahn-Regiments dadurch eine ganz besondere Übung, als es gilt, ein der Fundamente nur bis zu einer bestimmten Tiefe zu sprengen, während die unterste Lage des Fundaments ca. 10 Zentimeter unbeschädigt erhalten bleiben muß.

Die Hsen-Brücke liegt nunmehr seit ca. 5 Jahren unverändert in ihrem abgeputzten Zustande, ohne daß bisher irgend etwas gethan, dem Berlin so unwillkommen, den Verkehr hindern den Zustand ein Ende zu machen. Das einzige, was geschehen, ist das Ziehen einer Barriere, welche verhindern soll, daß Handwagen durch den schmalen, für Fußgänger übrig gebliebenen Weg hindurchgezogen werden können. Glücklicherweise scheint nunmehr die Natur selbst den Abriß der Brücke übernehmen zu wollen, deren Fahrbaum sich mit Gras bewachsen ist. Das Wiesenländer hat sich vielfach gelockert und eine Anzahl Felder desselben mußten bereits entfernt werden, um das Hinabstürzen der Eisenbahn in das Wasser zu verhindern. Die Brücke wurde, wie unseren Lesern wohl noch erinnerlich, vor vier Jahren gesprengt, nachdem sich bei derselben außerordentliche Schwanlungen geltend gemacht, welche eine Einsturzgefahr beschränkten ließen.

Schon wieder legt der brutale Heberfall eines Schaftwirts die Bewohnerschaft des Nordens, die schwer unter dem ricklosen Treiben des lichtscheuen Geldes, das sich dort eingeiselt hat, zu leiden hat, in Aufregung. Diesmal ist das Opfer der Schaftwirth Rühlhorn, Buhuserstr. 11, geworden. Zu später Abendstunde kamen in dessen Lokal mehrere Personen, welche dort eine Zeche machten und an den Wirth das Ausruhen stellten, die Zeche schuld „anzukreiden“. Da derselbe sich weigerte, dies zu thun, und Bezahlung verlangte, gab es einen Streit, im Verlauf dessen der Wirth niedergeschlagen wurde. Rühlhorn hielt stets strenge Ordnung in seinem Lokale. Infolge dessen war die Zeche nicht gut auf ihn zu sprechen. Im vorliegenden Falle handelte es sich augenscheinlich um ein vorbereitetes Komplott, denn nachdem R. niedergeschlagen war, stürmte eine rüde Horde in das Lokal,

schleppte den Bewußtlosen auf die Straße und bearbeitete denselben mit Stiefelabsätzen, Säcken etc. in barbarischer Weise, so daß R. sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die Zeugen dieses Vorganges wagten nicht, den Ausschlag entgegenzutreten, welche nach vollbrachter That eilig verschwanden. Der Polizei ist es aber gelungen, einen der Zeuchbrüder zu ermitteln und dingfest zu machen.

Dem Gerichtsvollzieher Kassel, der am 2. d. M. am Friedrich-Karl-Ufer von einem Hitzschlag betroffen wurde und bald darauf in der Charite starb, sind 6000 M. einbehalten worden, die er bei Verfertigung des Theaters Alt-Berlin auf der Gewerbe-Ausstellung schon vor einiger Zeit eingenommen hatte und bei der fgl. Hinterlegungskasse hinterlegen sollte. Das Geld wurde erst jetzt vermisst und man nimmt an, daß unbekannte Personen dem Kassen das Geld abgenommen haben. Ob sich dieser Verdacht bestätigt, muß erst durch Untersuchung festgestellt werden.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann. Der alte „Vater Gauerland“, ein neunzigjähriger, im salerischen Viertel wohlbekannter und allbeliebter Herr, hat am Gröden-Ufer ein Kind vom Tode des Ertrinkens gerettet. Einer der dort spielenden Jungen war die Böschung hinabgestürzt. Gauerland, der zufällig dazukam, machte sich kurz entschlossen an das Rettungswerk, welches ihm auch glücklich gelang.

Wassersnoth rief am Freitag Abend die Feuerweh nach dem Grundstück Lettstr. 8 an der Ecke der Lychnenstraße, auf dem ein Neubau in Gefahr stand, in seinen Fundamenten untergraben zu werden und einzustürzen. Der Gastwirth Kronemann, Eigentümer der Grundstück Nummer 17 und 18, läßt auch an der Ecke der Lett- und Lychnenstraße eine Anzahl Neubauten aufbauen. Die Lettstraße ist nur auf der nördlichen Seite bebaut und grenzt mit der südlichen an den Lettplay; gepflastert ist sie nur bis zur Lychnenstraße, die sie schneidet. Trotz des Plasters aber fließt die Straße fortwährend unter einem schmutzigen, schlammigen Wasser. Nur einmal in diesem Sommer, in den Tagen der großen Hitze, war sie trocken. Damals benutzte die Straßeneinigung die Gelegenheit, 14 oder 15 Fuß von Urath, der sich mit und in dem Wasser angeammelt hatte, darunter auch todt Regen und Hunde, abzufahren. Sobald wieder Ungewitter eintrat, war auch das Wasser wieder da. Das ist auch nicht anders möglich, obwohl an und für jene Gegend zu den höchsten Punkten Berlins gehört. Die Regulierung, namentlich die Kanalisation, ist noch nicht durchgeführt und an der unbedauten Seite säumen 2 bis 3 Meter hohe Lehmbügel das Gelände. Alles Wasser muß sich an der Ecke der Lett- und Lychnenstraße stauen und hier einen See bilden. Infolge der anhaltenden und heftigen Regengüsse hand es gestern so hoch, daß sein Spiegel fast die Höhe der Lehmbügel erreichte. Die gegenüberliegenden Neubauten standen daher sämtlich unter Wasser, am tiefsten das Eckhaus. Da hier die Gefahr einer Unterspülung vorlag, zumal das Haus schon einige Risse zeigt, so griff die herbeigerufenen Feuerweh mit einigen Dampfsprizen ein. Am 2 Uhr früh war das Wasser ausgepumpt und die Gefahr beseitigt. Eine Stunde lang war am Sonnabend Morgen das Grundstück gesperrt; da eine genauere Untersuchung jedoch zeigte, daß eine Gefahr nicht vorlag, so hob die Baupolizei die Sperrung wieder auf und die Mauer und Bauarbeiter mochten sich zunächst daran, das Eckstein, das die Kinder in den Pfuhl hineingeworfen hatten, wieder heranzuschaffen. Wenn das Regengewitter anhält, wird die Feuerweh ihr Rettungswerk wohl bald wiederholen müssen; bevor nicht der Lettplay ordentlich angelegt wird, kann es nicht besser werden. Eine Beschleunigung der Regulierung würde vielleicht eintreten, wenn sich die Sanitätskommission einmal die Zustände anfähe. Zurweilen sind damit nur die Kinder, die allerdings eine so schöne Gelegenheit, auf Breiten und was sie sonst erlangen können „Wasser zu fahren“, auch so bald nicht wieder bekommen.

Der geheime Ober-Baurath Franz aus der Bülowstr. 107, der am Dienstag Nachmittag auf dem Potsdamer Plage von einer Equipage abgefahren und schwer verletzt nach der Charite gebracht wurde, ist dort seinen Verletzungen erlegen. Gestern Abend um 7 1/2 Uhr ist der Verunglückte an einem Bruch der Schädelbasis und einer Lungenentzündung gestorben.

Einen tödtlichen Ausgange haben zwei Unfälle genommen, die sich im Anfang dieser Woche zutrug. Auf dem Grundstück der Viktoriastraße, Bülowstr. 51, ließ der Klempnermeister Cuaudet aus der Jüdenstraße durch zwei Gehilfen Ausbesserungsarbeiten am Dach ausführen. Dem Schuttdienst fiel am Montag Vormittag bei dem 23 Jahre alten Gehilfen Ernst Zahn aus der Friedrichstr. 250, der zuweilen an Krämpfen litt, ein verhänges Wesen auf. Er machte den anderen Gehilfen darauf aufmerksam und dieser suchte infolge dessen Zahn vom Dache fernzuhalten. Der Gewannde ging aber dennoch hinauf und stürzte plötzlich in eine kleine Baumanlage herab. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus am Urban gebracht, wo er an einem Bruch der Wirbelsäule gestorben ist. — Der 62 Jahre alte Photograph Robert Schulze, der in der Mühlenstraße 1 bei Frau Förster wohnte, kam in der Nacht vom Sonntag zum Montag um 1 1/2 Uhr nach Hause und wollte von seiner im ersten Stock gelegenen Wohnung auf den eine halbe Treppe tiefer gelegenen Abort hinabgehen. Dabei stürzte er die Treppe hinab und blieb schwer verletzt auf dem Abgang liegen. Bädergehilfen aus dem Hause trugen ihn zu Bett und am anderen Tage brachte man ihn in das Krankenhaus am Friedrichshain. Dort stellte sich heraus, daß er sich mehrere Knochenbrüche und eine Gehirnerschütterung zugezogen hatte. Er ist den Verletzungen erlegen.

Weil er seine Rechnung nicht bezahlen konnte und deshalb der Behörde wegen Zehnpfenniger übergeben werden sollte, hat sich am Freitag Nachmittag ein junger Mann von etwa 20 Jahren auf dem Abort eines Hotels der Friedrichstraße erschossen.

Ein schrecklicher Unglücksfall durch Verbrühen ereignete sich gestern Abend gegen 9 Uhr im Hause Lindenstraße 15. Die Frau des dortselbst wohnenden Schuhmachers Wopinski hatte einen Eimer kochendes Wasser, welches sie zum Abwaschen von Geschirr benutzen wollte, auf den Fußboden gestellt und verließ sodann für wenige Augenblicke den Raum. In der Zwischenzeit betrat die zweijährige Tochter der R., die so lange mit dem Vater auf der Straße gewesen, die Küche und ging neugierig an den Eimer heran. Wohl infolge einer unvorsichtigen Bewegung stieß die Kleine den Wasserbehälter um, dessen Inhalt sich über Arme und Leib des Mädchens ergoß. Erst nach dreiviertelstündigem Verweilen gelang es den Eltern, einen Arzt aufzufinden, welcher dem Mädchen, dem durchstäblich die Haut vom Körper heruntergebrannt, den ersten Verband anlegte.

Verächtlichen Schaden hat die Fouragehändlerin Mietzner, Pflückerstraße 11, durch einen Brand erlitten, welcher am Sonnabend früh 2 1/2 Uhr in dem von derselben als Lager und zur Stallung benutzten einschüßigen Fahrwerkgebäude auf dem zweiten Hofe aus nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch gelangte. Nur mit knapper Noth gelang es der Feuerweh, die im Stalle untergebrachten fünf Pferde aus der brennenden Bauallei herauszuschaffen; drei davon hatten leider bereits so starke Brandverletzungen erlitten, daß ihr Eingehen zu beschränken sich.

Die Poliklinik für Kinder, Johannistr. 14/15 (Dr. O. Hauser) ist vom 1. August bis 5. September geschlossen.

Zur Verreichung der Thierbestände des Berliner Aquariums haben diesmal die nördlichen Meere und die Adria beigetragen. Ueber Belgoland kamen neben außerordentlich großen und schönen Seezosen und Seesterne eine Anzahl einer zu den Krebsartigen zählenden Krabbenart an, welche legiere man wegen ihrer, durch die ei- oder birnsförmige, vorn zugespitzte, dicht behaarte Kopfbrust, durch die langen dünnen Beine und das eigenthümliche lauernde Wesen hervorgerufenen Ähnlichkeit mit einer Vogelspinne „Spinnekrabbe“ oder „Nordische Meerspinne“ (Hysa) genannt hat. Das im Körper 8 bis 10 cm lange hellbraune Geschöpf ist noch dadurch merkwürdig, daß es manducal lebendig, festsitzende Krabben auf dem Rücken trägt, welche größer als die Krabbe selbst sind. Zu den seltensten Gästen nicht nur des Aquariums, sondern aller derartigen Institute gehören zwei nordische Taucher-vögel der Gattung Colymbus, welche gegenwärtig noch dadurch

Achtung! IV. Wahlkreis! Achtung!

Sonnabend, den 31. Juli 1897
im Victoria-Garten, Treptow, Köpnicker Landstrasse,
(Inhaber Braun früher Kämpel)

Grosses Sommernachts-Fest

veranstaltet von den Parteigenossen des
Lese- u. Diskurir-Klub Süd-Ost
Instrumental- u. Vokal-Konzert (Dirigent Herr Lappe)
unter Mitwirkung der Gesangsvereine Edelweiss I und Borax (Mit
glieder d. Arb.-Sängerbundes) unter Leitung ihres Dirigenten Hrn. Lange
Im Saale von **Tanz**. Personen, welche daran teilnehmen,
6 Uhr an: zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Anfang des Konzerts 5 Uhr nachmittags. Bilet 20 Pf.
100/15 Das Komitee.

Achtung! V. Wahlkreis! Achtung!

Sonnabend, den 31. Juli 1897,
im Schweizer Garten, am Königsthor:
Großes Sommer-Fest

arrangiert von den
Parteigenossen des V. Reichstags-Wahlkreises.
Theater u. Spezialitäten-
Vorstellung. Vokal- und Instrumental-
Konzert.
Volksbelustigungen, Tanz. Die Kaffeeküche
Anfang 4 Uhr. Bilet 25 Pf. ist von 2 Uhr an geöffnet.
217/5 Die Vertrauensperson.

Achtung! Parteigenossen! Achtung!

Volksgarten (fr. Weimann's Volksgarten)
Badstrasse 56. Gesundbrunnen. Pankstrasse 25.
Hiermit zur Kenntnis, daß das am 17. Juli verregnete Sommerfest der
Gesangsvereine „Lorelei“, „Deutsche Eiche“ und „Alpenglocke“ am
Sonnabend, den 31. Juli ex.,
in demselben Lokal stattfindet.
Biletts behalten ihre Gültigkeit.
Das Komitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Zählke, Dennewitzstrasse 13:
Versammlung. 38/15

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner**
über: „Volkserziehung und Klassenbewußtsein“. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 28. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Genossen Benno Stabernack, Juchstraße 10:
General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassendbericht vom
2. Quartal 1897. 3. Vorstandswahlen und Wahl der Revisoren. 4. Vereins-
angelegenheiten.
Die Zahlstellen befinden sich bei folgenden Genossen:
Wilk. Börner, Ritterstr. 15. Emil Götte, Brandenburgstr. 18.
Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a. Hied, Simeonstr. 23. Vier,
Alte Jakobstr. 119.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
240/20 Der Vorstand.

Zentralverein der Bildhauer.

(Verwaltungsstelle Berlin.)
Montag, den 26. Juli: **Exkursion nach der Treptower
Stewarten.**
Treffpunkt dortselbst abends 7 1/2 Uhr.
Biletts à 0,75 M. (samt 1,50 M.) sind noch zu haben bei den
Kollegen Trautvetter, Krautstr. 28 III und Otto Meyer, Engel-
ufer 2b. 22/9

Dienstag, den 27. Juli, Köpnickerstrasse 62: Versammlung aller Branchen.

Tagesordnung: 1. Geschäftsliches. 2. Stellungnahme zum weiteren
Ausbau des Werkstatt-Delegiertenvereins. 3. Ergänzungswahlen zur Kom-
mission. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch besonders der Robestleure und Steinbildhauer
erlaubt
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller,
Koppenstraße 29:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Kassendbericht vom II. Quartal. Bericht des
Vorstandes, der Bezirksleiter, der Werkstatt-Kontrollkommission und des
Arbeitsvermittlers. Antrag auf Anstellung eines Kassiers. Ergänzungswahl zur
Ortsverwaltung. Wahl eines Ausschussmittgliedes. Verhandlungsangelegenheiten.
Jedes Mitglied wird ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
100/8 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Ristenmacher. Achtung!

Große öffentliche Versammlung
am Montag, den 26. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Vertrauensmannes und von der Kommission.
2. Neuwahl des Delegierten zur Gewerkschaftskommission und des Vertrauens-
manns. 3. Die Lohnunterschiede in den einzelnen Werkstätten.
94/17 Der Vertrauensmann.

Charlottenburg!

Dienstag, den 27. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale
Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:
Große Volks-Versammlung
für Männer u. Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Die politische Lage. Referent: Reichstags-Abg. Fritz Zabell.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch ersucht
205/4 Der Vertrauensmann.

Zimmerer Berlins u. Umgegend!

Montag, den 26. Juli 1897, abends 8 Uhr:
Grosse öffentliche Generalversammlung
in Marken's Salon, Friedrichstr. 236.

Tages-Ordnung:
1. Der gegenwärtige Stand unserer Lohnbewegung und weitere Beschlussfassung über dieselbe. 2. Diskussion.
3. Bericht und Neuwahl des Delegierten der Gewerkschaftskommission.
Da in dieser Versammlung die Statistik in unserer Lohnbewegung geändert werden soll, ist das Erscheinen
sämtlicher Statistiker notwendig.

Achtung! Kürschner. Achtung!

Große öffentliche Versammlung
aller in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen

am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deutstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion der letzten Versammlung über: „Die
Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Branche.“ 2. Welchen Zweck hat die
Werkstattsperrre? 93/15
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Vertrauenspersonen.

Bildungsverein „Mehr Licht“

Sonntag, den 25. Juli, von nachm. 3 Uhr ab, im Restaurant
„Kampfenich“ zu Treptow: 57/2
Geselliges Beisammensein.

5 1/2 Uhr: Besuch der Sternwarte.
Biletts sind bei den Vorstands- und Komitemitgliedern zu haben. Gäste
willkommen.
Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Alexanderstr. 77: **General-
versammlung**, wozu die Mitglieder hierdurch nochmals eingeladen werden.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsge nossen. (Zahlstelle Berlin.)

Dienstag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Dresdenstr. 45:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Diskussion über die Anträge zum Verbandstag. 2. Kassendbericht.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
72/5 Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Große öffentliche Versammlung
am 26. Juli, abends 8 Uhr.

im Lokal „Königsbank“, Große Frankfurterstrasse 117.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Fritz Kater**. 2. Diskussion. 3. Bericht vom
Kongress in Halle. 4. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission
und Neuwahl. 5. Wahl von drei Revisoren. 325/7
Pünktlich aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, in dieser Versammlung
zu erscheinen.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Der Vertrauensmann der Allgemeinen Arbeiter und Arbeiterinnen.
D. Schüler.

Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter.

Donnerstag, den 29. Juli 1897, abends 8 Uhr,
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Bericht des Vorstandes, des Kassiers und der Revisoren.
3. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 4. Verschiedenes. 46/2
Es ist Pflicht der Kollegen, vollständig in dieser Versammlung zu
erscheinen.

Verein deutscher Schuhmacher.

Versammlungen
am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Zahlstelle I bei **Feind**, Weinstrasse 11: Vortrag von Herrn
Dr. Wollheim.
Zahlstelle II bei **Lange**, Dragonerstr. 15: Vortrag.
Zahlstelle III bei **Müller**, Johannisstr. 20: Vortrag des Ge-
nossen **Rein**: Sophia Perowsofska, eine russische
Freiheitskämpferin. 285/14
Zahlstelle IV bei **Roll**, Adalbertstr. 21: Vortrag.
Zahlstelle V (Schäferbrunde) bei **Babel**, Rosenthalerstr. 57:
Vortrag der Gen. Frau **Rohrlack**.
Zahlstelle **Friedrichsberg** bei **Fuchs**, Frankfurter Allee 49.
Zahlstelle **Schöneberg** bei **Obst**, Grunewaldstr. 110.
Um zahlreiches Besuch bitten Die Bevollmächtigten.

Achtung! Öffentliche Versammlung

der an Holzbearbeitungsmaschinen und auf Holzplätzen
beschäftigten Arbeiter

am Montag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Herrn **Nieft**,
Weberstr. 17.

Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten zur Berliner Gewerkschafts-
kommission. 2. Abrechnung. 3. Anträge. 4. Gewerkschaftliches.
83/16 Der Vertrauensmann.

STEIN-ARBEITER.

Große öffentliche Versammlung
der Steinmetzen, Granit- und Marmor-Arbeiter

am Dienstag, den 27. Juli, abends punkt 1/9 Uhr,
im Lokal **Englischer Garten**, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Nachorgan. 2. Regelung des
Markenvertriebs. 3. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. 207/13
Um recht pünktlichen Besuch ersuchen **H. Wolff**, **H. Fischer**.

Am 22. Juli hard unser Kollege
Philipp Zamparo.

Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Juli, nachmittags vom
Krankenhaus Wandt, Birkenstraße, aus, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann: **H. Fischer**.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf

Herzlicher Garten u. große Säle
Mittwochs und Sonntags:
Gr. Frei-Konzert.
Vorzügliche
Liche, Wurstpavillon,
Schießstand, Regelmäßig u.
sonstige diverse Belustigungen.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
Pferdebahn vom Wörkplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.

Oeconomie: Martin Berndt

Achtung! Achtung!

Vadierer!

Filliale IV.
Sonntag, den 25. Juli, nachm. 3 Uhr,
bei **Schöning**, Adenauerstr. 68:
Geselliges Beisammensein,
Familien-Kaffeefocher, verbunden
mit Unterhaltung und Tanz.
Gäste willkommen. Um recht zahl-
reiche Beteiligung bitten
104/6 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbe- Kasse der Tischler u. j. W.

(Verfällige Verwaltung Berlin II.)
Mitglieder-Versammlung
am Montag, den 28. Juli 1897,
abends punkt 8 Uhr, im Lokale des
Herrn **Tollsdorf**, Gdrtlerstr. 58.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1897,
2. verschiedene wichtige Kassengeschäfts-
heiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der wichtigen Tagesordnung wegen
ist es Pflicht, daß jedes Mitglied
pünktlich am Platze ist.
191/5 Die Kreisverwaltung.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Vereins der
Zimmerer Berlins u. Umgeg.
zur Nachricht, daß das Mitglied
August Schulze

verstorben ist. Die Beerdigung findet
Sonntag Nachmittag 4 Uhr vom
Augusta-Hospital, Schandorfstraße,
aus nach dem Nazareth-Kirchhof an
der Dalldorfer Chaussee statt. Um
zahlreiche Beteiligung ersucht
268/2 Der Vorstand.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem sage ich hiermit meinen
herzlichsten Dank für die freundliche
Beteiligung und reiche Kranzsende
bei der Beerdigung meines geliebten
unvergeßlichen Sohnes **Fritz Fiedler**,
genannt **Blücher**.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Carl Pluscher nebst Frau.
Sorgen erlösen Nr. 30 des

„Sozialist“

Organ f. Anarchismus u. Sozialismus.
Die amtliche Begründung des
Schwurgerichtsurteils gegen
Kochemann.
Aus dem weiteren Inhalt der
Nummer heben wir hervor: Zu den
Vorgängen in der Buchdrucker-
organisation. — Spanisches. I.
Interview mit einem Geisteskranken. —
II. Die Abfahrt ins Zuchthaus. —
Proletariat. Von Dr. Eugen
Heinrich Schmidt. — Der Streik der
englischen Maschinenbauer. Von
Peter Krappitzin. — Literarische
Beilage x. x.
Preis 10 Pf. Wiederverkäufeln Rabatt.
Expedition: **Wilhelm Spahr**,
Frankfurter Allee 105.

Buss' Ball-Salon.

Gr. Frank-
furterstr. 85.
Lobtenonntag sowie Sonnabende
im September, Oktober und in der
Winterzeit für Vereine. 322/7b

Heller's Dranienhallen,

Oranienstr. 51. 325/5b
Sonnabend u. Sonntag sind noch zu ver-
geben. Auch wird ein Tanzlehrer ver-
geben.
Empfehle den Genossen mein **Welsch-
u. Bairisch-Bier-Lokal**. Vereins-
zimmer m. Piano (30—40 Personen).
W. Zepke, Pianist Nr. 92a.

Dejinition, Gegend, zu verk.

Wöchentlich 1/2 hell, 1/2 dunkel und
1/2 Weibler. Preis 3500 M.
Reihe 2000 M. — Näheres bei
Mangold, Dresdenstr. 14.

Sonnabende u. Sonntage

sind zu vergeben.
Weber. B. Nieft's Weber.
Str. 17 Festsäle Str. 17.

Herrnsprecher VII. 1663.
B. Nieft.

„Zum Neuen Spreewald“

Sonnenhalde 12, ist an Vereine für
Sonnabende noch zu vergeben.
M. Fischer, Restaurateur.

Restaurant Feldschlösschen

Charlottenburg, Nonnenbamm.
2 Min. v. Bahnhof „Jungfernhöhe“.
Welsch- u. Bairisch-Bier.
Schön. Garten, 2 Regelmäßig, Billard,
Vereinszimmer, Kaffeeküche.
Robert Koch,
genannt „gemüthlicher Robert“
früher Alt-Moabit u. Nagowstr.-Ecke.

Achtung! Achtung!
Der schönste Ausflugsort,
am Wald gelegen, ist
Vetter-Nehse's Restaurant,
Baumschulenweg, Ganner Chaussee
Ecke. 3204/5

Empfehle allen Freunden,
Bekanntem und der geehrten Nachbar-
schaft mein **Weiss- u. Bairisch-
Bierlokal**. 3268/6
H. Eichhorn, Greifswaldenstr. 3.

Konzertpart

„Zur Wolfs-Schlucht“.
Bürgerliche Brauerei
Am Tempelhofer Berg 6.
Täglich Frei-Konzert d. beliebigen
Damenkapelle „Sumor“.
Sonntags: Im Saale: **Gr. Ball**.
Familien können Kaffee laden.
2004/9 **H. Nümann**.

Die **schwerste Pianistin** konzernt
täglich in Charlottenburg, Gdrtlerstr. 25
im Restaurant. 3238/5

Für Landpartien und Sommerfeste

empfehlen wir in großer Auswahl:
**Strohpuppen, Lampen, Fahnen,
Papiermützen** etc., sowie **Ver-
losungs-Gegenstände**. Händler u.
Arbeitervereine erhalten die billigsten
Fabrikpreise. 2108/9
S. & G. Saulsohn, Berlin C.,
Kaiser Wilhelmstraße 19a.

Dr. Simmel

Moritzplatz,
1. Haus v. Köchlinger
(früher Weingartenstr. 91)
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden,
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Bahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tadelloser Aus-
führung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Schmerzlos. Zahnziehen mitt. **Cocain**,
Chloroform, **Chloroform** und **Kamphor**
unter Vermeidung eines prakt. Krates. Bei
Befestigung v. künstl. Zähnen Zahn-
ziehen, Zahnreinigung usw.; Katen-
zahlung gestattet. Woche 1 M.
Guckel, Dantziger Platz 2,
Eisenerstraße 12, Sieglitzerstraße 71.

Zahn-Klinik

Preise eventuell
Theilzahlung.
Frau Olga Jacobson,
63/11* Zubalidenstr. 145.

Aluminium-Gebisse,

Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark.
Kautschuk-Gebisse
Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark.
Plomben 1,50 M., Zahnziehen 1 M.
Schmerzlos. Ziehen eines od. mehrerer
Zähne (Kamphor- od. Chloroformanästhesie)
im Beisein eines Krates 6 Mark.
Waldemar und **Reinhold Haupt**,
Brandenburgerstraße 18 II,
Frankfurterstraße 113 II.

Rheumatismus,

Wicht. Kreuz- u. Gelenkschmerzen bef-
stiger u. radikal das nur beim alleinigen
Importeur **Hugo Lubowsky**, Berlin,
Demminstr. 5 in Flaschen à 2 M.,
Probeflaschen à 1 M. erhältlich. äth.
Campher-Öl. Kein Geschmacksmittel.*

Dr. Derrnahl's

Eisenpulver. 103/3*
Ganz vorzügliches Eisenpräparat seit
30 Jahren bekannt und überall be-
währt. Schachtel 1,50; Weibliche 3 Sch.
4,25. **Kein Geheimmittel**. Analyse
beigepflegt. Hauptvertriebs-Apothekes
zum weißen Schwan, Berlin,
Spandauerstr. 77, echt in Schatzmarkt.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter.

Zugzug ist fernzuhalten von den
Rübenmübel-Werkereien von
Netzband & Henkel

Anklamerstr. 33.
Ferner von **Stein**, **Kostod**,
Lübeck und **Hirtenwalde**. 100/5

Wohnbestellen

für Buchbinderei verlangen
Riefenstahl, Jumps & Co.,
Dolzmarktstr. 67. 3212/5b
Besitzer verf. **Winger**, **Barthstr.** 41.

Kartonschneidmaschinen

verlangt sofort **W. Blum**, Blumen-
straße 74.

Gef. auf gut genug Herrenstiefel
verf. **Seeger**, Heinersdorferstr. 6.

Ramells auf bessere Jackets verf.
Kraus, Schweinmühlstr. 50.

Blätterinnen auf Serviteurs und Rauschgetränk

in und
außer dem Hause sucht 3273/5b
M. Treppe, Sebringstr. 16.

Nebenerdienst

für alle Stände gewährt erste
Brauerei durch dauernde Pro-
visionen durch Zuführung von
Kunden und Empfehlungen. Adr.
sub **J. P. 5821** an **Rudolf**
Nosse, Berlin SW.

Tüchtige Farbmalerei u. Farbverleger

verlangt sofort **Röhbers**,
Frau Schräger, **Friedrichsberg**,
Gürtelstr. 20a, D. II Tr.

Schlossergesellen

tüchtige **Boyarbeiter** und **Weller**, wie
ein jungerer **Schneider** sofort verlangt.
H. Blum, Charlottenburg, Schiller-
straße 97. 3254/5b

30 Korbmacher

nach verlangt **Krautstr.** 6.
Wohlfühliger verlangt **Grub**,
Reinholdstr. 8.
Tüchtiger Buchhalter
empf. sich tags, stundenweise. **Krägel**,
SW., **Witoldstr.** 41, u. 4 Tr.

Abgeordnetenhaus.

106. Sitzung vom 24. Juli 1897. 11 Uhr.

Am Regierungstische: v. Miquel, v. d. Reke, Schönkedt, v. Braunbehrns, v. Philippborn und andere Kommissare.

Zu dritter Lesung genehmigt das Haus zunächst den Gesetzentwurf, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden in den Provinzen Hessen-Raffau und Schlesien zur Vollenhaltung, und geht dann über zur Beratung des vom Herrenhause in abgeänderter Fassung zurückgelangten Gesetzentwurfs zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine.

In der Generaldiskussion nimmt zunächst das Wort Minister des Innern v. d. Reke: Das Herrenhaus hat es für richtig befunden, dem aus diesem hohen Hause ihm zugegangenen Gesetzentwurf nicht pure zuzustimmen, sondern ihn durch einige Bestimmungen zu erweitern, welche dazu bestimmt sind, dem Staate größere Machtbefugnisse gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokraten und Anarchisten und auch gewisser antinationaler Parteien zu geben. Dadurch unterscheidet sich lediglich der aus dem Herrenhause zurückgelangene Gesetzentwurf. Die Regierung hat nach reiflicher Erwägung geglaubt, diesem Gesetzentwurf nach der Fassung des Herrenhauses zustimmen zu sollen, und zugesagt, denselben in diesem Hause zur Annahme empfehlen zu wollen. Indem ich Sie daher dringend bitte, der Fassung des Herrenhauses zuzustimmen, will ich mit einigen Strichen ausführen, welche Erwägungen die Regierung zur Entscheidung geführt haben. Die Regierung muß einfach nach wie vor mit aller Bestimmtheit behaupten, daß ein dringendes Bedürfnis besteht zur Vermehrung der staatlichen Machtbefugnisse auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens, insbesondere zur besseren Abwehr der sozialdemokratischen Bestrebungen. Dieses Bedürfnis ist namentlich seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes in immer steigendem Maße hervorgetreten. Wer mit offenen Augen und Ohren die Vorgänge beobachtet in den sozialdemokratischen Versammlungen, der kann, wenn er ehrlich ist, sich der Ueberzeugung nicht verschließen, in wie hohem Maße das zur Verbitterung des Bewußtseins des gutgemeinten Teils der Bevölkerung beitragen muß, wenn derartige Bestrebungen, die offensichtlich auf Untergrabung der Staats- und Gesellschaftsordnung abzielen, einfach geduldet werden müssen, weil es an der gesetzlichen Handhabe fehlt, ihnen entgegenzutreten. (Sehr richtig! rechts.) Die Bestimmungen der jetzigen Fassung werden wenigstens schon das eine und zwar sehr wesentliche herbeiführen, daß mit dem Augenblick der gesetzlichen Kennzeichnung dieser sozialdemokratischen Bestrebungen als unerlaubte und verwerfliche ein großer Teil der Bevölkerung sich von diesen Bestrebungen sofort zurückzieht. (Schallende, andauernde Beifallslauten links.)

Als das Sozialistengesetz erlassen wurde, trat sofort eine Scheidung ein zwischen den zielbewußten Sozialdemokraten und dem großen Teil der Bevölkerung, der nur aus Sport oder aus anderen Gründen diese sozialdemokratischen Sachen gewissermaßen mitmachte. (Sehr richtig! rechts, Beifall links.) Ich will aus dem großen Schatz der Argumente nur einige hervorheben, insbesondere, daß wir auch verschärfte Machtbefugnisse auf diesem Gebiete brauchen, um zu verhindern, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen immer mehr auf die ländliche Bevölkerung übergreifen. (Sehr richtig! rechts.) Bisher sind es ja die Städte, in denen diese Bestrebungen wachen und gedeihen. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die sozialdemokratischen Führer schon seit längerer Zeit gewissenhaft darauf angingen, dieses Gift auch auf die ländliche Bevölkerung zu übertragen. Koch in den allerletzten Tagen sind ganze Striche der Monarchie, wesentlich der ländlichen Bevölkerung, mit Flugblättern vollständig überschwemmt worden, die darauf abzielten, die ländliche Bevölkerung in die Reihe der Sozialdemokraten zu ziehen; und es vergeht kaum ein Tag, wo nicht besondere Agitationstouren auf das Land verabredet werden, um die Bevölkerung einzufangen. Deshalb sollten nicht nur die Abgeordneten der industriellen, sondern gerade die der ländlichen Kreise es sich sorgfältig überlegen, ob sie die Verantwortung dafür übernehmen können, der Staatsregierung die Machtbefugnisse zu verweigern, deren sie zu bedürfen glaubt, um mit größerer Festigkeit den sozialdemokratischen Bestrebungen, soweit sie auf die ländliche Bevölkerung abzielen, entgegenzutreten. (Zustimmung rechts.)

Ganz besonders sind es aber die militärischen Rücksichten, die die Regierung wünschenswert finden, auf diesem Gebiete die von ihr gewünschten Machtbefugnisse zu bekommen. Wir können ja, Gott sei Dank, sagen, daß dank der eisernen Disziplin in unserem Heere das stehende Heer fast ganz frei ist von sozialdemokratischen Einflüssen, wir hegen auch die zuversichtliche Hoffnung, daß die Reservisten und Landwehrmänner eingebend ihres Eides sich den Verlockungen der sozialdemokratischen Partei wie bisher so auch in Zukunft werden erwehren können. Aber wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß das Liebeswerben der Sozialdemokratie um das Heer, insbesondere um die Reservisten und Landwehrmänner tagtäglich stärker wird. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Staatsregierung muß es also als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten, dafür zu sorgen, daß man dadurch, daß man diesen Hezereien in Versammlungen und Vereinen entgegentritt, die Reservisten und Landwehrmänner darin unterstützt, sich den Verlockungen der Sozialdemokratie zu entziehen. (Zustimmung rechts, Lachen links.) Unterschätzen Sie diese Gefahr nicht; gegenwärtigen Sie sich die gewaltigen Formationen, die wir aufstellen müssen im Falle eines Krieges, und daß diese Formationen im wesentlichen aus Reservisten und Landwehrmännern zusammengesetzt sind. Sobald die sozialdemokratischen Führer merken, daß der Staat auf das Heer nicht mehr rechnen kann, ist der Anfang vom Ende gekommen, dann haben wir den Sieg der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lachen links.)

Das Märchen, an die Qualität der Sozialdemokratie als Reformpartei zu glauben, werden Sie der Staatsregierung nicht zumuten wollen. (Zustimmung rechts.) Nach Auflösung der Staatsregierung ist die sozialdemokratische Partei eine revolutionäre Partei im wahren Sinne des Wortes. (Sehr richtig! rechts.) Wenn sie auch manchmal aus Utilitätsgründen ein harmloses Mäntelchen sich umhängt, so ist sie doch das, was sie war, und sie wird bleiben, was sie ist, und wie es neulich ein sozialdemokratischer Redner ganz offen ausgesprochen hat, wesentlich diejenige Partei, die bei der ersten besten Gelegenheit veruchen wird, die staatliche Gesellschaftsordnung umzuwerfen. (Sehr richtig! rechts.) Sie würde uns vernichten, wenn wir ihr darin nicht zuvorkommen. Wir sind natürlich nicht so naiv, zu glauben, daß wir in diesem Polyzetmittel ein Radikalmittel gefunden hätten gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen.

Die Staatsregierung ist sich sehr wohl bewußt, daß der Schwerpunkt der Abwehrmaßnahmen auf positivem Gebiet und zwar auf religiösem und

sozialem Gebiet liegen muß. Sie wird auch nicht innehalten mit den Versuchen, auf diesem Wege der Sozialdemokratie beizukommen. (Beifall rechts.) Sollte nun diesem dringenden, von allen Seiten anerkannten Bedürfnis gegenüber die Staatsregierung sich abwehrend verhalten gegen diejenige Fassung, die im Herrenhause beschloffen worden ist, lediglich aus dem Grunde, weil das Herrenhaus auf einem anderen Wege glaubte, das Ziel erreichen zu können wie die Staatsregierung? Nein, das konnte sie nicht, das dürfte sie nicht! Die Staatsregierung hat nie verhehlt, daß es ihr am erwünschtesten gewesen wäre, diese Angelegenheit auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu regeln, und wenn sie dazu nicht übergegangen ist, so ist das aus dem Grunde geschehen, weil sie sich zur Zeit keinen Erfolg davon versprechen konnte, weil sie aber auf der anderen Seite der Verantwortung sich nicht entziehen konnte, dasjenige wenigstens zu thun, was auf dem Wege der Landesgesetzgebung sich als möglich erwies. (Zustimmung rechts.) Die Staatsregierung hat sich nicht verhehlt, daß sie die Sondergesetzgebung lieber vermieden wolle, und ich kann nicht zugeben, daß der von ihr eingeschlagene Weg ungangbar gewesen wäre, aber sie hat es ebenso oft ausgesprochen, daß sie mit ihrem eigenen Gesetzentwurf nur diejenigen Bestrebungen und Ausschreitungen treffen wolle, welche der Gesetzentwurf in der Fassung des Herrenhauses ausdrücklich kennzeichnet.

Die Staatsregierung glaubt sich diesem Gesetzentwurf gegenüber nicht ablehnend verhalten zu sollen. Das Bedenken gegen diesen Gesetzentwurf, der ja doch nur zum Teil den Charakter einer Sondergesetzgebung trägt, sind ja so sehr viele. Man sagt zunächst, dieser Art der Gesetzgebung sei reichsverfassungsmäßig nicht zulässig. Demgegenüber verweise ich auf den Wortlaut der Verfassung und auf das Schlußprotokoll, in dem ausdrücklich hervorgehoben ist, daß, so lange die Reichsgesetzgebung von ihrer Befugnis, auf diesem Gebiete gesetzgeberisch vorzugehen, noch keinen Gebrauch gemacht hat, die Landesregierungen vollständig in der Lage und durchaus in ihrem Rechte sind, wenn sie gesetzgeberisch vorgehen. Man sagt ferner, man solle den Weg der Landesgesetzgebung nicht betreten, weil er verbittere. Hier konstatiere ich ausdrücklich, daß die hier zur Beratung stehenden Bestimmungen in keiner Weise bezwecken, den berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Erzielung besserer Bedingungen und Verbesserung ihrer Verhältnisse irgendwie entgegenzutreten. Ueber Verbitterung können sich diejenigen nicht beklagen, die sich selbst durch ihre Bestrebungen außerhalb der Staats- und Gesellschaftsordnung stellen. Sie können sich nicht wundern, daß der Staat und die Gesellschaft zur eigenen Verteidigung außergewöhnliche Mittel gebraucht. (Sehr richtig! rechts.) Endlich sagt man, es geht doch nicht wohl an, daß ein einzelner Bundesstaat derartige Maßregeln zu seinem Schutze ergreift; die Folge würde sein, daß die sozialdemokratische Bewegung aus diesem Bundesstaat vielleicht in andere übertragen würde. Nun, abgesehen von dem Grundsatz, den ich doch immer festhalten möchte, daß jeder Staat sich doch selbst der nächste ist, und daß es den anderen Staaten eventuell auch überlassen bliebe, durch die Landesgesetzgebung vorzugehen, muß ich doch ausdrücklich konstatieren, daß die Voraussetzungen, welche zu diesem Einwand geführt haben, inhaltlich nicht zutreffend sind. Es ist schon zum Ueberdruß hervorgehoben worden, daß wir gerade durch dieses Gesetz die Machtbefugnisse erstreben, welche in anderen Bundesstaaten, theils auf dem Boden des gemeinen Rechts, theils durch Ausnahmegesetzgebung bereits bestehen. Es wird also keineswegs das eintreten, was von den Herren, welche diesen Einwand vertreten, behauptet wird, es werde ein Ueberfließen von Sozialdemokraten auf die anderen Staaten stattfinden, sondern es wird nur für Preußen die Lücke ausgefüllt, die wir mit großem Bedauern seit langen Jahren sehen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte von einem faktischen Falle Kenntnis geben, der sich vor kurzer Zeit ereignet hat; in Hamburg bestanden zwei anarchische Vereine, die seitens der hamburgischen Behörden einfach aufgehoben wurden, weil sie gegen die Sicherheit des Staates verstießen. Diese beiden Vereine hatten nichts Geringeres zu thun, als sich sofort in Altona wieder neu zu gründen. (Hört! hört! rechts.) Und sie würden wahrscheinlich noch jetzt bestehen, wenn sich nicht wegen eines zufälligen Umstandes wenigstens einer dieser Vereine aufgelöst hätte. Ich meine also, daß auch dieser Einwand keineswegs stichhaltig ist.

Die Regierung hätte es gern gesehen, wenn wir auf dem Boden des gemeinen Rechts vorgegangen wären, sie kann aber die Bedenken, welche sich gegen die jetzige Fassung erheben, nicht für durchschlagend halten, und sie bittet daher dringend, die Hand der Verhandlung, die seitens des Herrenhauses diesem hohen Hause gereicht wird, (Gelächter links) anzunehmen. Es handelt sich hier keineswegs, wie die Zeitungen es so gerne darstellen, um Reaktionen der schwarzen Reaktion. Es liegt der Regierung vollständig fern, die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts irgendwie antasten zu wollen. Es handelt sich lediglich um einen Akt des gesunden Menschenverstandes (Gelächter links), welcher ganz gebieterisch fordert, dem unversöhnlichen Feinde, der im Begriffe steht, die ländliche Bevölkerung und unser Heer zu infizieren und zu vergiften, so bald und so kräftig wie möglich zu Leibe zu gehen. (Beifall rechts.) Was sind diesen eminent praktischen Erwägungen gegenüber die mühsam hervorgetragenen und herbeigezogenen Einwendungen?

Die Besorgnisse des Mißbrauchs durch untergeordnete Polizeibeamte, die Möglichkeit der Anwendung dieses Gesetzes auf Parteien, für die es nicht berechnet ist, eine Besorgnis, die durch die jetzige Fassung vollends ausgeschlossen ist, der theoretische Streit, ob Reichs-, ob Landesrecht, die Besorgnis, man könne einen Fehlgreif thun, weil man mit diesem Gesetz nicht gleichzeitig die Presse treffe — was sind alle diese Erwägungen gegenüber dem von mir so scharf betonten dringenden Bedürfnis und dem praktischen Gesichtspunkte? Sie sollten doch der Regierung dafür danken (Schallendes Gelächter links; Beifall rechts), daß sie den Finger in die Wunde gelegt hat; stellen Sie sich auf unsere Seite, helfen Sie uns, die Krankheit zu heilen, die an dem Herzen unseres Volkes frisst. Unterdrücken Sie Ihre Bedenken und stimmen Sie der Fassung des Herrenhauses zu; Sie werden dadurch sich nicht nur den Dank des Volkes verdienen (Schallendes Gelächter links. Sehr richtig! rechts), sondern Sie werden künftig auch sagen, die Regierung hat ganz recht daran getan, daß sie trotz der geschäftlichen Schwierigkeiten durch ihre Beharrlichkeit uns noch einmal dazu gebracht hat, zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. (Lebhafte Beifall rechts, Fischen links.)

Abg. Dobrecht (nat.): Ich hätte mich auf eine kurze Erklärung über unsere Abstimmung beschränkt, aber nach diesen Ausführungen des Ministers muß ich unsere Haltung motivieren. Die Fassung des Herrenhauses ist uns nicht neu, sondern entspricht mit einer unwesentlichen Modifikation den freikonservativen Anträgen, mit denen sich dieses Haus beschäftigt hat und die wir ebenso wie die korrespondierende ursprüngliche Regierungsvorlage abgelehnt haben. Leider hat sich weder die Regierung noch die Majorität des Herrenhauses mit den von uns vorgeführten Gründen beschäftigt, wie diese es verdient hätten. Dagegen hat es nicht an Versuchen gefehlt, unsere Haltung auf Motive zurückzuführen, die wenigstens nicht sehr schmeichelhaft sind. Wir verschließen unsere Augen dem Ernst der Gefahr! (Sehr richtig! rechts.) Gegen das Vorgehen der Regierung sei eine künstliche Erregung in Szene gesetzt, und wir ließen uns durch diese bestimmen u. s. w. Es ist nicht nötig, nachzuweisen, daß unsere Partei die ernste Gefahr

der sozialdemokratischen Agitation nicht immer anerkannt hätte. Daß diese Gefahr in den letzten Jahren schlimmer geworden und neuerdings eine so akute geworden wäre und eine Gestalt angenommen hätte, die Zwänge, ohne jeden Aufenthalt mit Gewaltmaßnahmen dagegen vorzugehen, das scheint mir nicht richtig. Ebenso wenig ist nie etwas bekannt geworden von einer künstlichen Agitation gegen das jehige Vorgehen der Regierung, während ich wenigstens den Eindruck habe, daß die Aufregung über das plötzliche Ueberwuchern einer Gefahr, der man Hals über Kopf nicht schnell genug entgegenzutreten könnte, um die Gesellschaft zu retten, künstlich sei. (Sehr wahr! links.) Aber es kommt darauf nicht an, ebenso wenig auf die Frage, ob das Vorgehen der Regierung genau der Zufolge entspricht, die im Reichstage gegeben wurde; für unsere Abstimmung sind diese Erwägungen nicht entscheidend.

Wir haben uns gegen Artikel I und III der Vorlage ablehnend verhalten, weil das darin gegebene Mittel gegen die wirkliche Gefahr ganz nutzlos ist. (Sehr wahr! links.) Wenn darin eine wirkliche Hilfe läge, könnte man vielleicht das Bedenken, daß ein Mißbrauch mit dem Gesetz stattfinden könnte, fallen lassen, aber diese Voraussetzung trifft nicht zu. Ich kann nur bedauern, daß diese Gründe, die von allen Rednern hier höchst maßvoll, sachlich und ohne Leidenschaft vorgetragen sind, nicht die verdiente Würdigung gefunden haben. Den Artikel I, wonach die die Sicherheit des Staates und die öffentliche Ordnung gefährdenden Versammlungen aufgelöst werden könnten, haben wir abgelehnt, weil die Entscheidung über die Frage, was denn unter den die Sicherheit des Staates gefährdenden Bestrebungen zu verstehen sei, in die Hände untergeordneter Polizei-Organen gelegt wird, ohne daß das Gesetz ihnen auch nur den leisesten Anhalt für ihre Entscheidung giebt. Wir haben das abgelehnt, weil die Auflösung von Versammlungen, welche ja sonst aus andern Gründen notwendig sein kann, als Mittel zur Erhaltung des öffentlichen Friedens und zur Sicherheit des Staates ganz ungeeignet ist. In dieser Hinsicht ist die Auflösung von Versammlungen so zwecklos, daß ich oft die Meinung gehört habe, daß die Beamten eine Versammlung nicht eher auflösen dürften, als bis die Personen festgestellt seien, die dazu Veranlassung gegeben haben. Den Artikel III bezüglich der Schließung von Vereinen haben wir aus denselben Gründen abgelehnt, weil die Fassung so allgemein war und den Bestimmungen entbehre, durch welche die reine Willkür ausgeschlossen würde. Die Klage bei dem Ober-Verwaltungsgericht kann dagegen nicht helfen. Denn um einen Mißgriff der Polizeibehörde zu korrigieren, müßte das Ober-Verwaltungsgericht sich zu einer politischen Gesinnungsinstanz umwandeln, und das wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte. (Sehr richtig! links.)

Wir haben den Artikel ferner abgelehnt, weil gerade gegen wahrhaft gefährliche Verbindungen das Vereinsverbot ganz unwirksam ist. Einen Teil unserer Einwendungen wollten die freikonservativen Anträge beseitigen, indem sie die Sache ausschließlich auf anarchische und sozialdemokratische Bestrebungen beschränkten. Ich gestehe, wenn ich wählen müßte zwischen beiden Fassungen, ich persönlich der ursprünglichen Regierungsvorlage den Vorzug geben müßte (Werbung rechts), weil, wenn den in einer die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen entgegengetreten werden soll, der Staat sie mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen muß, gleichviel von wem sie kommen (Hört! Hört! links), gleichviel, ob von der sozialdemokratischen Partei oder von sozialistischer Seite, und ich könnte noch andere nennen! (Aha! rechts; Zustimmung links.) Wir wollen doch nicht ein Umsturzmonopol etablieren und bloß gegen die Sozialdemokratie einschreiten. In dieser Beziehung muß ich Herrn Stöcker vollkommen recht geben, der neulich ausrief, daß ein Kampf, der bloß gegen die Sozialdemokratie und nicht auch gegen die anderen Strömungen gerichtet werde, aussichtslos sei. Sei dem, wie ihm wolle, ich mache darauf aufmerksam, daß auch in diesem Falle meine Partei sich durch rein politische Erwägungen hat leiten lassen.

Der freikonservative Antrag wurde von uns abgelehnt, weil die Fassung eine so unbestimmte ist, daß für das behördliche Einschreiten ein sicheres Merkmal absolut nicht gegeben ist, und weil gerade in der Beschränkung auf die Anarchisten und Sozialdemokraten die Unwirksamkeit eines Landesgesetzes und die Unwirksamkeit eines das Versammlungs- und Vereinswesen beschränkenden Gesetzes besonders klar zu Tage tritt. Namentlich möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Verhinderung der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber, die Aufreizung zu Streiks, die Verführung und Bedrohung von Arbeitwilligen durch dieses Gesetz absolut nicht berührt und nicht getroffen werden. (Sehr richtig! links.) Sie sind auch sogar durch das viel weiter gehende Ausnahmegesetz, das wir im Reiche hatten, nicht getroffen worden. Diese Seite des Uebels war vorhanden vor dem Ausnahmegesetz, unter ihm und nach ihm. Allerdings ist einmal unter dem Sozialistengesetz durch ein Ministerialreskript ein Auerkreuz beseitigt worden. Aber dieses Reskript und sein Erfolg hängt mit diesem Gesetz und dem damaligen Ausnahmegesetz nicht zusammen. Im Gegenheil, ich glaube, daß man aus diesem Beispiel herleiten könnte, daß eine geschickte und energische Handhabung der gegebenen Mittel schon jetzt vielen Uebeln vorbeugen kann. (Sehr richtig! links.)

Die von der Regierung vorgeschlagenen Mittel nützen nichts, sondern sie verbittern, das sind alles praktische Erwägungen. Nach meiner persönlichen Meinung werden die aus dem Vereins- und Versammlungsrecht drohenden Gefahren ganz ungeheuer überschätzt. (Zustimmung links.) Die praktischen Engländer hätten sich, dieses Vergnügen irgendwie besonders zu beschränken. Ich meine, daß die dem Staate und der Gesellschaftsordnung nützlichen Bestrebungen nur in der Freiheit bestehen, gedeihen und sich entwickeln können, und daß sie dem Staate überreich ersehen, was er etwa an politischen Nachmitteln aufbieten kann. (Sehr gut! links.) Bei aller Anerkennung des Grades der Aufgabe haben wir uns aus rein praktischen Gründen ablehnend verhalten, und bei der vollen Uebereinstimmung der Herrenhaus-Beschlüsse mit dem, was wir schon abgelehnt haben, kann auch jetzt unsere Haltung keine zweifelhaft sein. Wir würden heute das Gesetz in derselben Form annehmen wie früher, wir halten heute wie damals das, was wir hineingebracht haben, für vernünftig und richtig, da wir aber gegen das Gesetz im ganzen stimmen müssen, so wäre es ungerechtfertigt, wenn wir einzelne Theile davon doch annehmen wollten; wir können in der jetzigen Lage dem andern Hause nicht mehr zumuthen, zum zweiten Mal über diese Frage zu diskutieren. Deshalb kann unsere Haltung nur die sein, daß wir gegen die einzelnen Bestimmungen stimmen und gegen das ganze Gesetz. Wir stimmen ebenso, wie wir bis jetzt gestimmt haben mit Ausnahme eines Einzigen, der sich glaubt gebunden zu haben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.): Wir haben bei der früheren Beratung für ein sachlich uns nicht annehmbar erscheinendes Gesetz gestimmt, um die Beratung im Herrenhause zu ermöglichen. Diese

Berathung hat stattgefunden. Die Beschlüsse des Herrenhauses stellen das Minimum dessen dar, was man annehmen muß, wenn man überhaupt vorgehen will. Wir werden für Art. I stimmen, wenn dieser abgelehnt werden sollte, gegen die übrigen Artikel und schließlich gegen das ganze Gesetz. Ich will meine Befriedigung über die Rede des Ministers ausdrücken. (Beifall rechts.) Wir hören zum ersten Male wieder eine so entschiedene und bestimmte Sprache vom Minister (Zustimmung rechts), und diese Sprachemüß Befriedigung im Volke hervorrufen, weil die gut-gesinneten Elemente daraus sehen, daß sie auf die Unterstützung der Regierung zu rechnen haben. (Zustimmung rechts), daß der Kampf gegen die Umsturz-Bewegung mit Energie geführt wird. (Zustimmung rechts.) Der Vorredner hat die Gefahr, die von der Sozialdemokratie herrührt, vollkommen unterschätzt. Wenn er meint, daß augenblicklich keine gewaltthätigen Ereignisse, die uns zu Gewaltmaßregeln nöthigen, mehr bevorstehen, so täuscht er sich. Durch ewiges Dehen und Ausrufen werden die Gemüther vorbereitet zu einer gewaltthätigen Aktion, die später kommt, wenn die Mittel des Staates nicht mehr ausreichen. Daraus den Schluss zu ziehen, daß man gar nichts thun sollte, ist nicht richtig.

Seit Jahren warnen wir vor der Gefahr der Sozialdemokratie, und ich kann nicht genug warnen vor der beschränkten Auffassung, daß die Sozialdemokratie nur eine radikale Partei sei, die mit anderen bürgerlichen Parteien zusammenwirken könne. Keine auf dem Gebiete des Staates oder der Gesellschaftsordnung stehende Partei kann mit den Sozialdemokraten zusammen wirken. Es ist unmöglich, den sozialdemokratischen Agitatoren entgegenzutreten und zu beweisen, daß sie auf einer wissenschaftlich falschen Grundlage stehen. Diesen Dingen sind die großen Massen nicht zugänglich. Es muß verhindert werden, daß in verlogener Weise aufgeführt wird. (Zustimmung rechts.)

Ich kann nicht umhin, die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes allein den Herren von der nationalliberalen Partei zuzuschreiben. (Zustimmung rechts.) Die Haltung der Herren ist mir bestrebend. Sie erkennen an, daß etwas geschehen müsse, aber sie sagen immer: nur das nicht. Wenn von dem gemeinen Recht die Rede ist, dann kommt nichts zu stande, ebenso wenig, wenn es sich um Ausnahmegesetze handelt. Das heißt die Gefahr sehr verkennen! Mögen Sie ein Gesetz konstruieren, welches Sie wollen, Sie werden Mängel finden, und Gründe, weswegen man gegen ein Gesetz stimmen kann, sind billig wie Brombeeren. (Zuruf links: Die Gründe dafür sind noch billiger!) Man muß den Entschluß fassen, etwas zu thun, und im Lande das Bewußtsein hervorbringen, daß etwas Energisches geschehen muß und daß eine Regierung vorhanden ist, die etwas thun will. (Beifall rechts.) Deshalb bedauere ich, daß uns die Hilfe der Herren fehlt, weil hinter dieser Partei, die den Stolz des Bürgerthums darstellt, die Mehrheit des Bürgerthums nicht steht. (Zustimmung rechts; lebhafter Widerspruch links.) Darüber kann kein Zweifel sein, daß mit diesem Gesetze wesentliche Schäden des Vereins- und Verfallenswesens geheilt werden. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Bei den Kantelen des Oberverwaltungsgerichts ist es durchaus unmöglich, daß die Verwaltungsbehörden in ungeschicklicher Weise vorgehen. (Zuruf links: Puttkamerun!) Das Zentrum ist auch von dieser Besorgniß geleitet. Es können einzelne Vorfälle vorkommen, aber eine systematische Verfolgung solcher Bestrebungen, die wir auch als berechtigt anerkennen, kann nicht vorkommen. Ich habe die Ueberzeugung, daß in der großen Mehrheit des Landes die Ueberzeugung und der Wunsch nach geworden ist, daß etwas geschehen muß. (Widerspruch links; Zuruf: Lösen Sie doch gefälligst auf! Zuruf rechts: Ruhig! links: Da werden Sie ruhig sein, wenn Sie durchgefallen sind!) Heiterkeit.) Die energischen Worte, die der Minister gesprochen, und die ruhige und feste Haltung der Parteien, welche dem Gesetze zustimmen, werden im Lande nicht ohne Eindruck bleiben. Die Aktion einer kleinen Propaganda hat in ihrer Wirkung aufgehört, und es kommt jetzt die Wirksamkeit derjenigen Elemente, welche durch dieses Gesetz geschützt werden sollen. Ich kann deshalb nur schließen mit der Bitte an die Regierung, wenn das heutige Ergebnis ein negatives sein sollte, damit die Sache nicht als abgemacht zu betrachten, sondern auf dem Wege fortzuführen, den sie in sehr erfreulicher Weise betreten hat. (Zustimmung rechts.)

Abg. Lieber (Z.): Ich glaube, daß die Regierung sowohl wie die Parteien, welche für die Vorlage eintreten, sich des Ernstes der Lage voll bewußt sind. Daß das Zentrum sich auch gegenüber diesen Beschlüssen des Herrenhauses ablehnend verhalten wird, darüber war ja wohl innerhalb und außerhalb des Hauses kein Zweifel. Das Gewicht der Gründe, welche uns zu unserer ablehnenden Haltung nöthigen, liegt nicht bloß darin, daß wir befürchten, daß das Gesetz auch einmal gegen uns angewendet werden könnte. Es handelt sich nicht um uns allein, sondern das Gesetz überzieht uns und jede andere Partei der Willkür der überwachenden Polizeid-Organen. (Sehr richtig! im Centrum und bei den Polen.) Es ist nicht nöthig, daß die Veranstalter der Versammlungen und die Gründer der Vereine, die Redner der Vereine und Versammlungen anarchistischen Tendenzen huldigen, sondern wenn solche Bestrebungen in solchen Vereinen und Versammlungen zu Tage treten, dann erfolgt die Auflösung. Es wird nicht immer geschehen, aber nach dem, was wir an Gesetzesauslegungen erlebt haben, wird kein Mensch bestreiten, daß untergeordnete Polizei-Organen Willkür ausüben können, namentlich in ausgereizten Zeiten und zur Zeit der Wahlen. Es fehlt in den Beschlüssen des Herrenhauses an jeder juristischen Konsistenz.

Die Befriedigung des Grafen Limburg über die Rede des Ministers des Innern kann ich nicht theilen, ich kann diese Befriedigung nicht einmal begreifen nach der Höhe der Ansprüche, die Graf Limburg-Strum sonst an parlamentarische Leistung stellt. Der Minister hat unter dem Gelächter des Hauses so überraschende Dinge neu vorgebracht, daß man unmöglich darüber mit Stillschweigen hinweggehen kann. Er meinte, daß ein großer Theil der Bevölkerung sich zurückziehen werde von der anarchistischen und sozialdemokratischen Bewegung, sobald der Staatsanwalt mit Ernst einschreiten würde. Er hat sich auf die Wirkung des Reichs-Sozialistengesetzes berufen. Ich weiß nicht, wo der Minister damals seine staats-erhaltende Thätigkeit ausübte. Wir, die wir die Wirkung des Gesetzes erlebt haben, sind überzeugt, daß nichts größere Mengen der Bevölkerung ins Lager der Sozialdemokratie getrieben hat, als die Handhabung dieses Gesetzes. (Sehr richtig! links.) Deshalb hat man das Gesetz nicht erneuert, nachdem die Parteien und die Regierung sich überzeugt hatten, daß das Gesetz das Gegenheil des Gemolten herbeiführt hatte. Die Regierung kann nicht scharf genug die Gefahr der sozialistischen Bewegung darstellen, sie sucht nach Mitteln zur Bekämpfung, aber sie schwankt darin, denn nachdem sie ihre Vorlage gemacht hat, ist sie durch die weisen Belehrungen des Herrenhauses zu der Ueberzeugung gekommen, daß es auch so geht.

Wie weit sind wir doch abgewichen von dem Standpunkt der Regierung von 1864, deren Vertreter damals sagte: *Flectere si nequeo superos Acheronta movebo.* (Wenn ich die Oberen nicht überzeugen kann, werde ich die Unterwelt in Bewegung setzen.) Fürst Bismarck erklärte, Bismarck wäre ihm ein lieber Gutsnachbar; und heute Furcht und Zittern auf der ganzen Ministerbank! (Heiterkeit!)

Das Land und auch unsere herrliche Armee soll einen solchen Schutz verlangen. Früher hieß es, ein Staat, der zwei Millionen Bayonnette hat, braucht die soziale Frage nicht zu fürchten, jetzt sind die zwei Millionen Bayonnette bedroht. Wenn das jemand von den Freisinnigen oder Nationalliberalen gesagt hätte, man hätte ihn

von der Ministerbank als „waterlandlosen Gesellen“ bezeichnet. (Große Heiterkeit.) Wir haben diese Furcht nicht. Wird dieses Gesetz die Gefahr von der Armee fernhalten? Bietet dieses Gesetz eine Waffe gegen die Verbreitung von Flug-schriften oder gegen die Korruption unserer Rekruten und Reservisten? Die anarchistischen und sozialdemokratischen Werber suchen die Arbeiter dort auf, wo niemand sie fassen kann, man müßte denn an die Seite jedes Arbeiters einen Schutzmann stellen. Wenn die Armee gefährdet ist, dann ist es doch nicht bloß die preussische Armee. Keine Ausschließlichkeit hätte die Regierung abhalten dürfen, die Sicherung des Heeres im Reich zu suchen! (Sehr richtig! links und im Centrum.) Offenes Auge und offenes Ohr werden jeden Zweifel darüber benehmen, daß die sozialdemokratische Gefahr eine eminente und eminente Gefahr für unseren Staat ist; aber ehrliebe Bestimmung wird die Ueberzeugung gewinnen, daß auf diesem Wege eine Abwehr nicht gefunden werden kann. Der Schwerpunkt der Bekämpfung der Sozialdemokratie liegt, wie der Minister selbst anerkannt hat, auf dem religiösen und sozialen Gebiete. Die Volkshör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! (Zustimmung links.) Was thut die Regierung auf sozialem Gebiete? Rückwärts, rückwärts Don Rodrigo! Was thut man auf dem religiösen Gebiete? Man klammert sich an die Handhaben eines rückläufigen Staatswesens, um die Kirche zu lieben und zu kuscheln. (Zustimmung im Centrum.)

Das Reich hat Stellung genommen zur Frage des Vereins-rechts. Es ist geschehen durch die Einführung des Sozialistengesetzes, aber auch durch die Aufhebung desselben, wodurch bekannt ist, daß das Reich eine Ausnahmegesetzgebung nicht für zulässig hält. Wir sind durchaus bereit, der künftigen Staatsregierung zu helfen, die Krankheit zu heilen, welche auch nach unserer Meinung an dem Herzen des Volkes nagt. Aber wir sind nicht der Meinung, daß diese Vorlage die Krankheit heilt, sondern nur, daß sie die Krankheit zurücktreibt in den Körper des Volkes und ebere Organe gefährdet. Wir sind bereit zu helfen auf dem religiösen und sozialen Gebiete durch eine zielbewußte fröhliche Förderung der sozialen Reform. Die Beschlüsse des Herrenhauses richten sich auch gegen die polnische Agitation. Die Polen haben stets erklärt, daß sie keine Loslösung von Preußen wollen. Daß die Polen nicht Deutsche werden wollen, muß man ihnen hingehen lassen. Aber Preußen in seinem Bestande gefährden wollen sie nicht. Wir müssen es daher ablehnen, die Staats-regierung auf diesem Wege der Polenbekämpfung zu folgen. (Lebhafter wiederholter Beifall im Centrum und links, namentlich bei den Polen; Fischen rechts.)

Abg. v. Redlich (H.): Ob die großpolnische Bewegung gefährlich ist oder nicht, darüber werden wir uns mit Herrn Lieber schwerlich verständigen. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Bewegung mit allen Mitteln bekämpft werden muß. (Zustimmung rechts.) Es ist nicht richtig, daß das Heer bereits zum Theil der Sozialdemokratie verfallen ist. Es handelt sich darum, es vor dieser Gefahr zu bewahren; noch ist es intakt, das ist heute nicht zum ersten Male gesagt worden, sondern bei der Umsturzvorlage 1895 ist im Reichstage die Frage besonders betont worden. Die vorgeschlagenen Mittel sollen nicht ausreichen. Aber wenn man nicht alle Quellen der Verführung verstopfen kann, dann soll man doch die verstopfen, bei denen es möglich ist. Wenn eine Gefahr vorhanden ist, so ist sie für das Reich vorhanden, die verbündeten Regierungen müßten also an den Reichstag gehen. Man hat den Versuch gemacht, aber ohne Erfolg. Von einer rückläufigen Sozialpolitik ist keine Rede. Die sozialpolitischen Maßregeln müssen sich erst einfinden. Aber es sind andere soziale Auf-gaben dringender, die Mittelstandspolitik ist dringender als die Fürsorge für die Arbeiter. (Zustimmung rechts.) Daß die Vorlage gegen das Zentrum angewendet werden könnte, ist durchaus nicht zu befürchten. Anarchistische und sozialdemokratische, die Sicherheit des Staates gefährdende Bestrebungen wird niemand dem Zentrum vorwerfen.

Durch das Eindringen feindlicher Elemente in die Wahl-versammlungen können heute schon Wahlergebnisse gestört werden. Das sind alles nur Schreckbilder, an die Wand gemalt, um die Gründe für die Vorlage nicht voll zur Geltung kommen zu lassen. Daß die Hauptgefahr nicht in den Vereinen und Ver-sammlungen liegt, ist nicht richtig, soweit die ländliche Bevölkerung in Betracht kommt. Die Versammlungen sind hier der Haupt-anfederungsherd, nicht, wie in den Industriebezirken, die Werkstätte. Die Gründe, welche eine große Menge der Arbeiter zu den Sozial-demokraten gezogen haben, sind sehr viel materieller Natur, es sind die Herrschaftsverhältnisse des Proletariats. Unter dem Eindruck des Fallens des Sozialistengesetzes, unter der Anerkennung der Partei als einer staatlich berechtigten hat sich die Zahl der Sozialdemokraten am allerhäufigsten vermehrt. (Sehr richtig! rechts.) Alle Erwartungen von einer Umbildung der Sozialdemokratie zu einer radikalen Reformpartei u. s. w. haben sich nicht erfüllt. Wie weit man dabei geht, das zeigt der Ausdruck eines Mannes, der nach Berlin berufen ist, der seine Meinung von der Sozialdemokratie dahin zusammenfaßt: Die Sozialdemokratie wird an ihrer eigenen Lang-weiligkeit zu Grunde gehen. (Heiterkeit links.) Die Sozial-demokratie muß wieder als eine Umsturzpartei charakterisirt werden, der ein guter Preusse, ein guter Deutscher nicht angehören kann. (Zustimmung rechts.) Die Leute müssen gemahnt werden in ihrem Gewissen, abzulassen von dieser unpatriotischen Partei; sie müssen aus dem Schlafe wachgerufen werden zu energischer abwehrender Thätigkeit. Es muß gezeugt werden, daß die Sozialdemokratie die Gefahr ist. (Zustimmung rechts.) Der Staat ist es sich selbst schuldig, die Umsturz-Bewegung in seiner Gesetzgebung zu brandmarken. Wenn die Vorlage jetzt abgelehnt wird, dann sollte die Regierung von dem schlecht unter-richteten Landtage an den besser zu unter-richtenden appelliren. Also auf Wiedersehen bei den nächsten Wahlen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Nicker (H. v. G.): Mit Lärmen rechts empfangen, beschwert sich darüber, daß die Rechte jedesmal einen Redner der Linken mit Lärm empfangen. Aufführung ist nicht mehr nöthig, auch im Lande ist man aufgeklärt. Graf Limburg behauptet, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihm stände. Bei den Reichstags-Wahlen haben die konservativen Parteien noch nicht einmal 1/10 Millionen Stimmen von den 7 1/2 Millionen. (Zuruf rechts: Wieviel haben Sie denn?) Ich kann Sie nur bitten, die Vorlage abzulehnen, was ja eigentlich ganz selbstverständlich ist.

Vizepräsident des Staatsministeriums von Miquel: Alle parlamentarische Erfahrung lehrt, daß die größte Vereinfachung nicht im stände wäre, irgend welche Einwirkungen auf die Abstimmung dieses Hauses herbeizuführen. Denn alle Herren hier sind mit festen Meinungen und Absichten hergekommen. Die Reden, so schön sie zum Theil waren, haben neues zu den bisherigen Verhandlungen eigentlich kaum hinzugefügt. Ich würde vielleicht doch noch einige Hoffnungen haben, wenn ich nicht einen Gegner hätte, der erfahrungsgemäß unüberwindlich ist, nämlich die Stellungnahme der Fraktionen. (Sehr richtig! rechts.) Die Stellung einzelner Menschen kann man vielleicht rühren, eine Fraktion nicht. Darum gehe ich auf die Gründe für und wider nicht ein, namentlich da der Herr Minister des Innern diese ganze Frage ja eingehend behandelt hat. Ich will nur vom Standpunkt des staatlichen Interesses die Mittheilungen und Besichtigungen, die weniger hier im Hause, aber vielfach in der Presse an das Vor-nahme der Staatsregierung geknüpft sind, widerlegen und zerstreuen. Man hört heutzutage viel von Reaktion, von einer reaktionären Regierung, von einer Bedrohung der bürgerlichen Freiheit und der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes unter Führung einer Junkerherrschaft und was dergleichen Schlagwörter mehr sind. Ich glaube kaum, daß hier in diesem Hause derartige Befürchtungen vorhanden sind. (Zuruf links: Na, na!)

Die Herren wissen alle, in welcher Veranlassung diese Vorlage gemacht worden ist, sie wissen, daß wir in der Vorlage kaum so viel fordern, wie die meisten deutschen Staaten besitzen, sie wissen, daß diese Gesetzgebung in den sogen. liberalen kleinen

deutschen Staaten besteht und von der national-liberalen Partei gebilligt ist. (Hört! rechts.) Ich will damit keine Reklamationen machen, ich will nur zeigen, wie über-trieben die Befürchtungen in der Presse sind. Ich will versichern, daß die Stellung der Regierung zu den Parteien durch diese Vorlage, mag sie angenommen oder abgelehnt werden, in keiner Weise alterirt wird. Wir haben auch gar keine Veranlassung, eine ander-weitige Stellung einzunehmen.

Die gegenwärtige Regierung läßt sich nicht ins Schlepptau einer Partei nehmen. Sie wird selbst wissen, was sie will, und sie wird sich nicht scheuen, es bestimmt zu sagen. Natürlich sind diejenigen politischen Elemente der Regierung die liebsten, die ihr in dieser Auffassung am nächsten stehen. Wir haben keine Parteiregierung, sondern eine Regierung, die sich leiten läßt von den allgemeinen großen Inter-essen des Staats und der Gesellschaft.

Die politische Erregung im Lande liegt nicht auf dem politischen, sondern auf dem wirth-schaftlichen Gebiete; diese Interessenkämpfe werfen ihre Schatten auf die politische Auffassung der Beteiligten. Wer unser politisches Leben beachtet hat, der weiß, wie sehr politische und wirtschaftliche Stellung zusammenhängen. Als Fürst Bismarck den wirtschaftlichen Umschwung einleitete, wurden wir, die wir ihn unterstützten, als reaktionäre Masse bezeichnet. Frei-handel war gleichbedeutend mit freibeitlicher Gesinnung. Die Ver-treter der Goldwährung glauben auch heute politisch freigeistige Männer zu sein, während die Doppelwährungsänner reaktionär sind. Das Bewußtsein der Gemeinamkeit der ganzen arbeitenden und werdenden Klassen ist aber trotzdem kolossal gewachsen, und es wird schwerer werden, die verschiedenen Berufs-zweige gegen einander zu bringen als früher. Ich hoffe, daß die Entwicklung in einem großen Kompromiß solcher Berufs-zweige enden wird, mit denen die Regierung zusammengehen kann. Dazu wird aber erforderlich sein, daß die Staatsregierung ihrerseits eine feste Stellung einnimmt, und ich hoffe, daß das zur politischen Vernünftigkeit beitragen wird. Ich hoffe, daß für diejenigen, die auf eine Mittelnie treiben wollen, es beruhigend sein wird, wenn sie wissen, was die leitende Regierung will. (Heiterkeit links; Zustimmung rechts.) Die Wirtschaftspolitik kann nur auf grund eines gegenseitigen, verständigen Interesses geführt werden. Keiner kann das Ganze erreichen, was er will, sondern jeder kann nur das erreichen, was erreichbar ist. (Sachen links; Zuruf: Phrasen!) Ich habe diese Bemerkung absichtlich gemacht, um zu zeigen, daß die vorliegende Frage keine solche ist, welche die staats-erhaltenden Parteien und die Regierung auf die Dauer trennen wird.

Die Nationalliberalen haben die Revisions-behörigkeit des Vereinsgesetzes anerkannt durch die Annahme der Bestimmungen über die Rinder-jährigen. Man kann daher wohl hoffen, daß namentlich bei weiteren Erörterungen man auf dieser Grundlage weiterkommen wird. Die Regierung will nicht lediglich durch die Polizeigewalt die sozialdemokratischen Be-strebungen unterdrücken. Eine solche Befürchtung ist widersinnig, denn sie widerspricht der Natur des Staates an sich und des preussischen Staates insbesondere. Der preussische Staat ist niemals ein Klassen-staat gewesen, seine Aufgabe ist nicht von unserm Herrscherhause richtig erkannt dahin, daß dem Schwachen geholfen werden muß. Ich brauche nur an die Volkshör' unseres großen Kaisers Wilhelm und an die Kundgebungen unseres jetzigen Kaisers zu erinnern, an die Einsetzung der königlichen Macht für die Verbesserung der ärmeren Volksklassen.

Man sagt, daß die Sozialpolitik jetzt in den Hintergrund trete. Nun die letzten Ereignisse, die königlichen Verordnungen bezüglich der Rationirung und (Zwischenruf: der Bäder) und der Bäder beweisen das Gegenteil. Der Geist der Sozialpolitik ist mehr und mehr in die ganze Verwaltung des Staates und der Kom-munen eingedrungen. Eine solche Politik kann nicht allein durch die Gesetzgebung gemacht werden. Viel wichtiger ist der Geist der Verwaltung. (Sehr wahr! links.) Ich stehe mich, daß Sie mir zustimmen. Ist die Sozialpolitik denn etwas Neues? Sie war im vorigen Jahrhundert vorhanden wie jetzt. Sie hat eine neue Richtung genommen und eine große Kraft geschöpft durch die Entwicklung der Industrie und der Verkehrsmittel. Die Sozialpolitik bezieht sich nicht entfernt auf eine einzelne Klasse. Sie wird sich vorzugsweise auf die besonders leidenden Theile der Bevölkerung beschränken; die Förderung des Mittel-standes und der nothleidenden Landwirtschaft gehört auch hierher. Welche Maßregeln zu einer gegebenen Zeit nothwendig und zweck-mäßig sind, das ist nicht Sache der Beurtheilung eines gelehrten Nationalökonom, oder eines mitleidigen Geistlichen, sondern das ist Aufgabe der thatsächlichen Beurtheilung, bei der man sich nicht von einem guten Herzen allein leiten lassen kann. Man muß die Konkurrenzfähig-keit der Industrie u. s. w. ebenfalls in betracht ziehen. Eine solche Sozialpolitik aufzugeben, halte ich geradezu für falsch. Wenn man große Opfer in kurzer Zeit verlangt hat, dann kann man einmal pausiren und etwas langsamer vorgehen; aber die ganze Richtung kann man nicht aufgeben. Die soziale Frage kann nur gelöst werden dadurch, daß der humane Geist alle Bevölkerungsklassen durchdringt, daß alle Klassen er-kennen, daß solche wirtschaftlichen Entwicklungen nicht künstlich gemacht werden können. Um zu dieser ruhigen Entwicklung zu kommen, ist es nothwendig, die praktischen Bedürf-nisse der arbeitenden Klassen zu befriedigen, die Mittelklassen, die Kapital und Arbeit gleichzeitig darstellen, zu erhalten und zu ver-mehren. Ich bin der Meinung, daß das Hand-werk in seinem Bestande erhalten werden kann, daß der Bauer Konkurrenzfähig bleibt gegenüber dem größeren Grundbesitz. Solche Volkswerke zu errichten und zu erhalten ist dringend nothwendig in der heutigen Zeit.

Man wird sagen, der preussische Staat ist so fest gefügt, daß er solcher Mittel, wie der Vorlage nicht bedarf. Allerdings diejenigen, die den preussischen Staat und das Reich von heute vergleichen wollten mit dem französischen Staate von 1789, die glauben, daß mit ihm und seiner Monarchie leicht fertig zu werden sei, die irren sich gewaltig. Wir haben einen festen Beamtenstand, eine feste Kirche, ein treues Kriegerheer, wir haben eine fleißige, tüchtige, sparsame Leitung der Er-werbs-geschäfte in Stadt und Land. Das sind ge-waltige Volkswerke.

Man meint, daß die Sozialdemokratie von der bürgerlichen Gesellschaft aufgefressen wird. Herr Lieber meint, daß die Re-gierung von Furcht erfüllt sei. Das ist durchaus irrig. Die Regierung hat keine Furcht, sie sieht den Dingen nur mit klarem Auge entgegen, es ist ihre Aufgabe, vorzubeugen. Wir sind es auch den Arbeitern schuldig, daß wir ihnen die Ueberzeugung beibringen, daß ihr Heil nur in der friedlichen geschlichen Entwicklung liegt. (Sehr richtig! rechts.) Ein solches Gesetz kann auch einmal verkehrt angewendet werden, und ich bin mir vollkommen bewußt, wenn ein solches Gesetz angenommen würde, würde es heilige Pflicht der Regierung sein, ihre Behörden entsprechend anzuweisen. (Sachen links.) Daß das Gesetz nicht in Partei-Interesse, sondern lediglich im Staatsinteresse angewendet werde. Selbst aus den Erfahrungen des Sozialistengesetzes kann ein ab-sichtlicher Mißbrauch nicht gefolgert werden.

Ich weiß, daß alle diese Worte vergeblich sind. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, diese wenigen Worte sprechen zu müssen, um Mißdeutungen und Befürchtungen unbegründeter Art zu zerstören und die Erhaltung des Friedens in den Parteien zu fördern, welche auf dem Boden der Staatsverwaltung stehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hahn (mit großer Unruhe empfangen): Ich glaube, daß die eben gehörte Rede die Chancen des Gesetzes wesentlich verbessert hat (großes Gelächter), denn man wird im Lande aufgeklärt sein über die Ursachen der gegenwärtigen Vorlage. Der Sturm der Entrüstung ist gemacht worden von denen, welche keine Versammlungen besuchen. Ich möchte Herrn Hübner einmal fragen, wann er denn zum letzten Male eine öffentliche Versammlung besucht hat. So wie Herr Hübner denken viele Amtsrichter, viele Lehrer und Professoren, die sich der öffentlichen politischen Betätigung fernhalten. Diese Leute haben jetzt angefangen, sich für die Raumann'schen Bestrebungen zu erwärmen und glauben, daß den Sozialdemokraten unrecht geschieht. Den Freisinnigen ist die Vorlage außerordentlich günstig, weil sie glauben, daß dadurch die Aufmerksamkeit des Volkes sich von den wirtschaftlichen Fragen ab- und auf die formell politischen Fragen lenken wird. In Pommern sucht man die Leute mit den Schulasten, mit dem Gegensatz zwischen Bauern und Großgrundbesitzern zu beschäftigen. Das wird nicht erreicht; wenn das Volk aufgeklärt wird, tritt es auf die Seite derjenigen, welche die Erwerbsstände schützen. (Zuruf links: Das zeigen die letzten Wahlen!) Ich bedaure, daß die Nationalliberalen fast einmütig gegen die Vorlage stimmen. Die nationalliberalen Bauern und Bürger in Hannover sind anderer Ansicht, als die Partei. (Weiterkeit links.) Wenn das Haus aufgelöst würde, dann würden verschiedene von den Herren, die gegen das Vereinsgesetz gestimmt haben, nicht wiederkommen. (Zuruf: Sie auch nicht!) Der Abg. Schoof hat immer noch am ersten die Gefühle der Volksseele verstanden. (Große Weiterkeit bei den Nationalliberalen und Widerspruch.) Der Abg. Sommer, der wegen seiner wirtschaftlichen Gesinnung gewählt ist, ist von denselben Männern gewählt worden, die den nationalliberalen Herrn Sander gewählt hatten. Ich bezweifle, daß die meisten der ländlichen Herren unter den Nationalliberalen mit gutem Gewissen sich dem Fraktionszwang fügen. (Vizepräsident v. Heereman bezeichnet diese Wendung als parlamentarisch unzulässig.) Die Bevölkerung steht nicht hinter diesen Herren. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Der Bund der Landwirthe als solcher nimmt zu dieser rein politischen Frage keine Stellung. Aber beim Herumfragen im Lande erfährt man, daß die Beschlüsse des Herrenhauses mehr Anklang finden, weil dadurch das Gesetz erst die richtige Spitze erhalten hat, und die Ausführungen des Ministers v. Miquel, daß die Ausführung des Gesetzes eine vollständig lokale sein wird, hat mich vollständig beruhigt. Der Bund der Landwirthe befürchtet keine Ungelegenheiten von diesem Gesetze, weil er ein gutes Gewissen hat. (Große Weiterkeit links.) In der Nähe der großen Städte Berlin, Hamburg etc. ist das Auftreten der Sozialdemokratie ein solches, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet wird. Wenn die Parteien ihre Anhänger militärisch organisieren könnten, dann wäre keine Gefahr vorhanden. Aber es giebt auch ältere Herren, die sich einmal an Versammlungen beteiligen möchten; um diese Herren vor der Gefährdung zu schützen, daß sie nicht einmal da hinausgethan werden, ist der Erlaß des Gesetzes schon empfehlenswerth. Durch die schamlose Art und Weise, wie die Sozialdemokraten von Thron und Altar sprechen, wird die Bevölkerung erregt und zu Gewaltthatigkeiten hingerissen. Es wird vielfach in der Provinz Hannover nicht genügend für die Ueberwachung von Versammlungen gesorgt. Es war bei einer Versammlung nicht einmal ein einziger Gendarm im Orte anwesend. (Großer Beifall links.) Ich möchte Herrn Richter einmal wünschen — (Zuruf Richter's: Ich habe ja gar nichts gesagt; ich höre Ihnen nicht einmal zu! Großes Gelächter.) Daß Herr Richter nicht jubelt, bedaure ich in seinem eigenen Interesse; er kennt die Verhältnisse im Lande nicht. (Zuruf Richter's: Ich brauche keine Gendarmen! Rufe links: Schluß!) Durch ein solches Gesetz wird nicht die eigentliche Ursache der Unzufriedenheit beseitigt.

Wenn die Regierung die Sozialdemokratie bekämpfen will, so muß sie das Hinuntergleiten des Mittelstandes in die Reihen des Proletariats zu verhindern suchen. Ich treue mich daher über die Ausführungen des Ministers v. Miquel und hoffe, daß den schönen Worten nun auch bald die Thaten folgen. Wir im Bunde der Landwirthe sorgen für die Bekämpfung der Sozialdemokratie (Weiterkeit links), indem wir den ländlichen Arbeitern klar machen, daß ihre Interessen dieselben sind, wie die der Grundbesitzer. Bis die Aufklärungsarbeit sich durchgearbeitet haben wird, müssen wir einen Schutz gegen sozialdemokratische Versuche haben, damit nicht die bürgerliche Gesellschaft wehrlos der Sozialdemokratie ausgeliefert wird.

Die Vorlage in der Fassung des Herrenhauses enthält keine Gefährdung der bürgerlichen Freiheit und der lokalen Bestrebungen der Sozialisten. Ich möchte die Nationalliberalen bitten, nicht im Zweifel sein zu wollen über die Konsequenzen, welche ihr Verhalten im Lande haben wird. (Gelächter links.)

Abg. Krause (natl.): Ich möchte bezweifeln, daß der Minister erfreut sein wird über diesen Eideshelfer. Der Ton des Vorredners paßt eher für eine Volksversammlung als für dieses Haus, welches bisher immer noch die Würde anspricht erhalten hat. Wenn er so absprechend urtheilt über ganze Bevölkerungsklassen, über Professoren etc., so frage ich, wo hat denn Herr Hahn seine praktischen Erfahrungen gelassen, daß er den Abgeordneten vorwerfen kann, sie folgen nicht ihrer eigenen Ueberzeugung? Ich nehme an, daß alle Mitglieder der nationalliberalen Partei, soweit sie auf ihre Zugehörigkeit noch Werth legen, auch Herr Schoof, sich nicht identifizieren werden mit diesen unqualifizirbaren Aeußerungen des Vorredners. (Zuruf des Abg. Hahn: Ich bitte um Schutz gegen diesen Ausdruck, Herr Präsident! Große Weiterkeit. Zuruf: Der Gendarm!) Ich bitte Herrn Hahn, sein Gewissen zu prägen, ob er in seiner Stellung als Leiter des Bundes der Landwirthe beigetragen hat zur Zusammenfassung der produktiven Stände und zur Erreichung des erreichbaren und durch Zurückweisung von Utopien, die an Wahnsinn grenzen. (Zuruf rechts: Wahnsinn? Lebhafter Zustimmung links. Ruf rechts: Zur Ordnung.)

Vizepräsident von Heereman: Der Redner hat von Bestrebungen gesprochen, die an Wahnsinn grenzen, denen Herr Hahn nicht entgegengetreten ist.

Abg. Krause (fortfahrend): Wir vertreten ebenso die Interessen der Landwirthschaft wie andere Parteien. Wenn wir einzelne Bestrebungen zurückweisen, so thut dies unserer Liebe zur Landwirthschaft keinen Eintrag. Mit der Herausforderung einzelner Klassen durch die Agitation ist nicht der Einigung gedient. Wir wollen der Zusammenfassung der produktiven Stände dienen, das erfordert aber das Einhalten aller demagogischen Maßregeln und das Hervorheben des Interesses des großen Ganzen, nicht des Einzelinteresses. Wenn der Ton des Demagogentums ver schwindet, wird auch in der Sache eine Einigung erzielt sein. (Zustimmung links.)

Daß von einer Parteiregierung nicht die Rede sein kann, wird mit Freuden begrüßt werden. Wir wollen keine parlamentarische Regierung, also jedenfalls auch nicht eine Parteiregierung, aber wir wünschen, daß auch keiner Partei zu Liebe regiert wird. Graf Limburg meinte, Gründe für die Ablehnung seien wohlfeil wie Brombeeren; sind die Gründe für die Annahme nicht ebenso wohlfeil? Die Konservativen haben das Sozialistengesetz 1890 abgelehnt, weil es ihnen nicht

mehr scharf genug war. Die Konservativen haben auch ihrerseits bei Parteiversammlungen Ausnahme Gesetze zurückgewiesen. Jetzt wird ein preussisches Ausnahme Gesetz gemacht, was Fürst Bismarck niemals versuchte und auch jetzt nicht billigen dürfte. Das ist ein triftiger Grund für die Ablehnung.

Mißbräuche sind allerdings nirgends ausgeschlossen, aber wirksam ist ein solches Gesetz auch nicht. Welche Erfahrungen hat man denn mit dem Hamburger Gesetz gemacht? Daß die Sozialdemokratie weniger gefährlich geworden sei, ist von uns niemals behauptet worden. Wir bekämpfen sie mit allen Mitteln, aber die Vorlage ist ein wirksames Mittel nicht; wir glauben nicht, daß deswegen ein großer Theil der Sozialdemokraten in sich gehen wird. (Weiterkeit.) Von dem Standpunkt der Sammlung der Elemente gegen die Sozialdemokratie bedauern wir die Einbringung der Vorlage. Im Interesse des Friedens der Bevölkerung werden wir die Vorlage ablehnen. Daraus wird die Generaldebatte geschlossen.

Abg. Hahn bedauert in persönlicher Bemerkung, daß der Abg. Krause ihn angegriffen habe, um so mehr, als derselbe zweiter Vizepräsident ist. (Zuruf links: Der hat das beste Recht wie jeder andere.) Die Utopien, die an Wahnsinn grenzen, denen ich nicht entgegengetreten sein soll, sind von den Fraktionsgenossen des Herrn Krause mitunterzeichnet worden. Ich weiß nicht, ob Herr Schoof sich mit mir identifiziert, jedenfalls möchte ich nicht mit Herrn Krause identifiziert werden. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Das wird niemals geschehen!)

Abg. Sattler (natl.): Trotzdem es nicht mein Beruf ist, in Volksversammlungen zu gehen, habe ich doch auch einige Erfahrungen. Ich habe die Empfindung, daß die hannoverschen Bauern hinter uns stehen. Herr Hahn hat einen alten nationalliberalen Wahlkreis erobert unter dem ausdrücklichen Versprechen, nationalliberale Politik zu treiben. Wie er das Versprechen gehalten, hat er heute bewiesen. (Weiterkeit.)

Abg. Hahn: Ich habe dieses Versprechen nur dem Wahlkomitee meines Wahlkreises gegeben und bin mit diesem Wahlkomitee vollständig d'accord. Dieses Komitee allein hat darüber zu befinden, was nationalliberal ist. (Großes Gelächter.)

In der Spezialdiskussion über Artikel I (Auflösung von Versammlungen) erklärt sich

Abg. Wosty namens der Polen gegen die Vorlage, welche dem Mißbrauch Thür und Thor öffne, und protestirt mit Entschiedenheit dagegen, daß die Polen irgendwelche Bestrebungen unterstützen, welche den preussischen Staat zerschanden wollen.

Abg. Richter (rs. Sp.): Unsere Stellung zum Sozialistengesetz ist seit 20 Jahren bekannt. Die heutige Verhandlung hatte nur zum Zweck eine Auseinandersetzung zwischen den Nationalliberalen einerseits und den Konservativen und der Regierung andererseits. Das Auftreten des Vizepräsidenten des Staatsministeriums war mir in mehrfacher Beziehung interessant. Sein Vorgänger (Gottlich) war bei der Verhandlung auch einmal anwesend, aber er beteiligte sich an der Verhandlung nicht. Herr v. Miquel hat es aber erkannt, daß die Kräfte des Ministers des Innern nicht ausreichen. Wäre noch ein Zweifel hierüber vorhanden gewesen, so wäre er zerstört worden durch die Behauptung, daß die Annahme des Gesetzes einen großen Theil von Personen der Sozialdemokratie abwendig machen würde. Das zeigt eine so klare Erkenntnis der Verhältnisse, wie man sie bei einem Minister der Innern nicht vermuthen sollte. Ich habe bei der letzten Verhandlung bedauert, daß der kommende Mann noch nicht da war, weil man sich, woran er glaubt. Ich glaube, daß er aus politischer Klugheit sich diesem Gesetze fernhalten würde. Es wäre nicht das erste Mal. Er hat das Zedlitz'sche Unterstichtgesetz einbringen helfen, was aber sehr erfreut, als das Ministerium davon erlöset wurde. Ich hätte geglaubt, daß der Minister v. Miquel dem Reichsgedanken inniger anhängt. Denn es handelt sich hier um einen Schlag gegen das Reich, wo man im Reichstage keine Mehrheit hat. Man will die Mehrheit des Reichstages annulliren durch die Mehrheit des Landtags. Ich habe angenommen, daß Herr v. Miquel durch die Erfahrungen überzeugt sein würde von der Unwirksamkeit eines Sozialistengesetzes. Keine Angriffe auf den Sozialismus sind unwirksamer als die auf Vereine und Versammlungen. Denn die Sozialdemokratie wird nicht durch Versammlungen und Vereine, sondern durch den Verkehr in den Werkstätten zusammengeführt. Die Unterdrückung der Vereine wird die Sozialdemokratie in die geselligen Vereinigungen zurückdrängen, wo sie viel mehr Anheil anrichtet. Die Vertheilung von Flugblättern und die Agitationstouren hören nach Annahme des Gesetzes nicht auf. Herr v. Zedlitz will die Bürger aus dem Schlaf aufrütteln. Das geschieht doch aber nicht dadurch, daß man so viel neue Rechtswörter anstellt.

Von dem eigentlichen Gesetze hat der Vizepräsident des Staatsministeriums die Aufmerksamkeit vollständig abgelenkt; er hat uns in blumige Gefilde geführt und garrnirt davon gesprochen, daß es sich um die Verstärkung der Polizeigewalt handelt. Eine solche Rede hätte ein Gegner des Gesetzes auch halten können. Der Minister wollte die Stellung der Regierung darlegen. Welcher Regierung denn? Der Juni-Regierung? Jetzt haben wir Juli-Regierung! Wie die Herbst-Regierung aussehen wird, weiß niemand! Wird dann Fürst Hohenzollern noch Reichszangler sein? Oder wird Herr von Miquel selbst der Reichszangler werden? (Große Weiterkeit.) Das wird wohl auch noch nicht ganz feststehen. (Große Weiterkeit.)

Der Minister sprach von den Fraktionen und ihrer Herrschaft. Ich höre das alte Lied des Fürsten Bismarck, der davon immer sprach, wenn es sich um einen Gegenstand der Regierung zum Parlamentarismus überhaupt handelte. Die Haltung der Staatsregierung soll unverändert bleiben. Die Haltung der Regierung soll sich ändern. (Widerspruch rechts.) denn Alle der Gesetzgebung unterstehen der Zustimmung der Volksvertretung und wer das nicht anerkennt, ist dem Absolutismus sehr nahe. Es hat Herrscher gegeben, die nicht das Wohl des Volkes bewirkten, wenn sie es auch wollten. Das hat zum Konstitutionalismus geführt. Wirtschaftliche Beschränkungen sind noch nicht reaktionäre. Man kann Schutzdollar und doch ein liberaler Mann sein. Aber mit der wirtschaftlichen Reaktion stelle auch die politische Reaktion sich ein; durch die wirtschaftlichen Maßnahmen gewann man politische Parteien für die Reaktion. Die Rede des Ministers v. Miquel war so schön wie die Solinger Tischrede; nur schade, daß sie Champagner schaum war, schöne Worte, bei denen sich jeder denken konnte, was er wollte. Daß jede Klasse nicht mehr erringen kann, als sie erringen kann, ist eine große Wahrheit wie 2 x 2 = 4. Der Schutz der Schwachen wurde vom Minister betont. Das mußte selbstsam an, wo man einem Theile der Schwachen den Mund verbielt. Draufschrei kann man sich zur Parole: Sammlung der Parteien, nicht in Widerspruch stellen, als durch die Bestürmung der Vorlage, welche die Gegner des Sozialistengesetzes abgestoßen hat und auch die Nationalliberalen, die sonst mit der Regierung gegangen sind. Daß die Vorlage zum zweiten Male an dieses Haus kommt, ist weiter nichts als eine Spekulation auf die Spaltung der Nationalliberalen. Die Großindustriellen haben auf Geheiß des Herrn von Stumm eine Spaltung versucht. Die Herren sind nicht nationalliberal, sie sind immer auf Seite derjenigen, die die Gewalt haben, weil sie die großen Lieferungen für das Reich und den Staat haben. (Zuruf: Pui!) Die Herren sollten in solchen politischen Fragen nicht das große Wort führen; das ist eine noch größere Annäherung als die Annäherung des Junkerthums. (Lachen rechts.) Wenn die Regierung eine so stolze Sprache führt, daß man sich den Dank des Volkes verdient, wenn man die Sicherheit des Staates abhängig macht von einer solchen Vorlage, wenn man die Sicherheit des Herres für bedroht hält, dann muß man auch den Muth haben, das Abgeordnetenhaus, welches eine solche Vorlage ablehnt, aufzulösen. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Wir sind also einverstanden. Wenn man das nicht thut, dann ist eine

solche Politik nicht einmal eine schneidige Politik. Wenn die Sache verläuft wie das Hornberger Schießen, so ist das nicht geeignet, die moralische Autorität der Regierung zu stärken. (Sehr richtig! rechts.) Allzuviel moralische Autorität besitzt sie im Lande nicht; denn seit dem Tode Friedrich Wilhelm IV. hat jede Regierung mehr moralische Autorität befehen als die gegenwärtige. (Zustimmung links.)

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Miquel: Als ich das Haus betrat, wurde mir gesagt, Herr Richter will nicht sprechen. Da habe ich gesagt, das ist ein Irrthum; denn wenn ich ein Wort spreche, dann zwingt ihn das zum Sprechen. (Weiterkeit.) Ich will auch die guten und schlechten Wiße nicht eingehen. Ich habe nicht wie Fürst Bismarck von den Fraktionen gesprochen, sondern nur den Fraktionen meine Referenz gemacht. Bescheidener kann man nicht sein. Die Fraktionen zu tadeln, ist mir nicht eingefallen. Die Politik der Sammlung, die die Regierung verfolgt, wird durch die Ablehnung der Vorlage nicht geändert werden. Aber die Presse des Herrn Richter hat versucht, einen Miß in die Parteien hineinzubringen; das hat mich veranlaßt, einzugreifen und ich hoffe, daß namentlich die Mittelparteien sich zusammenfinden werden. Die Vorlage soll ein partikularistischer Schlag ins Gesicht des Reiches sein. Würde Herr Richter aus der babilonischen Regierung aus sagen und von den anderen Staaten, welche das Vereinswesen ihrerseits regulirt haben? An der Arme hat der Minister des Innern nicht gezweifelt, er hat nur gemeint, daß die Bestrebungen dahin gehen, sie zu verführen. Schon im Zollparlament habe ich die Anschauung vertreten, daß man Freihandel oder Schutzoll nicht zum politischen Prinzip machen sollte. Der größte Theil der konservativen Partei war vollständig freihändlerisch und damals mit recht, denn damals fing Deutschland erst an, ein europäisches Land zu werden. Die Landwirthe mühten sonderbare Menschen sein, wenn sie ihre Anschauungen nicht änderten. Ich habe nicht von der Zusammenlegung der Sonderinteressen gesprochen. In den Fragen der auswärtigen Politik kann allein die Regierung die Führung nicht übernehmen; da können nicht Sonderinteressen geltend gemacht werden, welche nicht durchführbar sind. Wenn Herr Richter Minister würde, würde er gegen sich selber mißtrauisch werden. (Weiterkeit.) Das Urtheil des Herrn Richter über den Werth des Ministeriums macht auf dieses — soviel Charakter hat es jedenfalls — nicht den geringsten Eindruck. (Weiterkeit.)

Darauf erfolgt die namentliche Abstimmung über Artikel I. Der Abg. v. Sanden (natl.) enthält sich der Abstimmung. Von den 414 abgegebenen Stimmen sind 209 gegen, 205 für Artikel I. Derselbe ist daher abgelehnt. Die Verlesung des Ergebnisses wird auf der linken Seite mit lebhaftem Beifall ausgenommen, auf der rechten mit Zischen. Da auf den Tribünen des Publikums gestattet wird, verbitet der Präsident v. Köller sich solche Kundgebungen und erklärt im Wiederholungsfall die Tribünen räumen zu wollen. Die Zusammenlegung der Mehrheit und Minderheit ist nach Parteien betrachtet dieselbe wie bei der Abstimmung vom 28. Mai. Von den damals schwebenden Abgeordneten sind heute erschienen und stimmen mit Ja: Die Abgg. Baensch, v. Bonin, v. Buddenbrock, v. Dohna, Engels, Gamp, Gerlich, v. Gilgenheim, Hahn, v. Jagow, King, Simon v. Jastrow, v. Lepper, v. Werdeck, v. Willert.

Ferner sind folgende Abgeordnete, die das vorige Mal gesagt haben, erschienen, die heute mit „Nein“ stimmen: v. Geyern, Grätling, Meinede, Olsen, Schulze, v. Strombeck, Virchow. Der Abg. Schoof, der am 28. Mai mit „Nein“ gestimmt hat, stimmt heute mit „Ja“. Von den Abgeordneten, die am 28. Mai gestimmt haben, aber heute fehlen, stimmten damals mit „Ja“ die Abgg. v. Elbe (verstorben), Haacke, Kretsch und v. Pries, mit „nein“ v. Bender, Wandenburg, Dausenberg und Durlach.

Die übrigen Artikel der Vorlage werden ohne Debatte abgelehnt, dafür stimmen auch nicht einmal die Konservativen, nur für die Bestimmung wegen der Minderjährigen stimmen die Freikonservativen. Die Vorlage ist damit in allen ihren Theilen abgelehnt.

Präsident v. Köller theilt darauf ein Schreiben des Staatsministeriums mit, wodurch das Haus zu einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Landtages behufs Entgegennahme einer allerhöchsten Befehls eingeladen wird, und verliest darauf die übliche Uebersicht über die Geschäfte der abgelaufenen Session.

Abg. Dobrecht spricht im Namen des Hauses dem Präsidenten für seine umsichtige und unparteiische Leitung der Verhandlungen den Dank des Hauses aus.

Präsident v. Köller dankt seinerseits für das ihm vom Hause stets erwiesene freundliche Wohlwollen und statet auch seinen beiden Kollegen im Präsidium sowie den Herren Ausschüssen und Schriftführern seinen Dank für ihre Unterstützung bei der Leitung der Geschäfte aus, und schließt die Sitzung mit dem üblichen Hoch. Schluß 4 1/4 Uhr.

Ver sammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Freitag ihre diesmalige Delegirtenversammlung im „Englischen Garten“ in der Alexanderstraße ab. Die Kommission legte seinen Rapportbericht für die Zeit vom 2. Februar bis 22. Juli d. J. vor, nach welchem sich die Gesamtsumme in dieser Zeit inf. des alten Bestandes auf 85 861 M. stellt. Darunter befinden sich ein für die Maurer aufgenommenes Darlehen im Betrage von 10 000 M. und 15 778 M. für den Hamburger Fabrikarbeiter-Streit. Unter den Ausgaben figuriren außer den vorgenannten größeren Summen für Maurer und Fabrikarbeiter noch 5000 M. zurückgezahltes Darlehen, das seinerzeit für die Streiks der Lithographen, Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter und Klavierarbeiter aufgenommen worden war.

Ueber den gegenwärtig in Berlin stattfindenden Maurerstreik referirte Silberstein. Er gab einen Ueberblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Maurer während der letzten Jahre und der Gründe, die zu dem Ausbruch des jetzigen Streiks geführt haben. Das schließliche Resultat des diesjährigen Streiks sei als ein außerordentlich günstiges zu bezeichnen. Die überwiegend größte Zahl der Maurer arbeite zu den neuen Bedingungen. Wenn nicht 60 bis 65 pCt. der Berliner Maurer unorganisirirt wären, dann würden die Kämpfe allerdings leichter und die Erfolge noch größer sein.

Ueber den Zimmererstreik referirte Lehmann. Er macht darauf aufmerksam, daß die Zimmerer mit denselben Unternehmern und mit derselben Konjunktur zu rechnen, daß die Zimmerer deswegen dieselbe Taktik zu befolgen hatten, wie die Maurer. So zustanden, wie die Maurer mit dem Ausfall ihres Streiks sind, sind es die Zimmerer jedoch nicht. Von 318 Meistern haben 271 bewilligt und von 4500 in Berlin vorhandenen Zimmerern arbeiten nur 2300 für den verlangten Stundenlohn von 60 Pf. Man wird in der nächsten Zeit, um auch die übrigen Unternehmern noch zum Nachgeben zu zwingen, zur Sperrung der einzelnen Bauten schreiten.

Für zwei aus dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission verschiedene Mitglieder werden der Steinfeher Knoll und der Möbelpolirer Lederhause gewählt. Sodann giebt Willaer den Rapportbericht, aus dem oben die Hauptzahlen mitgetheilt sind. Der Sekretär trägt es, daß eine Reihe von Gewerkschaften ihren Geldverpflichtungen gegen die Gewerkschaftskommission noch nicht nachgekommen sind. Für das Jahr 1897 ist 1/4 des aufzubringenden Geldes noch im Rückstand. — Nach längerer Diskussion wird dem Kassirer Willaer Decharge ertheilt. Ferner wird beschlossen, die noch vorhandenen ca. 52 000 Markten der Gewerkschaftskommission zu vernichten, da sie kaum noch benutzt werden und das Durchhählen bei den Revisionen viel unnütze Arbeit macht. Die noch ausstehenden Markten sind zu diesem Zweck an das Bureau abzuliefern.

Nachdem noch eine Abrechnung vom vorjährigen Putzmacherstreik vorgelesen worden war, wird ein Antrag der Putzmacher abgelehnt, der dahin geht, die Rückzahlung von 3000 M. zu erlassen, die f. J. durch die Mitgliedschaft Berlin von der Gewerkschaftskommission

angefommen worden sind. Der Verband der Gutmacher hat die Bezahlung abgelehnt, weil das Parich ohne seine Einwilligung aufgenommen worden ist. Außerdem wird beschlossen, daß die Gutmacher den entliehenen Betrag so bald wie möglich zurückzahlen haben. Schluß der Versammlung 11 1/2 Uhr.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe hielt am 16. d. M., nachmittags, bei Grindel, Brunnenstraße 188, seine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Meßner einen Vortrag über „Moral und Sittlichkeit“ hielt. Der Vortrag ward beifällig aufgenommen und fand eine Diskussion nicht statt. Den Kassenbericht vom 2. Quartal gab der Kassirer Zippel wie folgt:

Table with financial data: Bestand vom 1. Quartal 1897, Einnahme im 2. Quartal 1897, Ausgabe im 2. Quartal 1897, Bestand am 30. Juni 1897.

Hierauf wird dem Kassirer Decharge erteilt. Zur Aufnahme hatten sich sieben Gastwirthe gemeldet. Federik stellt den Antrag, der Vorstand wolle Fragebogen an die Mitglieder verausgaben, auf welchen ein jedes seinen Preisanspruch anzugeben hat, um so einen einheitlichen Verkaufsmodus zu schaffen; Mitglieder, die dagegen verstoßen, sind auszuschließen. Zittelwich schließt sich dem an, will aber im Verein mit anderen Gastwirthe-Vereinen diese Frage geregelt wissen. Meßner bekämpft beide Anträge und Thate beantragt Uebergang zur Tagesordnung, da die Versammlung sich schon zu sehr gelichtet. Dieser Antrag wird angenommen. Es beantragt Köpnick, als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen: „Die Schmutzkonturrenz im Gastwirths-Gewerbe.“ Dies wird angenommen, nachdem Thate dagegen und Stabernad dafür gesprochen haben.

Im Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein sprach in der letzten General-Versammlung Kater über die Organisationsfrage. Die Einnahme im II. Quartal betrug: inklusive des Bestandes vom I. Quartal 162,54 M., die Ausgabe 112,42 M. bleibt Bestand 50,12 M. Dem Kassirer wird Decharge erteilt. Ins Vergütungskomitee werden gewählt: Salisch, Bied, Bernau und Frau Seils.

Arbeiter-Bildungslehre. Die Bibliothek in der Nordstraße, Brunnenstr. 25, ist vom 1. Juli ab bis auf weiteres geschlossen; die noch ausstehenden Bücher sind umgedruckt und Sonntag abends von 9 bis 10 Uhr zurückzugeben. Mitgliedsbeiträge werden an diesem Tage in der Nordstraße entgegengenommen, ebenso in folgenden Adressen: Gottfr. Schulz, Mittelstr. 40a; Mehl, Kornstr. 42; Babel, Rosenhaldenstr. 67; Kleinert, Müllerstr. 7a; Paul Wäde, Wanteuffelstr. 12a; H. König, Diefenbachstr. 2a. Alle Aufschreiben sind an den Vorstehenden Paul Wäde, 50, Wanteuffelstr. 12a, Selbstsendungen an den Kassirer H. König, S. Diefenbachstr. 2a, zu senden.

Band der geselligen Arbeitervereine Berlin und der Umgegend. Vorsitzender H. Bent, Dresdenstr. 107/108. Alle Aufschreiben, den Vereinskalender betreffend, sind an H. Bent, Wilmersdorferstraße 100, zu richten. Arbeiter-Vereinsband Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenstr. 60, 2. Hof.

Arbeiter-Vereinsband Berlin und der Umgegend. Vorsitzender H. Bentmann, Brunnenstr. 150. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Lorenz, Wilmersdorferstr. 49, v. 2. Tr. Verein deutscher Schuhmacher. Montag, den 26. Juli, abends 9 Uhr: Zahlhefte 1 bei Meißner, Weinstr. 11; Zahlhefte 2 bei Lange, Tragenstr. 15; Zahlhefte 3 bei Müller, Johannisstr. 20; Zahlhefte 4 bei Wolf, Wanteuffelstr. 21; Zahlhefte 5 (Schultertrichter) bei Babel, Rosenhaldenstr. 67; Zahlhefte 6 bei Bied, Brunnenstr. 110. Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 26. Juli, abends 9 Uhr, in Cohn's Hofkasseler, Weinstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Reisinger über: Gefährdende Krankheiten. Dienstag, den 27. Juli, abends 9 Uhr, bei Meißner, Brunnenstr. 17a: Vortrag: Gatte willkommen. Privat-Theater-Gesellschaft „Selma“. Montag, den 26. Juli, abends 9 Uhr, im Restaurant Romant, Wanteuffelstr. 9: Sitzung. Allgemeines Familien-Sterbekasse. Erste Jahrgang: Adreßstr. 123 bei Dietz und Orantienstr. 23a bei Buchhop.

Soziale Rechtspflege.

Vom Arbeitsverhältnis der sogenannten Viehtreiber auf dem Viehhofe. Der Viehpedient Paul machte gegen die Lohnentziehungsklage des Viehtreibers B. vor dem hiesigen Gewerbegericht geltend, Arbeiter in der Stellung des Klägers hätten überhaupt niemals Anspruch auf die Innehaltung einer Kündigungsfrist. Sie gäben das Arbeitsverhältnis auf, wenn sie wollten und könnten jederzeit entlassen werden. Des Klägers Entlassung sei aber auch sonst berechtigt, denn er habe unbefugt die Arbeit verlassen. Er sei um 11 Uhr vormittags, mitten in der Geschäftszeit, in eine Kneipe gegangen und etwa eine halbe Stunde forgerblieben. B. behauptete demgegenüber, es habe nur zehn Minuten gedauert und es komme häufig auf dem Viehhofe vor, daß die Arbeiter in der Kneipe eine kleine Stärkung zu sich nähmen. Dies wäre auch bei einer Arbeitszeit von abends 11 Uhr bis zum nächsten Mittag sehr begründlich. Beklagter wandte hiergegen ein, die Leute könnten ein paar Pausen machen, nachdem „gebe es aber durch“. Bestimmte Frühstückspausen gebe es indessen nicht. Zwei Viehpedienten, die der Beklagte mitgebracht hatte, wurden vom Vorsitzenden informativ gehört. Sie vertraten den Standpunkt Paul's, daß die Viehtreiber usancegemäß ohne vorherige Kündigung entlassen werden und selber gehen könnten. Ein Kollege des Klägers bestritt die Angabe des beklagten Expedienten, B. habe zu einer Zeit die Arbeitsstätte verlassen, als noch zu thun gewesen sei. Die Kammer VII des Gerichts verurtheilte Paul, an B. wegen unberechtigter Entlassung 60 M. zu zahlen. Professor Dr. Meier führte zur Begründung folgendes an: Für alle gewerblichen Arbeitsverhältnisse sei nach § 122 der Gewerbeordnung die vierzehntägige Kündigungsfrist das Reguläre. Sie habe auch im vorliegenden Falle Geltung gehabt, denn die Regel könnten nur ausdrückliche Vereinbarungen durchbrechen, und eine solche sei nicht getroffen worden. Es bliebe die Frage zu erörtern übrig, ob ein Entlassungsgrund vorhanden war. Sie müsse verneint werden. Allerdings sei Kläger ohne Erlaubnis ausgetreten, indessen könne dies hier nicht so streng genommen werden, da die Arbeitszeit im fraglichen Betriebe nicht bestimmt geregelt sei und

keine bestimmten Erholungszeiten festständen, wie in Fabrikbetrieben. Klagscheinlich werde es gewöhnlich auch nicht so genau genommen, wenn jemand mal eine Weile trinken gehe.

Die Renten bemessen werden. Ein Tagelöhner B. hatte beim Schiedsgericht gegen die Alters- und Invalidenversicherungs-Kasse Rheinprovinz geklagt auf Invalidenrente. Der Schiedsgericht sprach dem Kläger eine Rente von 10 Mark zu, aber keine Dauerrente, da der Zustand B.'s sich bessern könne. Dieser Spruch wurde wie folgt begründet: „Der Sachverständige hält eine Besserung nicht für ausgeschlossen und hebt hervor, daß durch ruhiges Verhalten, Aufenthalt in guter Luft und gute Ernährung eine solche eintreten könne.“ Unterzeichnet ist der Spruch vom Amtsrichter D. Bendey, Oekonom Dröber, Schweinefleischer Becker. Wir bitten diese Herren, uns doch das Mithel zu lösen, wie eine Familie, Vater mit Frau und 6 Kindern bei 10 M. monatlicher Rente und sogar mit den angegebenen 80 Pf. Verdienst, ruhiges Verhalten, Aufenthalt in guter Luft und gute Ernährung gesessen kann. Wir bitten um Antwort!!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet während der Gerichtsferien am Dienstag und Freitag abends von 6-7 1/2 Uhr statt. A. 3. 77. Der Vater des über 7 Jahre alten Schlägers hat nicht. Sie können sich entweder als Nebenkläger der öffentlichen Strafkammer anstellen und dort die Buße beantragen oder Ihren Schadenersatz im Wege der besonderen Klage geltend machen. Beispielsweise sind im Arbeiterrecht S. 281 Nr. 27. - Frage. Rein. - Fein. Gleichen ist nicht entlassen. - R. 2. 99. Empfehlungen können wir im Briefkasten nicht veröffentlichen. - R. 16. Sie sind zur Abnahme und Zahlung nicht verpflichtet. - C. 10. Nach richtiger Ansicht ist sie als Heilungsdauerträgerin Nebenklägerin. - C. 2. 100. Die Armeedirektion hat den betreffenden Anspruch. - C. 2. 110. Zu der in dem Verträge angegebenen Zeit, und falls solche Angabe fehlt, zu angemessener Zeit muß die Wohnung rüchlich gehalten werden. Welche Zeit angemessen ist, hat im Streitfall der Richter unter Berücksichtigung aller Umstände zu entscheiden. - R. 2. 100. 1. In die Orts-Kantonalstelle. Der sog. Unfallzuschuß wird vom Beginn der künftigen Unfallwoche in der Weise gewährt, daß das Krankengeld um 1/2, das bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohn erhöht wird; wo ein höheres Krankengeld gezahlt wird, tritt der Unfallzuschuß nicht ein. 2. Die Klage muß bis spätestens am 14. August bei dem Gericht eingereicht sein. Das Gericht kann jedem, auch Kindern, Glauben schenken. An Vorbehalt wird 10 M. erfordert. - C. 1. Bis zum 30. Juli. - 7. Conrath. Sie haben Zeit bis nach Empfang des Urtheils. - R. 2. 1. Wird der Kläger nicht vor Einreichung der Interventionsklage zur Freigabe aufgefordert, so kann das Gericht die Kosten anerkennen, wenn der Kläger freigeht. 2. Das hängt von dem Inhalt des Klageantrages und des Beweisbeschlusses ab. - 100 C. 3. Klagen Sie beim Gewerbegericht auf Zahlung des rückständigen Lohnes und Herausgabe der Bücher und Zeugnisse und stellen Sie bei der Polizei den Antrag, dem Arbeitgeber die Arbeitserlaubnis abzunehmen und Jüden auszubilden. - T. G. Unveränderlich. - R. 6. 32. Wenn er die bräutliche und die elterliche Einwilligung bezieht, kann der junge Mann heirathen. - R. 2a.

Spree-Havel Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Stern 33 Salondampfer u. elektrische Boote. Wir empfehlen den verschiedenen Vereinen, Gesellschaften, Vereinen etc. zu Sommerausflügen Sonntags wie Wochentags unsere sämtlich mit Sonnenschirmen versehenen Dampfer zu 90 bis 400 Personen, ferner unsere neuen für 500 Personen eingerichtet, mit elektrischer Beleuchtung und Scheinwerfern ausgestatteten Dampfer unter den billigsten Bedingungen als angenehmes Transportmittel, bedeutend billiger als Eisenbahn und Stremper. Aufträge nehmen entgegen und ertheilen bereitwillig Auskunft unsere Bureau: Berlin SO, Brückenstrasse 13, I. Potsdam, Lange Brücke, Wachtgebäude. Fernsprecher Amt VII, Nr. 1025. Fernsprecher Nr. 124.

Jägerhaus, Schönhauser Allee No. 103. Neu renov. Garten (6000 Pfl. fast) mit neu gebauter Bühne für Vereine, gr. Tanzsaal, 4 Regalbahnen, Kaffeehaus von 2 Uhr ab. Größte Volksbelustigungen in ganz Berlin. (20832)

Zu haben in den meisten Colonialwaren-, Droguen- und Seifen-Handlungen. Dr. Thompson's Seifenpulver

Dr. Thompson's Seifenpulver. Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste Waschmittel der Welt. Man achte genau auf den Namen „Dr. Thompson“ und die Schutzmarke „Schwan“. Kinderwagen. Robben, Velters- und Sportwagen, Kinder-Golano, Kleinauswahl, Rabitzpreise. Kinderwagen, hochmodern, 15 M. Kinderbüchse gratis. Alle Wagen künstl. Theilzahlung gefattet. Woche 1 M. Andreasstr. 53, part. u. I. Et.

Möbel. verkaufen gewasene und neue, samend billig. Theilzahlung gefattet. Beamten ohne Anzahlung. 17912. Trauringe. reelle Dufaten, gestemp. 980. 2 Dufat. 22,50 M. 1/2 Dufat. 17,50 M. Frauen-gold gestemp. 900. 7 Gram. 20,50 M. 57, Gram. 15,50 M. Alle anderen Goldsachen ebenso reell. (32724) Hugo Lemcke, Auguststr. 91pt. nahe d. Oranienburgerstr. Begr. 1840.

Möbel. in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Hr. Vager gebraucht und verliessen gewesener Möbel. 20142. Oranienstr. 73. Kinderwagen-Bazar. Max Brinner, Farnalemerstr. 12, Brunnenstraße 6, Dresdenstr. 16. Vorzügliche Kindwagen von Rindern, Sport- und Puppenwagen, jedes Jahrs, billig. Aufheben gratis u. franco. Theilzahl gefattet. Achtung! Kein Laden. Nur eigene Fabrication, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Nipentatob 2 Pfd. 60 Pf. H. F. Dinslage, (16162) Rottbuecherstr. 4, Hof parterre.

Auf Theilzahlung! Schlag Regulat. 14 T. geb. 18 M. Süd. Herren-Kemant. Uhr 15. 1 Uhrmacher Charlottenstraße Nr. 15. Kein Abzahlungshandlung.

H. Zimmermann, Uhrmacher u. Juweller, 206. Oranien-Str. 206. Regulateure, 14 Tage gehend u. schlagend, in Nussb. M. 12,50. Reparaturen an Uhren u. Goldsachen billigt unter Garantie. Fertige Garderobe! Sehr elegant, vom Raschneider gearbeitet, Knäuge zu 20, 23, 25, 28 bis 35 M. feiner Temporowski, Schneidemeister, Jüdenstraße 37, I. kein Laden. - Bei Rasch-Garderobe auch Theilzahlung gefattet. 21942. Kinderwagen billig Polliadenstr. 101. Annarient, Vorjäger, Weidhofferstr. 101, v. IV. I. Wegen Krankheit verk. sof. gültig. Material, Grünkrampf mit Rolle, Reichenbergerstr. 140. 30766. Darlehen o. Sparkast. d. Schles. Credit u. Sp. Bank. Statut geg. 40 Pf. 18 Jahre bestehendes Geschäft für Damen u. Herren in nachweisb. monatl. reinem Verdienst von 100 M. durch Umstände für 1000 M. veräußert Reanderstr. 16, 1. Et. M. Destillation, Vereinszimmer, circa 60 Personen, reelles, gangb. Geschäft, an einem Parteilosem wegen anderer Unternehmungen günstig zu verkaufen. Zwinnemänderstr. 51. 22182

Große Vorzüge zurückgekehrter Teppiche!! Portièren!! Gardinen!! Stoppdecken!! erschaulich billig. Teppich-Haus Emil Lefèvre, Berlin S Oranienstr. 158. Prachtkatalog mit buntenfarbigen Teppich-Illustrationen, sowie circa 200 Gardinen- und Vorhängen-Abbildungen in künstlerischer Ausführung auf Wunsch gratis und franco! 16342. Größtes Teppichhaus Berlin.

Uhrmacher u. Juweller, 206. Oranien-Str. 206. Regulateure, 14 Tage gehend u. schlagend, in Nussb. M. 12,50. Reparaturen an Uhren u. Goldsachen billigt unter Garantie. Fertige Garderobe! Sehr elegant, vom Raschneider gearbeitet, Knäuge zu 20, 23, 25, 28 bis 35 M. feiner Temporowski, Schneidemeister, Jüdenstraße 37, I. kein Laden. - Bei Rasch-Garderobe auch Theilzahlung gefattet. 21942. Kinderwagen billig Polliadenstr. 101. Annarient, Vorjäger, Weidhofferstr. 101, v. IV. I. Wegen Krankheit verk. sof. gültig. Material, Grünkrampf mit Rolle, Reichenbergerstr. 140. 30766. Darlehen o. Sparkast. d. Schles. Credit u. Sp. Bank. Statut geg. 40 Pf. 18 Jahre bestehendes Geschäft für Damen u. Herren in nachweisb. monatl. reinem Verdienst von 100 M. durch Umstände für 1000 M. veräußert Reanderstr. 16, 1. Et. M. Destillation, Vereinszimmer, circa 60 Personen, reelles, gangb. Geschäft, an einem Parteilosem wegen anderer Unternehmungen günstig zu verkaufen. Zwinnemänderstr. 51. 22182

H. Zimmermann, Uhrmacher u. Juweller, 206. Oranien-Str. 206. Regulateure, 14 Tage gehend u. schlagend, in Nussb. M. 12,50. Reparaturen an Uhren u. Goldsachen billigt unter Garantie. Fertige Garderobe! Sehr elegant, vom Raschneider gearbeitet, Knäuge zu 20, 23, 25, 28 bis 35 M. feiner Temporowski, Schneidemeister, Jüdenstraße 37, I. kein Laden. - Bei Rasch-Garderobe auch Theilzahlung gefattet. 21942. Kinderwagen billig Polliadenstr. 101. Annarient, Vorjäger, Weidhofferstr. 101, v. IV. I. Wegen Krankheit verk. sof. gültig. Material, Grünkrampf mit Rolle, Reichenbergerstr. 140. 30766. Darlehen o. Sparkast. d. Schles. Credit u. Sp. Bank. Statut geg. 40 Pf. 18 Jahre bestehendes Geschäft für Damen u. Herren in nachweisb. monatl. reinem Verdienst von 100 M. durch Umstände für 1000 M. veräußert Reanderstr. 16, 1. Et. M. Destillation, Vereinszimmer, circa 60 Personen, reelles, gangb. Geschäft, an einem Parteilosem wegen anderer Unternehmungen günstig zu verkaufen. Zwinnemänderstr. 51. 22182

H. Zimmermann, Uhrmacher u. Juweller, 206. Oranien-Str. 206. Regulateure, 14 Tage gehend u. schlagend, in Nussb. M. 12,50. Reparaturen an Uhren u. Goldsachen billigt unter Garantie. Fertige Garderobe! Sehr elegant, vom Raschneider gearbeitet, Knäuge zu 20, 23, 25, 28 bis 35 M. feiner Temporowski, Schneidemeister, Jüdenstraße 37, I. kein Laden. - Bei Rasch-Garderobe auch Theilzahlung gefattet. 21942. Kinderwagen billig Polliadenstr. 101. Annarient, Vorjäger, Weidhofferstr. 101, v. IV. I. Wegen Krankheit verk. sof. gültig. Material, Grünkrampf mit Rolle, Reichenbergerstr. 140. 30766. Darlehen o. Sparkast. d. Schles. Credit u. Sp. Bank. Statut geg. 40 Pf. 18 Jahre bestehendes Geschäft für Damen u. Herren in nachweisb. monatl. reinem Verdienst von 100 M. durch Umstände für 1000 M. veräußert Reanderstr. 16, 1. Et. M. Destillation, Vereinszimmer, circa 60 Personen, reelles, gangb. Geschäft, an einem Parteilosem wegen anderer Unternehmungen günstig zu verkaufen. Zwinnemänderstr. 51. 22182

H. Zimmermann, Uhrmacher u. Juweller, 206. Oranien-Str. 206. Regulateure, 14 Tage gehend u. schlagend, in Nussb. M. 12,50. Reparaturen an Uhren u. Goldsachen billigt unter Garantie. Fertige Garderobe! Sehr elegant, vom Raschneider gearbeitet, Knäuge zu 20, 23, 25, 28 bis 35 M. feiner Temporowski, Schneidemeister, Jüdenstraße 37, I. kein Laden. - Bei Rasch-Garderobe auch Theilzahlung gefattet. 21942. Kinderwagen billig Polliadenstr. 101. Annarient, Vorjäger, Weidhofferstr. 101, v. IV. I. Wegen Krankheit verk. sof. gültig. Material, Grünkrampf mit Rolle, Reichenbergerstr. 140. 30766. Darlehen o. Sparkast. d. Schles. Credit u. Sp. Bank. Statut geg. 40 Pf. 18 Jahre bestehendes Geschäft für Damen u. Herren in nachweisb. monatl. reinem Verdienst von 100 M. durch Umstände für 1000 M. veräußert Reanderstr. 16, 1. Et. M. Destillation, Vereinszimmer, circa 60 Personen, reelles, gangb. Geschäft, an einem Parteilosem wegen anderer Unternehmungen günstig zu verkaufen. Zwinnemänderstr. 51. 22182

H. Zimmermann, Uhrmacher u. Juweller, 206. Oranien-Str. 206. Regulateure, 14 Tage gehend u. schlagend, in Nussb. M. 12,50. Reparaturen an Uhren u. Goldsachen billigt unter Garantie. Fertige Garderobe! Sehr elegant, vom Raschneider gearbeitet, Knäuge zu 20, 23, 25, 28 bis 35 M. feiner Temporowski, Schneidemeister, Jüdenstraße 37, I. kein Laden. - Bei Rasch-Garderobe auch Theilzahlung gefattet. 21942. Kinderwagen billig Polliadenstr. 101. Annarient, Vorjäger, Weidhofferstr. 101, v. IV. I. Wegen Krankheit verk. sof. gültig. Material, Grünkrampf mit Rolle, Reichenbergerstr. 140. 30766. Darlehen o. Sparkast. d. Schles. Credit u. Sp. Bank. Statut geg. 40 Pf. 18 Jahre bestehendes Geschäft für Damen u. Herren in nachweisb. monatl. reinem Verdienst von 100 M. durch Umstände für 1000 M. veräußert Reanderstr. 16, 1. Et. M. Destillation, Vereinszimmer, circa 60 Personen, reelles, gangb. Geschäft, an einem Parteilosem wegen anderer Unternehmungen günstig zu verkaufen. Zwinnemänderstr. 51. 22182

H. Zimmermann, Uhrmacher u. Juweller, 206. Oranien-Str. 206. Regulateure, 14 Tage gehend u. schlagend, in Nussb. M. 12,50. Reparaturen an Uhren u. Goldsachen billigt unter Garantie. Fertige Garderobe! Sehr elegant, vom Raschneider gearbeitet, Knäuge zu 20, 23, 25, 28 bis 35 M. feiner Temporowski, Schneidemeister, Jüdenstraße 37, I. kein Laden. - Bei Rasch-Garderobe auch Theilzahlung gefattet. 21942. Kinderwagen billig Polliadenstr. 101. Annarient, Vorjäger, Weidhofferstr. 101, v. IV. I. Wegen Krankheit verk. sof. gültig. Material, Grünkrampf mit Rolle, Reichenbergerstr. 140. 30766. Darlehen o. Sparkast. d. Schles. Credit u. Sp. Bank. Statut geg. 40 Pf. 18 Jahre bestehendes Geschäft für Damen u. Herren in nachweisb. monatl. reinem Verdienst von 100 M. durch Umstände für 1000 M. veräußert Reanderstr. 16, 1. Et. M. Destillation, Vereinszimmer, circa 60 Personen, reelles, gangb. Geschäft, an einem Parteilosem wegen anderer Unternehmungen günstig zu verkaufen. Zwinnemänderstr. 51. 22182

Gemischter Gesang-Verein. sucht Damen und Herren als Mitglieder, und zugleich einen Gesang-Dirigenten. Übungsstunden jeden Donnerstag abends von 9 Uhr ab in Hofmann's Hofkasseler, Alexanderstr. 70.

Tenöre. sucht großer, alter Gesang-Verein. Übungsstunden Dienstag 9-11 im Wärschen Hof, Adreßstr. 18 c. 31536

Unfallkassen, Klagen, Eingaben Putzger, Steglitzerstr. 65. Betten, postbillig Kleiderkoffer, Pfandische Reanderstr. 6.

Carl Becker Cigarren, Cigarretten u. Tabake Lindowerstr. 25 an der Müllerstr. Cigarren-Geschäft mit Wohnung, 92 Tdr. Rieche, ohne Konkurrenz, Umstände halber billig zu verkaufen, desgleichen ein Fahrrad, gut erhalten, Tegelestr. 5. 32926

Pneumatisch-Rover, 97 er Model, hochdelegant, neu, verkauft postbillig Stange, Cypelstr. 7, v. I. Tr. Wilen-Terrain, Quadratraste 12 Nr. 1, bei halber Anzahlung. 20 Pf. - Tour, verkauft der Eigentümer Avers in Jevernitz.

Hr. Schlaff (m. Balken) v. 3 Tr. bei Tieditz, Reichenbergerstr. 40/41. Schlaff, sep. Neue Ochsstr. 45, 4 Tr. Schlaff, Raumstr. 9 bei Rachen. Schlaff, 6. Straße, Reichenbergerstr. 31 v. 3 Tr. Hr. Schlaff (6 M.) bei Peter, Reichenbergerstr. 115.

Hr. Schlaff, 3. verm. Mariannenstraße 11 v. 2 Tr. d. Wm. Voop. Schlaff, f. 2 H., sep. Eing., Köchlestraße 4, Aug. A. 4 Tr. L. d. Wm. Dauch. Hr. Schlaff, a. 1 od. 2 H. 3 verm. Stallstr. 24, v. 3 Tr. rechts.

Hr. Schlaff, 10 M. mon. Kavallsstr. 3 vorn bei Richter. Hr. Schlaff, f. 1 H. d. 8 M., Al. Andrasstr. 17 bei Frau Rehdant. Hr. Schlaff, f. 2 H. od. Damen zu verm. Köchlestr. 4, Aug. A. v. 4 Tr. bei Wegener.

Hr. Schlaff, 3 verm. Brigenstraße 31 v. 1 Tr. bei Richter. Verzees einlestr. Zimmer sof. 3 verm. h. Richter, Weidhofferstr. 31, vorn 1 Tr. Hr. Schlaff, feiner Schlaff, sep. verm. Minnet, Teismarstr. 43, Hof part. Hr. Schlaff, f. 2 H. 3 L. d. Hr. Bloch, Gelladeh-Allee 36, IV, a. Oranien-Platz.

Hr. Schlaff, Raumstr. 48, v. 1 Tr. am Oranien-Platz. Hr. Schlaff, 1. H. d. 8 M., Al. Andrasstr. 17 bei Frau Rehdant. Hr. Schlaff, f. 2 H. od. Damen zu verm. Köchlestr. 4, Aug. A. v. 4 Tr. bei Wegener.

Hr. Schlaff, 3 verm. Brigenstraße 31 v. 1 Tr. bei Richter. Verzees einlestr. Zimmer sof. 3 verm. h. Richter, Weidhofferstr. 31, vorn 1 Tr. Hr. Schlaff, feiner Schlaff, sep. verm. Minnet, Teismarstr. 43, Hof part. Hr. Schlaff, f. 2 H. 3 L. d. Hr. Bloch, Gelladeh-Allee 36, IV, a. Oranien-Platz.

Hr. Schlaff, 1. H. d. 8 M., Al. Andrasstr. 17 bei Frau Rehdant. Hr. Schlaff, f. 2 H. od. Damen zu verm. Köchlestr. 4, Aug. A. v. 4 Tr. bei Wegener.

Hr. Schlaff, 3 verm. Brigenstraße 31 v. 1 Tr. bei Richter. Verzees einlestr. Zimmer sof. 3 verm. h. Richter, Weidhofferstr. 31, vorn 1 Tr. Hr. Schlaff, feiner Schlaff, sep. verm. Minnet, Teismarstr. 43, Hof part. Hr. Schlaff, f. 2 H. 3 L. d. Hr. Bloch, Gelladeh-Allee 36, IV, a. Oranien-Platz.

Hr. Schlaff, 1. H. d. 8 M., Al. Andrasstr. 17 bei Frau Rehdant. Hr. Schlaff, f. 2 H. od. Damen zu verm. Köchlestr. 4, Aug. A. v. 4 Tr. bei Wegener.

Hr. Schlaff, 3 verm. Brigenstraße 31 v. 1 Tr. bei Richter. Verzees einlestr. Zimmer sof. 3 verm. h. Richter, Weidhofferstr. 31, vorn 1 Tr. Hr. Schlaff, feiner Schlaff, sep. verm. Minnet, Teismarstr. 43, Hof part. Hr. Schlaff, f. 2 H. 3 L. d. Hr. Bloch, Gelladeh-Allee 36, IV, a. Oranien-Platz.

Parteigenossen! Arbeiter!

Im Herbst d. J. finden die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder in die Wählerlisten eingetragene selbständige Einwohner, der Preusse und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahre in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (660 bis 900 M. Einkommen) eingestuft ist.

Die Liste der stimmfähigen Bürger liegt bis zum 30. Juli d. J. täglich, also auch Sonntags, von 9-3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., zu jedermanns Einsicht aus.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können nur während dieser Zeit schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Ueber die Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Zu einem für die Sozialdemokratie erfolgreichen Ausfall des bevorstehenden Kommunal-Wahlkampfes ist es notwendig, daß jeder stimmfähige Parteigenosse und Arbeiter sich durch Einsichtnahme in die Listen vergewissert, daß er sein Wahlrecht ausüben kann. Wir mahnen daher dringend zur genauesten Kontrolle der Wählerlisten.

Bei der Ausübung dieser Kontrolle wird es sich empfehlen, die letzte Steuerquittung mit zur Stelle zu nehmen, um, sollte die Eintragung verfaßelt sein, sofort die Nachtragung in die Liste beantragen zu können.

Möge niemand verabsäumen, dieser Pflicht nachzukommen, damit er im Stande ist, sein Wahlrecht auszuüben.

Am den Parteigenossen, die keine genügende Zeit zur Einsichtnahme in die Wählerlisten übrig haben, die Sache zu erleichtern, haben sich folgende Parteigenossen bereit erklärt, Meldungen entgegenzunehmen, um dann für diese die Einsicht in die Wählerlisten zu besorgen:

I. Wahlkreis. C. Böttner, Charlottenstr. 82. W. Ballhauer, Kronenstr. 72. C. Boldt, Rannierstr. 7. Preuß, Neue Friedrichstr. 20. Mörschel, Jüdenstr. 86. J. Gärtner, Wollenstr. 12. Carl Böttner, Charlottenstr. 24. Hof IV.

II. Wahlkreis. Kleinert, Zeitungsredakteur, Dammstr. 15. Faller, Schankwirth, Ballaststr. 16. Anrid, Cigarrengeschäft, Steinmühlstr. 80. Werner, Schankwirth, Wilstr. 59. Kizing, Belle-Alliancestr. 174. Grube, Mariendorferstr. 6. Ede Solmsstraße. Pädels, Jossenerstr. 10. Fuhof, Mittenwalderstr. 16. Reichelt, Hasenheide 46-47. Paul Müller, Gräferstr. 31. Schouheim, Gräferstr. 8. Ewald, Schönleinstr. 6.

III. Wahlkreis. Wilh. Börner, Ritterstr. 15. Flied, Simeonstr. 23. Böniß, Brandenburgerstr. 54. Götte, Brandenburgerstr. 18. Börner, Körbnerstr. 10a. Berger, Sebastianstr. 72. Lenz, Alte Jakobstraße 69. Pier, Alte Jakobstraße 119. Schöning, Köpckeplatz 68a. J. Pinger, Friedrichsgracht 16. J. Röll, Klosterstr. 101. J. Jahnß, Holymarktstr. 13. Hof III. A. Trippel, Zimmertstr. 19.

IV. Wahlkreis (Osten). D. Franke, Friedrichsbergerstr. 11. H. Baumgarten, Königsbergerstr. 7. D. Jabel, Frankfurter Allee 90. W. Späth, Weinstr. 28. A. Vogel, Eibingerstr. 9. P. Kobus, Rigauerstr. 127.

IV. Wahlkreis, (Süd-Ost). Bieberstein, Paniker Platz 12a. Dierberg, Forsterstr. 17. Holz, Grünauerstr. 3. Seidler, Rathorstr. 16. Streitz, Rannierstr. 86. Scholz, Wrangelstr. 27 (32). Gesche, Wrangelstr. 88. Mertens, Curprstr. 34. Thiele, Zeitungsredaktion, Staligerstr. 35. Fregeville, Pädlerstr. 47.

VI. Wahlkreis. Siegle, Schwedterstr. 33. Emil Schmidt, Treßlowstr. 24. Augustin, Kastanien-Allee 11. Nieß, Schliemannstr. 48. Baden. Gröbler, Franzosstr. 12. Baden. Ramlow, Schönhauser Allee 135. Marx, Kastanien-Allee 95/96. Pinner, Cigarrengeschäft, Treßlowstr. 32. Rade, Cigarrengeschäft, Saardrückerstr. 7. part. Karl Fischer, Beusselstr. 9. Hof Geraberg. Georg Renfer, Beusselstr. 24. Paul Grub, Beusselstr. 45. Otto Fischer, Beusselstr. 66. Joh. Döring, Thurmstr. 72. Robert Kern, Stromstr. 47. Joh. Pjarr, Putzstr. 10. Mag. Haber, Stephanstr. 11. Gustav Köhler, Calvinstr. 11. Otto Bachgänger, Sminemünderstr. 96. Rosin, Nippinerstr. 45. Ede Schönholzerstraße. Hoppe, Ackerstr. 145. Hermann, Putzstr. 45. Wigel, Sminemünderstr. 88. Lorenz, Voltastr. 43. Brintmann, Pringen Allee 21. Bärsch, Sandstr. 1. Restaurant Thulmann. Geymann, Expeditor, Grünthalerstraße 64. Anders, Buttmannstraße 17. Peuke, Cigarrengeschäft, Schullstr. 37. F. Bergmann, Neß, Pafewalkstr. 3. Dahlke, Antonstr. 3. Hof 3 Tr. C. Schmidt, Seefr. 25. C. Gade, Neß, Jennstr. 17. Keller, A. Dobat, Neß, Selterstr. 3. C. Schumann, Kolbergerstr. 23. H. Spede, Schneider, Chausseest. 85. J. Böllel, Neß, Vorfigstr. 25. D. Steinicke, Cigarrenhandlung, Vorfigstr. 28. C. Thomas, Neß, Gartenstr. 152. Ch. Hilgenfeld, Neß, Bergstr. 60. C. Blossfeld, Hufitenstr. 21, part. D. Brückner, Neß, Gartenstr. 63. C. Walter, Cigarrenhandlung, Hufitenstr. 35.

Zu betrachten kommen alle Wahlbezirke, auch die, wo im Herbst voraussichtlich nicht gewählt wird. Es empfiehlt sich auch für diejenigen, die durch die hier genannten Genossen die Einsicht in die Wählerlisten vermitteln, daß sie die Steuerquittung mit zur Stelle bringen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonntag, den 25. Juli. Neues Igl. Operntheater (Kroll). Umbine. 7 1/2 Uhr. Montag: Lohengrin. Dienstag: Die Weihe. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Samstag: A Basso Porto. (Am unteren Hofen. 7 1/2 Uhr. Sonntag: Box und Zimmermann. Montag: Untere Reichspost. 1/8 Uhr. Dienstag: Diefelbe Vorstellung. Freitag: Der Stellvertreter. 7 1/2 Uhr. Sonntag: Diefelbe Vorstellung. Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Schumann's Kriegs-Adventurer im Orient. 8 Uhr. Nachmittags 4 Uhr: Die Verschönerung des Fiesco zu Genoa. Belle-Alliance. Spezialitäten. 4 1/2 Uhr. Apollo. Venus auf Erden. 1/8 Uhr. Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste. 12, 5, 7, 9 Uhr.

Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste. Bodänen, Derwische, Schlangenschwärmer, Bauchinszenieren etc. Vorstellung 12, 5, 7, 9 Uhr.

Castan's Panoptikum. Neu! Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Menschen. Neu! Menschen. Neu! und hochkomisch!

Konzerthaus Sanssouci. Heute Sonntag: Gr. Extra-Vorstellung. Bei ungünstiger Witterung im Saal. Neu! Robinson Krause!!! Mit neuen Dekorationen u. Kostümen. Vollständiges Spezialitäten-Programm! Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. BALL. Avis! Donnerstag, den 5. August. Benefiz für E. Gastel und Mag. Köhlinger.

Gambrinus-Brauerei. Charlottenburg, Bahstr. 97. Im Sommer-Theater resp. Saal. Heute, Sonntag, 25. Juli cr.: Einmalige Soiree der beliebten HIPPEL'S Stettiner Sänger. Neues Programm! Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pfennig. Refect. Platz 50 Pfennig. Nur diese eine Soiree!

Schloss Weissensee. Welt-Etablissement. Heute Sonntag: Elite-Feuerwerks-Tag. Brillant, Kunst- und Schlacht-Feuerwerk. Gertolanum und Pompeji, dem galsch beleuchtet. Finsterbusch-Konzerte. Bal champêtre, Original. Draht-Thurmeil-Bau von Broth. Niagara. Spezialitäten I. Ranges. See-Theater (einzig in Berlin). Bergnügungen aller Art. Dampfer, Segel- u. Ruderboote. Unsere Präsente kommen heute zur Vertheilung; kein Präsent unter 25 M. 1000 M. demjenigen, der nachweist, daß wir die Präsente nicht recht und unparteiisch vertheilen. Entree 20 Pf. Entree 20 Pf. Stief & Emmerich.

Wedding-Park. 178 Müller-Strasse 178. Große Garten-Spezialitäten. Kaffeeküche täglich geöffnet. Jeden Donnerstag: Kinderfest und Ball. Jeden Sonntag: 2210er Frei-Konzert und Ball. Montag, den 26. Juli: Auf den 7 verb. Regelbahnen: Anschließen von Bogenschießen, jungen Hühnern u. pom. Schinken. W. Trapp. Feuerstein's Festsäle. Alte Jakobstrasse 75. Joh. Martin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten d. koulanten Bedingungen.

Schweizer Garten. Am Königsthor. Galtstette d. Pferdebahn. Am Friedrichshain. Täglich: Theater und Spezialitäten. Ein Volksfest in Wusterhausen. Große Burleske mit Gesang und Tanz. Troupe Carlo Carlé. Acrobatisches Voltourri. Little Parkins und Miss Lizi. Transformationskünstler. The two Buffalos. Amerikan. Regier-Chalken. Schulte und Lippari. Komiker. Carla Walton, Kollimondrette. Mr. Rigardo, John & Paolo. Long & Little Adoll u. l. w. Volksbelustigungen aller Art. - Im Saale: Ball. - Entree 30 Pf. Mittwochs: Kinderfreudefest. Es ist nur noch ein Sonntagabend im September für Vereine frei.

Ostbahn-Park. Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Neu! Der Stumme und sein Affe. Ausstattungs-Erfolge. Neue Attraktions-Nummern. Entree Sonntag 20 Pf. Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf. Kinder 10 Pf. Kollektische Volksbelustigungen. Mittwoch: Kinder-Fest.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau. Oeconomie: Birkholz & Mittag. Jeden Sonntag und Donnerstag: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle. Im Saale: Grosser Ball bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung. Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art. 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Restaurant „Marienbad“. Badstrasse 35/36. Gesundbrunnen. Badstrasse 35/36. Jeden Sonntag von nachmittags 4 Uhr ab: Garten-Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei! Im Saale: TANZ. Entree frei! bei verhärteter Handgelenke unter Leitung des Tanzmeisters Herrn Kügler. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. 1. Platz 30 Pf. Kinder 10 Pf. Passé-partouts haben Gültigkeit. Dienstag, den 27. Juli 1897: Großes Erntefest nach ländlicher Sitte verbunden mit internationalen Bauernkostümfest. Gr. Erntefestzug zu Pferde u. Wagen. Schütten u. Schüttenrinnen. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Grosser Orientalischer Festzug bei bengalischer Beleuchtung des ganzen Etablissementes. Pony-Reiten. - Volksbelustigungen aller Art. - 4 Regelbahnen. Die Familien-Kaffeeküche ist von 2-6 Uhr geöffnet. Max Heikelburg, ehem. Küchenschef renommierter Häuser.

Wir empfehlen unsere ausgezeichneten hellen und dunklen Lagerbiere in Loungengebunden auch zum Versand nach außerhalb. Brauerei Gambrinus. Actien-Gesellschaft, Charlottenburg-Berlin. Die Direction: Russak.

Heinrich Hoppe, Ackerstr. 145, vis-à-vis der Rathshalle, empfiehlt sein Weis- u. Bairisch-Bierlokal mit schönem schattigen Garten; angenehmer Familienausenthalt. Vereinszimmer bis 40 Pers. fallend. Franz. Billard. Vorzüg. Mittagstisch mit Bier 50 Pf. Rublaerstr. 20. Restaurant Rublaerstr. 20. Sanssouci - Schmargendorf, direkt am Grunewald mit schattigen Garten. Spielplätze, Kaffeeküche, Kegelbahnen. Im Parquet-Saal jeden Sonntag: Tanz ohne Garderobenzwang. G. Fährse, Gastwirth. Di. Würjchel, C. Jüdenstraße 36, (An der Stralauerstrasse) 20420* empfiehlt sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal nebst gr. Vereinszimmer f. 20-80 Pers. Frühstücks-, Mittag- u. Abendtisch, solid. Preis.

Kleidung für Maler, Bildhauer, Mechaniker, Stuckateure u. s. w. Kittel mit Stoh- und Umlegekragen, vorn und auf der Schulter zum Knöpfen! Aus Klötzelleinen braun Nova Qual. II I Qual. I 2,25 2,50 2,40 2,75 Drell-Jackets (Naturfarbe) Qual. II 2,25 Qual. I 2,75 Drell-Hosen (Naturfarbe) Qual. II 1,35 Qual. I 1,90 Als Maass genügt Angabe der Brustweite, Leibweite und Schrittlänge. Baer Sohn. Chaussee-Str. 24a Brücken-Str. 11 Gr. Frankfurter-Str. 16. Aufträge von M. 20,- an franco. - Preisliste gratis. Obige Preise gelten für normale Figuren. Röhr's Fest-Säle. Fr. Vettin's, Brinnenstrasse 34. Empfiehlt seinen Saal, 450 Personen fassend, den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Brauerei Borussia. Otto Howald. Nieder-Schöneweide an der Oberprece, hint. d. Treptower Park. 17742* Wirthler u. Stadthaus. Schöner Garten am Wasser. Jeden Sonntag in 2 Sälen. Mittwoch Tanz in 1 Saale. ff. Pilsener u. Lagerbier. Gute Küche. Regelbahn, elektrisch beleuchtet u. geheizt, an Vereine zu empfehl. Gust. Busack, Defonpau.

Ostend-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weh. Unsere Reichspost. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Spezialitäten ersten Ranges. Hugo Schulz. Mirzi Waldburg. - Paula Grigatti. - Lebende Photographien. - Endlich allein. - Ringkampf. - In der Badehülle. - Anfang 4 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr. Dienstag: Großes Kinderfest.

Apollo-Theater und Konzert-Garten. Dir. J. Glück. Zum 75. Male: Venus auf Erden. Burlesk-phantastische Operette mit Tanz in 1 Akt. Otto Reutter. Der beliebte Gesangschorist und Kuffretten-Sammler. Spezialitäten. Kaffeeöffnung 6 Uhr. Konzert 6 1/2 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr.

W. Noack's Theater. Brunnen-Strasse 16. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Unser Johann. Lustspiel in 1 Akt von G. Bercevicin. Ein böses Gewissen. Pöffe in 1 Akt von M. Bergen. Neu!!! Flotte Burleske. Komische Operette in 1 Akt v. Suppé. Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale: Grosser Ball.

Action-Brauerei Friedrichshain. Heute Sonntag: Regiments-Musik des 4. Garde-Reg. zu Fuß in Uniform. Dir. Frz. A. Bergler. Eintritt 20 Pf. - Anfang 5 Uhr. - Programm unentgeltlich. Familienkränzchen. Montag, den 26. Juli: Philharmonisches Blas-Orchester unter Leitung seines Kapellmeisters Herrn Franz v. Blon. Eintritt 10 Pf. Anfang 7 Uhr. Programm unentgeltlich.

Gesellschaftshaus. Sminemünderstr. 12 (alte Nr. 35). Jeden Sonntag: Ball u. Theater-Vorstellung. Empfehle meine Säle (250 u. 700 Personen fassend) sowie Vereinszimmer zu Festlichkeiten und Versammlungen. 16012* Hübner.

Viktoria-Brauerei (Garten resp. Saal). Lützow-Strasse III/112 nahe Potsdamer Platz. Täglich: Stettiner Sänger (Weißel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)

Puhlmann's Vaudeville-Theater. Schönhauser Allee 148. Kastanien-Allee 97-99. Täglich: Im Reiche der Sirenen. Große Ausstattungsburleske mit Gesang und Tanz. Wilh. Clara, Trapezkünstlerin. Sittie Trudy Bergardy, das Wunderkind. Wally Simol, excentr. Charakterist. Barbarina's Ballet. Elvina Carofanti, in 1. dress. Thieren. Harry u. William Antonio, Piccola Theater. William, Handantipode. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Nährsals für Säuglinge zur besseren Verdaulichkeit d. Milch v. 30 Pf. an. Allein I. haben d. M. Graefe, Berlin N., Stettinerstr. 63, Ede Bahstr.

Schuhwaaren
Herren- und Knaben-Konfektion
Cigarren und Cigaretten
Kleiderstoffe für Damen
Hüte, Schirme, Handschuhe
Teppiche und Gardinen
Wein, Rum, Fiquere u. Cognac etc.

nur bei
 nur bei
 nur bei
 nur bei
 nur bei
 nur bei

Raphaëli

Fabrik, Versand und I. Kaufhaus: An der Spandauer Brücke 2.
 II. Kaufhaus: Potsdamerstraße 106a, Ecke Steglitzerstraße.
 III. Kaufhaus: Grüner Weg 31, Ecke Andreas-Platz.
 Von Ende dieses Monats
 IV. Kaufhaus: Jerusalemstraße 50/51, Ecke Zimmerstraße.

Fabrik im Hause von Schuhwaaren, Herren-Garderobe, Cigarren, Liqueuren und Fruchtsäften mit Dampftrieb.

Reellität sämtlicher Waaren verbürgt durch gedruckte Garantiescheine.

Eröffnungstag des IV. Kaufhauses wird noch näher bekannt gemacht.

Man verlange Preisverzeichniss.

Künstl. Zähne, Zu Landpartien und Reisen

H. & W. Müller's Nordlicht wegen seiner vorzüglich wohlwärmenden Qualität ganz besonders zu empfehlen und namentlich als Zusatz zum Trinken und Selterswasser geeignet.

H. & W. Müller's Nordlicht, ein hochfeiner alter Nordhäuser, 1896 mit goldener Medaille und Ehrentitel prämiert, ist nur echt und unverfälscht in unseren mit Firmenguss im Glase versehenen Originalflaschen, die mit unseren Firmensiegeln verschlossen und mit unserem geschützten blauen Etikette versehen sind, überall für 1 Mk. inkl. Flasche käuflich, wo unser neubegabtes Plakat aushängt.

In Konturreisegeschäften giebt man ähnliche Qualitäten Nordhäuser nicht unter 1.50 Mk. ab.

Nordhäuser Kornbranntwein-Brennerei, Berlin, Waldemarstr. 29.

Louis Abel vom 1. Juli 1897 ab im neuerbauten Geschäftshause Kommandantenstr. 16

Gegründet 1877
Fernsprecher: Amt I 2883.

Colportage-Grosso-Buchhandlung
 liefert an Kolportage-Buchhändler, Kolporteurs und Wiederverkäufer unter den günstigsten Bedingungen sämtliche Erscheinungen des Buchhandels, als Zeitschriften, Witzblätter, Mode-Journale, Lieferungsverke, Bilderbücher, Kalender, Jugendschriften, Geschenkliteratur, populäre Literatur etc. etc.

Tüchtige Kolporteurs können durch eine Geschäftsverbindung mit meiner Firma lohnenden Verdienst erhalten.

Gegen Erkältung, Nichte und Rheumatismus.
Loh-Tannin-, Heilstrockenluft- und Dampfbäder
 mit Verpackung, Massage.
Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
 18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.
 Bäderlieferung für sämtliche Krankenhäuser Berlin und Umgegend.

A. Schulz, Möbel- und Polsterwaarenfabrik

gegründet 1878.
 Reichenbergerstrasse No. 5, zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.
 Sehr-großes Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in Fußboden und Mahagoni von 240, 300, 400, 500, 600, 800 bis 10000 Mk. in nur anerkannt gelegener Ausführung.

Direct von Aachen!

weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu — anerkannt niedrigen Preisen — **Herren-Anzug- und Paletotstoffe** vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl franco an Jedermann! Zahllose Empfehlungen aus allen Kreisen beweisen unsere Reellität!

Monopol-Cheviot, eine bekannte Spezialität, kosten 3/4 Met. schwarz, blau od. braun zu einem gedieg. Anzug **10 Mk.**
 Anerkennungsschreiben u. Nachbestellungen tägl.!
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.
 Bitten genau zu adressiren.



Ausverkauf
 zu folgenden noch nie dagewesenen billigen Preisen.

Reinleinen-Sommer-Pfercheden, 185 cm weiten Bege Größe, in 2. fe sehr bequemen (3/4) - Reuten, prima Scherwollen mit unzerstörtem Bruststück, extra Waschsaure, ringum Nordsee, Paar nur **10.00**.
Fliegen-Netz-Decken, grau u. rot, vom Kamm bis zum Fuß, Paar nur **4.99**.
Stiefelhüte, grau, hochschon (wie W. Schmitz), Paar nur **7.99**.
Militär-Schlafdecken (oder Pferdedecken), dunkelgrün, 140 x 190, beheizt, je Paar nur **7.99**.
Doppelschlafdecken, "Hohenzollern" (gleich, 1. Reihe ab. Dienen), 150 x 200, extra groß, sammetweich, in den reizendsten doppelreihigen Jacquard-Farben, je das Paar nur **4.99** (früher **7.99**).
Favorit, hoch. Schlaf-, Reize- oder Dienen-Doppeldecken, 150 x 200, in den herrlichsten, doppelreihig gezeichneten Jacquard-Strickmuster, das Paar nur **6.99** (früher **9.99**).
Stoppdecken, reinwolle, 150 x 200, beste Farbe, je das Paar nur **5.99** (früher **7.99**).
 Günstigste Anpreisung — es nicht möglich zu sein, zu erkaufen, da der Herrsch. Reichs- und Provinz-Verkauf, Berlin, 2. Bezirk, G. Schubert & Co. Kommandanten-Str., Berlin, Poststr. 17.

Rohtabak

Größte Auswahl! Billigste Preise!
 Unter Brand! Bestmögliche Qualität!
 Zämmliche Fabrikations-Unterarten.
 (Neue Formen, sehr gr. Ausw. & 1.40 Mk.) Man verlange Preis-Verzeichniss.
Geirich Frank,
 Nr. 185, Brunnstr. Nr. 185.

Roh-Tabak

Größte Auswahl! Billigste Preise.
 ff. Ufermärker 66-80 Pf. verk.
P. E. Platt & Söhne,
 Brunnenstr. 197 (am Rosenthaler Thor). (18289)

Roh-Tabak

en gros. en détail.
Zeun & Ellrich
 Rheinbergerstr. 67, nahe Brunnenstr.

Möbel

In den neu erbauten großen Sälen **Neue Schönhauserstr. 2.**
 Seitenstühle u. Längsbänke, erste und zweite Klasse, dicht a. Hagedornen, werden neue und veränderte gemischt elegante und einfache Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft: Fußboden, Mahagoni-Restorations und Wälschenspinde, 36, Wälschenspinde, 36, Korridorstühle 30, Kommoden 16, Bettstellen mit Matratzen und Kissen 21 Mk., französische, feinsteirte Kuchentischchen mit Sprungfeder-Matratzen und Kissen 48, Truhen 58, elegante Tisch- und Stoff-Schmitten 70, 105 Mark, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Sophas mit Sitzauszug 33 Mk., Spiegel in allen Größen und Arten, Ankleiderstühle, Kristallleuchten, Garderoben-Spinde, alle Arten Küchenmöbel etc. Auch jede in Einrichtungen auf Theilzahlung, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Gewasene Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Verwalter transportirt und aufgestellt.

Kinder-Bettstellen

Kinderwagen
 6,00, 9,00, 15,00, 18,00
 bis allerfeinste.
 Leiter-, Sport- und Wuppewagen.
 (Bett ab 100 Pf.)
E. Stiasny, Berlin C.,
 nur Wallstraße 21.

Bettfedern

das Pfund für 50 Pfennig.
 Gänschfleisch Pfd. 1.25 Mk.
 enorme Auswahl
 (auch in Matratzen und Bezügen).
Fertige Betten
 der große Stand 12 Mark.
A. Schonert
 8 Mariannen-Platz 8.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

Ilversgehofen-Grfurt

liefert **Schuhwaaren**
 in eleganter und solider Ausführung zu billigen Preisen. Unser Grundbesitz ist:

Geringer Verdienst, Schneller Umsatz.

Kinderschuhe von 50 Pf. Damenstiefel von 2,60 Mk.
Mädchenschuhe v. 2,50 Mk. Herrenstiefel v. 3,90 Mk.
 per Paar.

Unsere Erzeugnisse werden außer in den bekannten Stellen in unseren eigenen Niederlagen in

Berlin:
 Bellealliancestrasse 102
 und
 Rosenthalerstrasse 63/64
 verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
 München, Sendlingerstraße 10.
 Dasingerstraße 83.
 Landsbergerstraße 7.
 Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 28.
 Düsseldorf, Schadowstraße 57.
 Köln a. Rh., Eigelstein 66.
 Bremen, Faulenstraße 75.
 Hannover, Ringstraße 7a.
 Hamburg, Steinstraße 16.
 Stettin, Reichshagenstraße 14.
 Leipzig, Selberstraße 37.

Kindertwagen-Bazar „Baby“

beste und billigste Bezugsquelle durch enormen Umsatz Kindertwagen, hochmoderne, 10-, 16-, 20- bis allerfeinste. Versand ab Fabrik nach allen Wägen Deutschlands franco. Komplett Kinderbetten von 30- bis 40 Mk., Teilzahlung nach Vereinbarung gestattet. Katalog gratis. Amt 3, Nr. 5281. Eigene Werkstätte: Alexanderstraße 44 (Alexanderplatz), Zumballenstr. 100, Oranienstr. 70, Reinholdsdorferstr. 2 D-E. **Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 22.** (1913)

Wer-Stoff-hat!

Fertige Anzüge in 3 Verarbeitungen
 1. Verarbeitung feinste Futterstoffe, zwei Anproben nach englisch. Maßern verarbeitet, **20 Mk.**
 sauberste Handarbeit
 haltbare Zusätze, praktische u. moderne Façons, fest genäht, unter **18 Mk.**
 Garantie
 3. Verarbeitung guter Stoffe, sauber genäht **15 Mk.**

!! Tuch- u. Bukskin-Reste für die Hälfte des !!
 Fabrikpreises
 ff. Kammergasse, blaue u. braune Cheviots, praktische Muster in Herrenstoffen zu Anzügen, Paletots, Hosen. Reste zu Knabenanzügen spotbillig. Uniform zugeschnitten. — Seltene Gelegenheitskäufe.
 (64/17)

Ludwig Engel, Münzstr. 26, parterre.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends:
Verkauf von frisch gef. Fleisch.
 Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf ab, 40 Pf. (2125L)
 Schweinefleisch
 Verwaltung der Kochanstalt Stadt, Schlachthof

J. Baer

Berlin N., (1626)
 nur Gesundbrunnen
26, Badstraße 26,
 Ecke Prinzen-Allee,
 empfiehlt, wie bekannt, in reichster Ausführung und allerbilligsten Preisen.

Herren- u. Knaben-Garderobe

— Arbeitssachen. —
 Anfertigung nach Maass.

Oswald Nier's Ungegypte!

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Naturweine aus Weintrauben
 v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/4, 1/2 u. 1 L.
f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!
 57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland!
 Ausf. Preisocourant nebst Broschüre gratis und franco.
 Hauptgeschäft und Versandabteilung **BERLIN N., Littenstr. 130.**
 No. 17 **OSWALD NIER**

Zahn-Klinik

Ärzte 2 Mr. Teilzahlung 1 Mr. die Woche.
Grieser, Grüner Weg 29, II. (25845)

Homöopath.

Arzt **Dr. Hoesch**, Linienstr. 149, 8-1-5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs. Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten
 Poliklinik Liasenstr. 17, 2-3 Uhr. (1624L)

EUCASIN patentirt.

Bestes und billigstes Ernährungs- und Kräftigungs-Mittel für Blutsüchtige, Lungenkranke, Magenranke, Genesende, Kinder und schwächliche Personen. Reines Milchpräparat. Nährwert: 1 Kg. Eucasin mehr als 4 Kg. bestes Fleisch. Die Fabrik versendet eine Kostprobe Eucasin nebst Kochrezept vom Mundkoch und Küchenmeister Sr. Majestät des Deutschen Kaisers franco gegen Einsendung von 40 Pf. in Briefmarken. Preis per 100 gr. Büchse Mk. 1.25.

EUCASIN-CAKES

äußerst wohlkneckend, leicht verdaulich, haben die Muskelkraft, Nährwert höher als bestes Fleisch. 1 Paket mit 30 Stück kostet 60 Pf. Radfahrer, Rederern und Touristen besonders zu empfehlen. Käuflich in den Apotheken, Drogen-, Colonialwaren- und Delicatessen-Handlungen, Conditoreien, Majori & Ebers, Fabrik chemisch-pharmaceutischer Präparate, Grünau-Berlin.

Möbel

auf **Teilzahlung.**
 Neue **J. Kellermann, Jakobstr. 26.**

BLAS-ACCORDEONS

Beste und billigste Bezugsquelle durch enormen Umsatz Blas-Instrumente, hochmoderne, 10-, 16-, 20- bis allerfeinste. Versand ab Fabrik nach allen Wägen Deutschlands franco. Komplett Kinderbetten von 30- bis 40 Mk., Teilzahlung nach Vereinbarung gestattet. Katalog gratis. Amt 3, Nr. 5281. Eigene Werkstätte: Alexanderstraße 44 (Alexanderplatz), Zumballenstr. 100, Oranienstr. 70, Reinholdsdorferstr. 2 D-E. **Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 22.** (1913)

Uhren- Goldwaaren-Versand

Beste und billigste Bezugsquelle durch enormen Umsatz Uhren, Goldwaaren, hochmoderne, 10-, 16-, 20- bis allerfeinste. Versand ab Fabrik nach allen Wägen Deutschlands franco. Komplett Kinderbetten von 30- bis 40 Mk., Teilzahlung nach Vereinbarung gestattet. Katalog gratis. Amt 3, Nr. 5281. Eigene Werkstätte: Alexanderstraße 44 (Alexanderplatz), Zumballenstr. 100, Oranienstr. 70, Reinholdsdorferstr. 2 D-E. **Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 22.** (1913)

Metzner's Korbwaaren-Fabrik

Berlin, Andreasstr. 23, vis-à-vis dem Andreasplatz.
 II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldt.
 III. Geschäft: Deusselstr. 67 (Roabit).
 IV. Geschäft: Leipzigerstraße (Spittel-Kolonnen).
Kindertwagen, größtes Lager Berlins.
1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Kindertwagen-Lager als das meine nachweist.
 (1606L)

Wegen vorgeschrittener Saison, um zu räumen, Preise bedeutend ermässigt!

Herren- und Knaben-Moden jeden Genres, Carl Zobel, Köpnickerstrasse No. 121.
 Strengste Reellität. — Grösste Leistungsfähigkeit. — Verkauf bester Qualitäten. — Streng feste Preise.

Mit „überaus billigen Preisen“, wie es Reklamengeschäfte thun, renommire ich nicht, da sie doch meist nur auf Täuschung des Publikums berechnet sind. Jeder prüfe, ehe er kauft. Preise und Qualität meiner Waaren, vergleiche sie mit denen sogenannter Reklamengeschäfte, und er wird den Unterschied herausfinden.
Carl Zobel, Herren- und Knaben-Moden jeden Genres, Köpnickerstrasse No. 121.
 Ecke Middelstrasse.